



Plenarprotokoll

60. Sitzung

Kiel, Donnerstag, 11. Juni 1998

Radioaktive Einleitungen in die Nordsee durch kerntechnische Anlagen

Dringlichkeitsantrag von BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1499

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4272
Reinhard Sager [CDU]	4273
Anke Spoorendonk [SSW].....	4273
Wolfgang Kubicki [F.D.P.]	4273

Beschluß: Ablehnung der Dringlichkeit... 4274

Rücknahme des Verordnungsantrags des Landes Schleswig-Holstein, Bundesrats-Drucksache 876/97

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 14/1465

Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.] ...	4274
Günter Neugebauer [SPD]	4275
Uwe Eichelberg [CDU]	4276
Dr. Adelheid Winking-Nikolay [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4277
Anke Spoorendonk [SSW].....	4278
Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie.....	4279

Beschluß: Überweisung an den Sozialausschuß und den Finanzausschuß..... 4280

Pelztierhaltung

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1477

Änderungsantrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/1503

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4280, 4288
Friedrich-Carl Wodarz [SPD]	4281
Jost de Jager [CDU]	4283
Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.] .	4284
Anke Spoorendonk [SSW].....	4285
Klaus Buß, Minister für ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus	4286

Beschluß: Überweisung an den Ummwelt und den Agrarausschuß:..... 4288

Überarbeitung des Programms Arbeit für Schleswig-Holstein III (ASH III)

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 14/1466

Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.] ...	4288, 4301	Bericht der Landesregierung	
Birgit Küstner [SPD].....	4291	Drucksache 14/1421	
Torsten Geerds [CDU]	4293	Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales.....	4332
Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4295	Frauke Tengler [CDU]	4334
Anke Spoorendonk [SSW].....	4296	Konrad Nabel [SPD]	4336
Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales.....	4298, 4302	Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4337
Wolfgang Baasch [SPD]	4303	Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.] ...	4339
Wolfgang Kubicki [F.D.P.]	4303	Peter Gerckens [SSW].....	4340
Beschluß: Überweisung an den Sozialausschuß und den Finanzausschuß.....	4304	Beschluß: Überweisung an den Sozialausschuß zur abschließenden Beratung .	4341
Resolution zum Duty-free-Handel		Dritter Tätigkeitsbericht der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein bei dem Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages	
Antrag der Fraktion der CDU		Drucksache 14/1441	
Drucksache 14/1481		Wolfgang Baasch [SPD]	4341
Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		Kläre Vorreiter [CDU]	4342
Drucksache 14/1498		Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4344
Brita Schmitz-Hübsch [CDU]	4304, 4312	Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.] ...	4345
Bernd Saxe [SPD]	4306, 4313	Anke Spoorendonk [SSW].....	4346
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4307	Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales.....	4347
Wolfgang Kubicki [F.D.P.]	4308, 4312	Beschluß: Überweisung an den Sozialausschuß zur abschließenden Beratung..	4348
Peter Gerckens [SSW].....	4310		
Peer Steinbrück, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr.....	4311	Abschaffung der Prüfervergütungen für Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer	
Beschluß: Annahme	4313	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Bericht über die Unterrichtssituation an den öffentlichen allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen im Lande Schleswig-Holstein im Schuljahr 1997/98		Drucksache 14/1360	
Bericht der Landesregierung		Bericht und Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses	
Drucksache 14/1476		Drucksache 14/1451	
Gisela Böhrk, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur	4313, 4330	Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW	
Angelika Volquartz [CDU]	4316, 4328	Drucksache 14/1502	
Sabine Schröder [SPD].....	4319	Ursula Röper [CDU], Berichterstatterin	4348
Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4321	Beschluß: 1. Annahme des Änderungsantrages Drucksache 14/1502	
Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]	4323	2. Annahme des Antrages Drucksache 14/1360 in geänderter Fassung	4349
Anke Spoorendonk [SSW].....	4326		
Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD].....	4328	Berichts Antrag: Auswirkungen der Urteile des BVerwG vom 19. Mai 1998 be-	
Beschluß: Überweisung an den Bildungsausschuß zur abschließenden Beratung	4332		
Ecstasy in Schleswig-Holstein			
Landtagsbeschluß vom 21. Februar 1997			
Drucksachen 14/481 und 14/527			

treffend Naturschutzklagen gegen die Ostsee-Autobahn bei Lübeck (A 20)

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 14/1455 (neu)

Beschluß: Annahme 4349

Eine-Welt-Beirat

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1251

Bericht und Beschlußempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses
Drucksache 14/1456

Heinz Maurus [CDU], Berichterstatter 4349

Beschluß: Annahme 4349

Frauenförderung bei Umwandlung oder Neugründung von Unternehmen des Landes

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1064

Bericht und Beschlußempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses
Drucksache 14/1457

Heinz Maurus [CDU], Berichterstatter 4349

Ingrid Franzen [SPD] 4350

Beschluß: Annahme 4350

Vandalismus

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/1206

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1224

Bericht und Beschlußempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses
Drucksache 14/1459

Heinz Maurus [CDU], Berichterstatter 4350

Beschluß: 1. Ablehnung der Drucksache 14/1206

2. Annahme der Drucksache 14/1224 4350

Entlastung des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein für das Haushaltsjahr 1996

Bericht und Beschlußempfehlung des Finanzausschusses

Drucksache 14/1471

Lothar Hay [SPD], Berichterstatter 4351

Beschluß: Annahme 4351

Haushaltsrechnung 1995 und Vermögensübersicht 1995

Drucksache 14/372

und

• **Bemerkungen 1997 des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein mit Bericht zur Landeshaushaltsrechnung 1995**

• **Bericht des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein an den Landtag und an die Landesregierung gemäß §§ 99 LHO über das Ergebnis der Prüfung der Vereinbarungen zur Begrenzung von Zinsänderungsrisiken sowie zur Optimierung der Kreditkonditionen (Derivate Finanzinstrumente)**

Bericht und Beschlußempfehlung des Finanzausschusses

Drucksache 14/1472

Lothar Hay [SPD], Berichterstatter 4351

Beschluß: Annahme 4352

Werbeschilder für Gasthöfe

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 14/1065

Bericht und Beschlußempfehlung des Wirtschaftsausschusses

Drucksache 14/1473

Klaus-Dieter Müller [SPD],
Berichterstatter 4352

Beschluß: Für erledigt erklärt 4352

* * * *

Regierungsbank:

Heide Simonis, Ministerpräsidentin

Gerd Walter, Minister für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten

Gisela Böhrk, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Dr. Ekkehard Wienholtz, Innenminister

Angelika Birk, Ministerin für Frauen, Jugend, Wohnungs- und Städtebau

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie

Peer Steinbrück, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr

Klaus Buß, Minister für ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Rainer Steenblock, Minister für Umwelt, Natur und Forsten

* * * *

Beginn: 10:04 Uhr**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Guten Morgen meine Damen und Herren! Ich eröffne die heutige Sitzung. Das Haus ist ordnungsgemäß einberufen und beschlußfähig.

Beurlaubt sind die Herren Abgeordneten Dr. Ulf von Hiemcrone und Jürgen Weber.

Erkrankt ist Herr Abgeordneter Dr. Jürgen Hinz, dem wir von hier aus gute Genesung wünschen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat einen Dringlichkeitsantrag vorgelegt.

Radioaktive Einleitungen in die Nordsee durch kerntechnische Anlagen

Dringlichkeitsantrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 14/1499

Das Wort zur Begründung der Dringlichkeit hat Frau Abgeordnete Fröhlich.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Guten Morgen, Frau Präsidentin! Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe ja bereits gestern darauf hingewiesen, daß es in diesem Lande Sachen gibt, die im Unterschied zum Dringlichkeitsantrag von gestern wirklich dringlich sind. Jetzt komme ich dazu.

(Widerspruch bei der CDU)

Es geht darum, daß sich Ende letzter Woche - also nach Redaktionsschluß für Anträge - in unserem schönen Ländchen Nordfriesland auf den Inseln eine Initiative zusammengeschlossen hat, die gegen die Einleitung radioaktiver Gewässer protestiert.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Toll!)

Dazu gibt es eine internationale Verabredung, über die zu diskutieren man in Oslo angefangen hat. Die Bundesregierung in Gestalt ihrer Umweltministerin Merkel steht da leider auf der Bremse. Im Juli wird in Lissabon eine weitere Tagung stattfinden, auf der dann das Abkommen, das in Oslo erarbeitet worden ist, abgeschlossen werden soll.

Wir halten es für unendlich wichtig, daß die Bundesumweltministerin auf ein dringendes und seit Jahren drängendes Problem aufmerksam gemacht wird.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Schreiben Sie ihr doch einen Brief!)

- Ja, das werden wir sicherlich auch tun. Aber das reicht uns nicht aus. Wir glauben, daß es bedeutsam genug ist, wenn sich wichtige Gemeinden, nämlich Pellworm, Föhr - die Stadt Wyk - und Amrum, zusammenschließen, um gegen diese Gefährdung zu protestieren. Dann ist es allemal dringlich genug, daß sich der Landtag damit beschäftigt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gerade nach der gestrigen Debatte, in der bezweifelt wurde, daß die Umweltministerin vielleicht doch vorher von den Vorfällen um die verstrahlten Transportbehälter gewußt haben könnte - oder auch nicht -, möchte ich hier unbedingt sicherstellen, daß sie von der ganzen Problematik weiß.

Deswegen bitte ich Sie sehr sehr herzlich, die Dringlichkeit zu bejahen, so daß wir heute darüber debattieren können und mit der ganzen geballten Macht des Schleswig-Holsteinischen Landtages die Bundesumweltministerin davor bewahren, möglicherweise ein weiteres Mal nicht zu wissen, was sie dringend wissen sollte.

(Martin Kayenburg [CDU]: Hoffentlich wissen Sie, was Sie wissen sollen!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Sager das Wort.

(Martin Kayenburg [CDU]: Nun erzählen Sie ihr einmal, was wirklich wichtig ist! - Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Zur Dringlichkeit!)

Reinhard Sager [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Fröhlich! Aus diesem Dringlichkeitsantrag ist in der Tat nicht ersichtlich, warum er dringlich sein soll.

(Beifall bei der CDU - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das stimmt!)

Und zwar aus folgendem Grunde: Es gibt tatsächlich im Bereich der nordfriesischen Inseln von Kommunen geäußerte Besorgnisse, daß es auf dem Wasser- und dem Luftwege Expositionen aus den Wiederaufbereitungsanlagen La Hague und Sellafield in die Nordsee geben könnte. Hierüber sind verschiedene Kommunen seit längerem - wie Ihnen auch bekannt sein dürfte - mit der Bundesumweltministerin in Kontakt.

Ihr Antrag zur Dringlichkeit kann meines Erachtens lediglich darauf gestützt werden, daß Sie auf das Thema durch eine Pressekonferenz von Greenpeace in der letzten Woche erneut aufmerksam gemacht worden sind.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ja! - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das haben wir nicht nötig!)

Wir haben in drei Wochen bereits die nächste ordentliche Tagung des Landtages. Es muß auch Ihnen möglich sein, einen fristgerechten und ordnungsgemäßen Antrag zur Juli-Tagung einzureichen. Dafür möchte ich plädieren.

Ich möchte hier aber auch die Frage stellen dürfen, ob der Landtag wirklich das richtige Gremium für Ihren angemeldeten Beratungsgegenstand ist. Die Frage der Expositionen kann meines Erachtens nur auf der europäischen Ebene geklärt werden. Es gibt am 20. Juli 1998 in Lissabon die nächste OSPAR-Konferenz, auf der sich alle 16 Nordseeanrainerstaaten unter anderem auch mit solchen Fragen beschäftigen werden.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag wird nicht feststellen können, ob Expositionen nachweisbar sind und Befürchtungen bestehen. Das Thema sollte zu Beginn der Ferienzeit auf den nordfriesischen Inseln nicht dazu genutzt werden, Ihre Antiatompolitik neu aufzubauschen und Verunsicherung in die Öffentlichkeit zu tragen. Wir bejahen deshalb die Dringlichkeit nicht.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordneten Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir unterhalten uns heute über die Dringlichkeit dieses Antrages. Hinsichtlich der Dringlichkeit des gestern von der CDU eingereichten Antrages waren wir uns darüber im klaren, daß die Dringlichkeit nicht gegeben war. Heute morgen hörte ich, es handele sich um eine Sitzung, die im Juni stattfinden soll. Jetzt höre ich, daß sie im Juli in Lissabon stattfinden wird. Da muß ich dann sagen, unter diesem Gesichtspunkt ist die Dringlichkeit von der Form her nicht gegeben.

(Beifall bei der CDU)

Ich füge hinzu, daß wir dem Antrag inhaltlich zustimmen und die Sache für wichtig halten. Aber ich erinnere daran, daß es gestern um die Verwässerung des Begriffs „Dringlichkeit“ ging. Ich denke nicht, daß wir mit zweierlei Maß messen können. Das ist der Grund für die Einstellung des SSW. Wir stimmen der Sache also zu, können aber der Dringlichkeit in dieser Form nicht zustimmen. Den Antrag werden wir in der Juli-Tagung gern unterstützen.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Kubicki.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit besonderer Freude stimme ich allen Ausführungen der Kollegin Spoorendonk zu. Auch ich will für meine Fraktion erklären: Wir können der Dringlichkeit hier nichts abgewinnen, weil die Dringlichkeit des Antrages, Frau Fröhlich, von Ihnen mit der Tatsache begründet worden ist, daß sich vier oder fünf Ämter zu einer Initiative zusammengeschlossen haben. Das allein begründet noch nicht die Dringlichkeit einer Sache. Abgesehen davon erweckt Ihr Antrag in der Sache den Eindruck, die Bundesumweltministerin würde sich nicht dafür einsetzen und es bedürfte dringender Aufforderung des Schleswig-Holsteinischen Landtages.

(Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Auch wir werden in der nächsten Sitzung in der Sache zustimmen, vermögen die Dringlichkeit aller-

(Wolfgang Kubicki)

dings nicht zu sehen. Wenn Sie denn glauben, daß die Bundesumweltministerin sofort informiert werden muß, dann schreiben Sie ihr einen Brief. Das geht viel schneller als über eine Resolution des Landtages.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. - Ich lasse jetzt über die Dringlichkeit des Antrages abstimmen. Ich weise darauf hin, daß nach § 51 Abs. 3 unserer Geschäftsordnung eine Zweidrittelmehrheit erforderlich ist.

Wer die Dringlichkeit bejaht, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Damit ist die Dringlichkeit mit den Stimmen von CDU, F.D.P. und SSW abgelehnt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 10 auf:

Rücknahme des Verordnungsantrags des Landes Schleswig-Holstein, Bundesrats-Drucksache 876/97

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 14/1465

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort hat Frau Abgeordnete Aschmoneit-Lücke.

Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In gewisser Hinsicht habe ich Verständnis dafür, daß die Landesregierung es für geboten hält, Leistungseinschränkungen aus dem GKV-Bereich auch auf die **Beihilferichtlinien** zu übertragen. Hierzu genügt ein Blick auf den völlig desolaten Landeshaushalt.

Einmal abgesehen von der ordnungspolitisch höchst fragwürdigen Handlungsweise der Landesregierung, frage ich die Frau Ministerpräsidentin, warum Ärzte und Zahnärzte den Kopf für eine katastrophale Finanzpolitik hinhalten sollen.

(Beifall bei der F.D.P. und des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Es ist doch geradezu absurd, **Leistungseinschränkungen** und **Selbstbehalte**, die bei der Beihilfe entstehen, durch eine Reduzierung des Gebührenrahmens auf Ärzte und Zahnärzte zu übertragen und diesen die Last aufzudrücken. Obwohl ich weiß, daß die Ministerpräsidentin kein ausgeprägt herzliches Verhältnis zu ihren Beamten pflegt, unterstelle ich einmal, daß die Lockerung der Fürsorgepflicht ausschließlich auf

finanziellen Gründen beruht. Dafür können und dürfen die Ärzte und Zahnärzte aber nicht haftbar gemacht werden. Die finanziellen Belange der Beihilfe können keineswegs durch die Gebührenordnung für Ärzte oder Zahnärzte geregelt werden.

Ich bestreite die fiskalische Notwendigkeit von Leistungseinschränkungen im Rahmen der Beihilfe überhaupt nicht. Wenn die Landesregierung solche Einschränkungen vornimmt, dann muß sie aber auch den Mut aufbringen, dies den Betroffenen klipp und klar zu sagen. Die mit den Leistungskürzungen entstehenden Selbstbehalte können oder müssen dann durch Zusatzversicherungen aufgefangen oder gemildert werden. Der von der Landesregierung gewählte Weg von **Honorarreduzierungen** bei Ärzten und Zahnärzten ist weder ökonomisch sinnvoll noch gesellschaftspolitisch verantwortlich.

Natürlich paßt das Bild von dem reichen Mediziner, dem man jetzt etwas von seinem unermeßlichen Reichtum wegnimmt, so richtig ins Neid- und Feindbild mancher Menschen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Dabei gerät allerdings das Gros der Ärzte und Zahnärzte, die heute schon von Monat zu Monat um den Fortbestand ihrer Praxen kämpfen müssen, in Vergessenheit. Sagen Sie mir jetzt nicht, daß es das nicht gibt. Sie alle werden möglicherweise irgendwann bei Ihren eigenen Ärzten erleben, daß sie um den Bestand ihren Praxen kämpfen müssen; dann werden Sie es endlich glauben.

Während sich beispielsweise die Kosten der allgemeinen Lebenshaltung von 1988 bis heute um rund 30 % erhöht haben, unterblieb seit Inkrafttreten der **Gebührenordnung für Zahnärzte** eine Anhebung des Punktwertes. Die Gebührenordnung für Zahnärzte führt de facto dazu, daß in den letzten zehn Jahren eine Honorarabwertung von über 30 % stattgefunden hat. Daß geschieht, was jetzt seitens der Landesregierung angestoßen worden ist, nämlich eine weitere Reduzierung, bedeutet eine weitere **Honorarabwertung** von letztlich ungefähr 20 %. Ich meine, selbst wenn man die Beihilfe und die Finanzen in Schleswig-Holstein retten will, kann man dieses den Ärzten und Zahnärzten nicht zumuten. Man will sich aus der Verantwortung stehlen und trifft schlicht und einfach die falschen Leute.

Im übrigen ist - das entnehmen wir den derzeitigen Arbeitsmarktzahlen - die Ausbildungsbereitschaft in den Zahnarzt- und Arztpraxen erheblich zurückgegangen. Warum ist das wohl so? Ich denke, das hat auch etwas damit zu tun, daß die Kosten in den Pra-

(Christel Aschmoneit-Lücke)

xen schlicht und einfach nicht mehr getragen werden können. Diese Entwicklung sollte seitens der Landesregierung nicht weiter unterstützt werden.

Ich stelle mir vor, daß der Wirtschaftsminister oder auch die Frau Ministerpräsidentin, unterstützt vom ganzen Haus, bei Freiberuflern auftaucht und dafür wirbt, daß sich alle an einem Ausbildungsbündnis beteiligen und daß weitere Auszubildende eingestellt werden. Dann aber wird ihr entgegengehalten, daß sie dafür gesorgt hat, daß das Honorar um weitere 20 % reduziert wird. Ich glaube, sie würde dann nur höhnisches Gelächter ernten, und das - wie ich meine - zu Recht.

Ich fordere Sie auf, mit dafür zu sorgen, daß die Landesregierung diesen Antrag unverzüglich zurücknimmt. Ich bitte Sie um Zustimmung in der Sache. Sollte die Ansicht bestehen, daß dies im Ausschuß beraten werden muß, dann werde ich dem natürlich zustimmen -, immer in der Hoffnung, daß das Ergebnis herauskommt, was mit dem Antrag gewünscht ist.

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Neugebauer.

Günter Neugebauer [SPD]:

Frau Präsidentin, Ihre Präsidentschaft läßt mich hoffen, daß ich heute ausreden darf.

(Widerspruch bei der CDU - Martin Kayenburg [CDU]: Keine Kritik am Präsidenten, Herr Neugebauer!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben es hier mit einem typischen F.D.P.-Antrag zu tun. Vor sieben Monaten hat die Landesregierung ihre Initiative im Deutschen Bundesrat eingebracht. Heute entdeckt die F.D.P. ihr Herz für eine Klientel potentieller Wähler, die Ärzte und Zahnärzte. Die Bundestagswahl läßt grüßen. Im Kampf um das politische Überleben greifen Sie - dies kann ich nachvollziehen - halt zu jedem Strohalm.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Neugebauer, komm mal zur Sache!)

Ich wünsche mir, Herr Kollege Kubicki, Sie würden sich auch bei anderen Gruppen um das Einkommen und den Erhalt der Arbeitsplätze kümmern.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Im Gegensatz zu Ihnen machen wir das!)

Ich denke nur an die sozial Schwachen, die vielen Arbeitslosen oder auch die Normalverdiener.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD] und Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Zum Schutze dieser Interessengruppen haben Sie bisher noch keinen Antrag eingebracht.

(Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]: So ein Schwachsinn! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Völliger Unsinn!)

Sie kümmern sich auch nicht um die Lage der Landesfinanzen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ich gucke mir nur das an, was Minister Steinbrück macht, und stelle fest, daß er das macht, was wir tun!)

In der pauschalen Kritik am angeblich fehlenden Sparwillen der Landesregierung ist die F.D.P. stark. Wenn es aber konkret wird, wie bei diesem Antrag der Landesregierung, bei dem es um eine Reduzierung der Personalkosten geht, verweigern Sie - wie auch sonst immer - die konkrete Zustimmung zu den Einsparungsbemühungen.

Worum geht es bei der von der SPD unterstützten Initiative der Landesregierung im Bundesrat? - Wir wollen die Beihilfekosten senken, und zwar um geschätzte 30 Millionen DM, weil der **Anstieg der Beihilfekosten** in den letzten Jahren viele Bemühungen zur Senkung der Personalkosten im Landeshaushalt konterkariert hat. Frau Aschmoneit-Lücke, dabei geht es nicht darum, daß wir den Ärzten und Zahnärzten willkürlich ins Portemonnaie greifen wollen. Davon sind wir weit entfernt.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Zirka 3 cm! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das scheinen Sie sehr zu bedauern!)

Wir wollen aber die entstandene **Willkür** bei den **Gebührenberechnungen** beenden. Es geht auch nicht darum, daß wir die Ärzte vor den Kopf stoßen wollen und sie für das verantwortlich machen wollen, was Sie hier an den Sparbemühungen der Landesregierung kritisieren. Es geht auch nicht um die Verschlechterung der Behandlungsangebote für Patienten.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sondern?)

- Herr Kollege Kubicki, es geht schlicht darum, daß es leider zur Regel geworden ist, daß etwa 90 % aller Ärzte und Zahnärzte das 2,3fache, also eher die Ausnahme des normalen AOK-Gebührensatzes berechnen und nicht, wie wir es anstreben, das einfache bis 1,8fache, was ursprünglich als Regelwert festgesetzt worden ist.

(Günter Neugebauer)

Eine Abwägung bei der Bewertung der Leistung gemäß § 5 Abs. 2 Gebührenordnung findet in der Regel nicht statt. Deswegen war es gut - das wird von der SPD unterstützt -, daß die Landesregierung eine entsprechende Initiative ergriffen hat, um diese Praxis zu beenden.

Sie wissen alle - genau wie ich, der ich als gelernter Beamter auch Privatpatient bin -, daß sich natürlich kaum ein Patient traut, dieser Gebührensatzung des 2,3fachen des AOK-Gebührensatzes zu widersprechen. Einerseits möchte er das Vertrauensverhältnis zu seinem Arzt nicht zerstören oder beeinträchtigen und andererseits natürlich auch deswegen, weil er eine 100 %ige Erstattung über die Beihilfekassen oder über die Krankenversicherung einholen kann.

Niemand kann bestreiten, daß die **Kostensteigerung im Gesundheitswesen** auch die Beihilfekosten überdurchschnittlich hat ansteigen lassen.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Die **Kostendämpfungsmaßnahmen**, die eingeleitet worden sind, dürfen nicht einseitig zu Lasten der Leistungsempfänger gehen,

(Lothar Hay [SPD]: Sehr gut!)

sondern sie müssen sich natürlich auch bei den Leistungserbringern auswirken, Herr Kollege Hay, und damit natürlich auch bei den Beihilfekosten des Landes.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich fasse zusammen:

Erstens. Die Initiative der Landesregierung im Bundesrat zur Senkung der Beihilfekosten ist ein weiterer auch gegenüber den Interessengruppen vertretbarer Schritt zur Senkung der Beihilfekosten und damit der Personalkosten im Landeshaushalt. Sie braucht zügig eine Mehrheit des Bundesrates und die Zustimmung der Bundesregierung.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Kriegt sie nicht!)

Zweitens. Die Initiative entlastet unseren Landeshaushalt um zirka 30 Millionen DM.

Drittens. Die Initiative will nicht mehr, als die ursprüngliche Idee der Gebührenordnung umzusetzen und willkürliche Gebührenanhebung zu beseitigen.

Lassen Sie mich zum Schluß feststellen, Kollege Kubicki und Kollegin Aschmoneit-Lücke: Wir glauben nicht, daß wir Sie von der von Ihnen gesuchten Nähe zu den freien Berufen abbringen können. Obwohl ich

aus vielen Gesprächen mit den Freiberuflern der Meinung bin, daß Zahnärzte und Ärzte - ob in ihrer Gesamtheit, weiß ich nicht - sehr wohl ein viel größeres Interesse an den gesellschaftlichen Problemen haben und auch bereit sind, an der Bekämpfung dieser Probleme mitzuwirken, als es die Verbandsfunktionäre äußern, glaube ich nicht, daß wir sie davon abbringen können, aber Sie sollten doch den Mut aufbringen, heute diesen Antrag zurückzuziehen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Eichelberg.

Uwe Eichelberg [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Um es gleich vorweg zu sagen, die CDU-Fraktion wird sich dem Antrag der F.D.P.-Fraktion anschließen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

- Richtig, das wird Sie nicht weiter überraschen!

Wir beobachten nun schon seit einiger Zeit, daß sich das **Einsparen von Kosten** im Personalwesen in Schleswig-Holstein anscheinend nur auf die **Beamten** konzentriert. Es ging mit Beschimpfungen los, dann folgten Leistungskürzungen, eine Ausweitung der Arbeitszeit, die meines Erachtens verfassungsrechtlich bedenkliche Streichung der Wahlleistungen im stationären Bereich und jetzt der Trick des Antrages, daß man den Beamten, aber nicht nur den Beamten, sondern allen, auch denjenigen, die nicht beihilfeberechtigt sind, moderne Medizin und innovative Behandlungsmethoden über den Umweg der Änderung der Gebührenordnung für Ärzte und Zahnärzte vorenthalten will.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Ärmsten der Armen!)

Lieber Herr Neugebauer, wenn die Landesregierung die **Beihilfe** reduzieren will, muß sie konsequent sein. Sie braucht nicht über den Bund zu gehen; sie soll es genauso machen, wie bei den stationären Behandlungsmethoden und Leistungserstattungen, indem man sagt, wir begrenzen den Beihilfesatz auf die Leistungen, die die gesetzlichen Krankenkassen erstatten. Dann wäre das Thema vom Tisch, und dann könnte die Landesregierung ganz allein entscheiden. Ich weiß nicht, warum man den komplizierten Weg sucht.

Die Begründung des Antrages der Landesregierung, den sie im Bundesrat gestellt hat, finde ich geradezu empörend. Man unterstellt dort, daß sich Ärzte und

(Uwe Eichelberg)

Zahnärzte einseitig zu Lasten der Versicherten bereichern. Wörtlich heißt es dort: „... durch Preis- und Mengensteigerungen bei Privatversicherten schadlos halten“.

Ich finde, das ist ungeheuerlich, und das kann man nicht einfach im Raum stehen lassen.

(Beifall bei der CDU)

Lieber Herr Neugebauer, außerdem glaube ich nicht, daß den Antragstellern die Gebührenordnung für Ärzte und Zahnärzte so eindeutig bewußt gewesen ist, denn die unterschiedlichen Entwicklungen dieser Gebührenstrukturen zeigen doch ganz eindeutig, daß allein bei der **Gebührenordnung für Zahnärzte**, wenn man den 1,8fachen Satz ansetzt, mindestens 80 % der Leistungen für Privatversicherte dann unter dem Satz lägen, den heute schon die Krankenkassen bezahlen. Es kann doch wohl nicht sein, daß man für die Behandlung von Privatversicherten weniger bekommt, als für einen gesetzlich Pflichtversicherten.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wenn man außerdem berücksichtigt, daß die Gebührensätze für Zahnärzte seit zehn Jahren nicht mehr geändert wurden, trotz des von Frau Aschmoneit-Lücke angesprochenen Anstiegs der Lebenshaltungskosten um 30 %, trotz des Anstiegs der Kosten für das Personal um 40 % und immerhin - was wir alle gut beurteilen können - trotz des Anstiegs der Diäten um 25 % in diesem Zeitraum - bescheiden, aber immerhin, das ist ein Anstieg -, dann muß man das den Ärzten und Zahnärzten wohl auch zugestehen müssen. Ich glaube, das wäre auch legitim.

Von daher hält die CDU-Fraktion den Antrag der Landesregierung in gewisser Hinsicht für peinlich, weil man nicht einmal die Strukturen zwischen GOÄ und GOZ auseinander halten kann. Die CDU lehnt den Antrag ab, weil er unsinnig ist, weil man keinen Mißbrauch nachweisen kann, der einen derartigen Eingriff in ein bundesrepublikanisch etabliertes Abrechnungssystem rechtfertigen würde.

Die CDU lehnt den Antrag ebenfalls ab, weil wir glauben, daß derartig pauschale Begrenzungen nachweislich zu erheblichen Fehlentwicklungen im Gesundheitswesen geführt haben, daß diese pauschalen Begrenzungen medizinischen Fortschritt hemmen und den Zugang für Patienten verhindern.

Ich glaube auch, daß pauschale Begrenzungen, die auch eine gewisse Budgetierung bedeuten, gegen die Selbstverantwortung sprechen, die wir gerade versuchen, den Versicherten und Patienten wieder einzutrichtern. Deshalb wäre das ein Rückschritt. Von daher

fordern wir mit der F.D.P. die Landesregierung auf, diesen Antrag im Bundesrat zurückzuziehen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Dr. Winking-Nikolay.

Dr. Adelheid Winking-Nikolay [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Grundsätzlich sind alle Bemühungen, zur **Kostendämpfung im Gesundheitswesen** beizutragen, begrüßenswert und in Anbetracht leerer Kassen überlebensnotwendig. Nicht ohne Grund kam daher die Idee zur vorliegenden Bundesratsinitiative vom Finanzminister - auf den Betrag von 30 Millionen DM wurde schon hingewiesen. Das ganze ging allerdings so schnell, daß nicht einmal Zeit war, die Ärzte- und Zahnärzteschaft im Vorfeld in die Erarbeitung des Entwurfes mit einzubeziehen. Erst in den letzten Wochen fanden entsprechende Gespräche statt - jetzt allerdings ohne greifbare Ergebnisse. Dem ganzen scheint die weit verbreitete Vorstellung zugrunde zu liegen - auch der Vortrag von Herrn Neugebauer hat das wieder bestätigt -, daß das 1,8 beziehungsweise 2,3fache sich auf den GKV-Satz beziehe.

(Beifall bei der F.D.P.)

Das Einfache ist aber nicht identisch mit dem, was für einen Kassenpatienten bezahlt wird, sondern je nach Leistung unterschiedlich.

(Beifall bei der F.D.P. und des Abgeordneten Klaus Haller [CDU])

Bemessungsgrundlage bei Zahnärzten ist zum Beispiel eine einflächige Füllung und eben nicht der GKV-Satz.

Eine pauschale Absenkung des begründungsfrei anzuwendenden Höchstsatzes um 0,5 vom derzeitigen 2,3fachen auf das dann 1,8fache hätte zum Teil groteske Folgen. Denn für einige Leistungen - darauf wurde schon hingewiesen - bekämen zum Beispiel Zahnärzte von den gesetzlich versicherten Patienten dann deutlich weniger bezahlt als von den Privatpatienten.

(Zurufe von der CDU: Umgekehrt!)

- Entschuldigung, das ist richtig, sie bekämen von den gesetzlich versicherten Patienten mehr bezahlt.

Ich nenne einige Beispiele. Für die Befunderhebung bekäme ein Zahnarzt 21,56 DM über GKV und nur 19,08 DM bei Privatpatienten. Beim Ziehen eines

(Dr. Adelheid Winking-Nikolay)

lebendes Nervs klafft der Betrag sogar um 11,39 DM auseinander. So etwas fordert eine Begründung für einen höheren Satz geradezu heraus, der dann beim 2,3fachen, allerdings immer noch um 5,34 DM unter dem Kassenhonorar, liegen würde.

Ich will nicht verschweigen, daß es auch umgekehrt Ungereimtheiten gibt. Ich hoffe allerdings, daß ich an diesen wenigen Beispielen deutlich machen konnte, daß die Rasenmähermethode hier offensichtlich kaum zu einer vernünftigen Lösung führen kann.

(Beifall bei CDU und FDP)

Interessant ist in diesem Zusammenhang die Aussage der Zahnärztekammer, freiwillige Leistungen über den 2,3fachen Satz hinaus seien nach dem vorliegenden Entwurf nicht mehr möglich, da ungesetzlich. Ob das jedem der hier Anwesenden 57 Beihilfeberechtigten, der vielleicht auf eine teurere Keramikkrone oder ähnliches spekuliert, bewußt ist, wage ich zu bezweifeln.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Ein Hinweis auf die fraglichen Auswirkungen im Hinblick auf Innovationen wurde schon gegeben.

Für meine Fraktion wäre die gleiche Honorierung für Leistungen von Kassen- und Privatpatienten nur ein Zwischenziel. Letztlich sollte das Solidarprinzip durch Integration der Privatpatienten und -patientinnen in das Kassensystem ausgebaut werden. Diese Vorstellung vertrat übrigens auch Prof. Klaus-Dirk Henke, Mitglied im Sachverständigenrat in einem „Focus“-Interview Ende Mai, der kaum in Verdacht stehen dürfte, grünes Gedankengut verbreiten zu wollen.

Wir möchten darüber hinaus nach Inhalten differenzierter vorgehen. Ziel muß eine qualitative Umsteuerung sein, in der zum Beispiel die „sprechende Medizin“ durch bessere Bezahlung gefördert wird. Andererseits könnten Punktwerte für Labormedizin gesenkt werden.

Die Kürze der Redezeit erlaubt leider nur Schlaglichter, umfassender nachzulesen in einem von der Universität Hannover im Auftrag der Grünen-Bundestagsfraktion erstellten Gutachten. Es beruht auf einer Integration vorhandener, unterschiedlicher Vergütungssysteme, die modular zusammengestellt zum Beispiel über Grundpauschale, fallzahlenabhängige Grundvergütung und einen Bonus für erfolgsorientierte Maßnahmen zu einer gerechteren und zielorientierteren Honorierung der ärztlichen und zahnärztlichen Leistungen führen könnte.

Um Mißverständnissen vorzubeugen: Wir sind nicht grundsätzlich gegen eine Absenkung; es muß aber vernünftig durchdacht und nachvollziehbar sein. Von

unseren grünen gesundheitspolitischen Vorstellungen, auch auf Bundesebene, sind wir leider noch weit entfernt. Damit wir zunächst einmal zu einer Angleichung von GKV-Bezahlung und privater Honorierung kommen, sollten wir diese schwierige Materie im zuständigen Ausschuß zusammen mit Fachmenschern beraten und erst dann über den Antrag der F.D.P. abschließend entscheiden.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich begrüße zunächst die Besucherinnen und Besucher auf der Tribüne.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Für Frau Winking-Nikolay war das extrem gut!)

Das sind Besuchergruppen der Realschule Husum-Nord, der Beruflichen Schule Plön, der Herder-Schule Rendsburg und des Marineunterstützungskommandos SYS 48 aus Olpenitz.

(Beifall)

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Neugebauer, nimm dir daran ein Beispiel! Ich war zwar nicht mit allem einverstanden, aber sie hat wenigstens Ahnung! - Günter Neugebauer [SPD]: Was soll ich dazu sagen?)

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidenten! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich werde es kurz machen. Ich habe nur ein paar Bemerkungen zu diesem Antrag. Ich denke, daß die Kollegin Winking-Nikolay das wesentliche schon vorweggenommen hat. Ich weiß nicht, wie es der Mehrheit der Kolleginnen und Kollegen hier im Haus geht.

Wir von SSW haben langsam gewissen Probleme, nachzuvollziehen, was im Gesundheitsbereich an Reformen, an Reförmchen und an Verschlimmbesserungen vor sich geht. Der Überblick wird nicht gerade dadurch erleichtert, daß so viele Akteure mit ganz unterschiedlichen Interessen auf diesem Feld agieren. Soviel grundsätzlich vorweg!

Aus der Sicht des Landes erscheint es natürlich sinnvoll, den Höchstsatz der privaten **Gebührenordnung** vom 3,5fachen Punktwert auf den bisherigen

(Anke Spoorendonk)

Schwellenwert von 2,3 zu senken. In der Landeskasse ist Ebbe, und da hilft natürlich jede Einsparung; das ist klar. Zahlen belegen auch - das wissen wir-, daß die Ausgaben für die Beihilfen massiv gestiegen sind. Zahlen belegen auch, daß wir, um die Personalkosten senken zu können, auch die **Beihilfeausgaben** senken müssen.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Darin sind wir uns einig.

Aus unserer Sicht stellt sich jetzt aber wirklich die Frage, ob es gesundheitspolitisch gesehen zweckmäßig ist, den Beihilfesatz einfach so zu kürzen wie vorgeschlagen. Ich bin mir da nicht sicher.

Ich weiß natürlich auch, daß der heutige Punktwert seit 1988 festliegt; auch das ist eine Tatsache. Was fehlt, ist ein ganzheitliches **Konzept zur Gesundheitsvorsorge** in diesem Land. Die Vorstellungen des SSW zielen auch darauf ab, daß wir davon wegkommen müssen, private und gesetzliche Krankenkassen zu haben. Unsere Vorstellung geht in die Richtung - ich habe es schon oft gesagt -, ein über Steuern finanziertes System zu errichten.

Es fehlt ein Konzept. Von daher haben wir Probleme, Sinn und Unsinn dieses Antrages zu beurteilen. Man kann das Gesundheitspolitische und das Kostendämpfende nicht so einfach trennen. Von daher unterstützen wir die Forderungen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, das im Ausschuß noch einmal zu beraten. Falls in der Sache abgestimmt werden muß, werden wir uns der Stimme enthalten.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Adelheid Winking-Nikolay [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wir sind für Überweisung)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Minister Möller.

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herrn! Es ist richtig: Dieser Antrag hat zwei Aspekte, zum einen den Aspekt der überproportional gestiegenen **Beihilfekosten**, zum anderen den Aspekt, ob es, was GOÄ und GOZ anbetrifft, **Fehlentwicklungen** gegeben hat.

Ich finde es schon bemerkenswert, daß die Fraktionen, die immer sagen, es werde nicht genug gespart, dann, wenn einmal ein Sparvorschlag kommt, sagen: „Hier bitte nicht!“ So war es auch bei der Beihilfe. Wir haben uns für einen Weg entschieden, den Leistungskatalog einzuengen. Dagegen können sich die Versi-

cherten ja durch eine entsprechende Versicherung schützen.

Es ist festzustellen, daß bisher bei mehreren Eigeneinhalten der Versicherten, insbesondere bei den Arzneimitteln, immer wieder versucht wird, die **Kostenlawine im Gesundheitswesen** aufzuhalten. Dies geschah überwiegend im Bereich der gesetzlichen Krankenkassen. Es ist überwiegend zu Lasten der Versicherten gegangen.

Die neueste Diskussion über die Budgets, daß nämlich kurz vor der Bundestagswahl die Ärztebudgets angehoben werden sollen, ist ein Zeichen dafür, daß der Wahlkampf grüßen läßt.

(Günter Neugebauer [SPD]: So ist es!)

Das, was Herr Neugebauer gesagt hat, ist richtig:

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Richtig?)

90% der Abrechnungen haben sich beim 2,3fachen Satz eingependelt. Das entspricht nicht dem Geist und den Abmachungen der Vereinbarungen der Vergütungssätze.

Ich will nicht verkennen, daß sich die Situation bei GOL und GOZ unterschiedlich entwickelt hat. Gerade bei der GOZ hat sich seit 1988 keine Gebührenerhöhung ergeben. Dennoch ist es bemerkenswert, daß sich die durchschnittlichen Abrechnungskosten pro Beihilfeberechtigten ohne GOZ-Anhebungen sich um 17% erhöht haben. Das hängt mit einem immer stärkeren Hinhangeln an dem Vergütungssatz von mindestens 2,3 zusammen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Es soll auch nicht verkannt werden, daß aufgrund der desolaten Gesundheitspolitik von Herrn Seehofer nicht nur die betroffenen Patienten benachteiligt werden, sondern daß die Proteste über abenteuerliche Deckelungsregelungen Ärzte, Zahnärzte und auch die Leistungserbringer teilweise ungerecht getroffen haben. Das will ich gar nicht verhehlen.

Es muß aber bedenklich stimmen, wenn selbst der Ausschuß für Berufe des Gesundheitswesens festgestellt hat:

„Die Ärzte und die Zahnärzte machen bei der Festsetzung ihrer Honorare von dem eingeräumten Ermessungsspielraum nur in seltenen Fällen Gebrauch. Statt dessen bringen sie schematisch und routinemäßig die Regelspanne in Ansatz, obwohl dies nach der ständigen Rechtsprechung rechtswidrig ist.“

Quelle: Ausschuß für Berufe des Gesundheitswesens!

(Minister Claus Möller)

Nun lassen sie mich zum Verfahren auf folgendes hinweisen. Ich glaube schon, daß wir mit unserem Antrag etwas Bewegung in die Diskussion gebracht haben. Gleichwohl ist zu befürchten, daß unsere **Bundesratsinitiative** der **Diskontinuität** zum Opfer fallen wird - das muß man ganz nüchtern sehen -, weil wir am Ende der Legislaturperiode stehen.

Andererseits ist es natürlich auch zu begrüßen, daß die Bundesregierung selbst jetzt einen Bericht zur Frage der Ablösung des staatlich verordneten Gebührensystems für privatärztliche Leistungen durch ein gesamtvertragliches Vergütungssystem vorgelegt und angekündigt hat, ein entsprechende Modell zu erarbeiten. Wenn unser Antrag nur das bewegt hat, ist das schon ein Schritt in die richtige Richtung.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weil unsere Initiative, die sachlich völlig berechtigt ist, der Diskontinuität zum Opfer fallen wird und die Bundesregierung selbst über eine Reform nachdenkt, gibt es überhaupt keinen Grund, diesen Antrag zurückzuziehen.

(Beifall der Abgeordneten Ute Erdsiek-Rave [SPD])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist sowohl Ausschußüberweisung als auch Abstimmung in der Sache beantragt worden.

(Zurufe)

Ich lasse zunächst über den Antrag auf Überweisung des Antrages an den Sozialausschuß abstimmen.

(Günter Neugebauer [SPD]: Und Finanzausschuß!)

Und mitberatend an den Finanzausschuß. - Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 13 auf:

Pelztierhaltung

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1477

Änderungsantrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/1503

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort Herrn Abgeordneten Matthiessen.

(Zuruf: Langsames Pelztier! - Weitere Zurufe)

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr verehrte Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Pelze wachsen nicht auf Bäumen.

(Beifall bei der SPD - Zurufe)

Für einen Mantel müssen 50 Nerze beziehungsweise 130 Chinchillas sterben. Die Haltungsbedingungen der Tiere müssen dringend verbessert werden. Der jahrelangen Verzögerung der EU und des BML, des Landwirtschaftsministeriums in Bonn, muß eine deutliche Antwort erteilt werden.

Daß **Pelztierhaltung** seit langem umstritten ist, setze ich einmal als bekannt voraus. Sie werden sich daher vielleicht wundern, daß ich einen kleinen Ausflug in die Geschichte der Pelztierfarmhaltung unternehme.

(Unruhe)

Zweifellos hat die Gründung von Chinchillahaltungen die Ausrottung - jedenfalls starke Gefährdung - der wildlebenden Chinchillas verhindert. Diese wurden nämlich ab Mitte des 19. Jahrhunderts in den Anden gejagt und das bis in die zwanziger Jahre unseres Jahrhunderts hinein.

(Unruhe)

Die **Farmhaltung** und die verbesserten Fellqualitäten, die damit verbunden waren, hatten also positive Effekte auf den **Artenschutz**. Das ist eine Seite der Medaille.

Die andere Seite ist weniger erfreulich, nämlich daß ein Großteil der Pelztiere unter nicht tiergerechten Bedingungen gehalten wird. Solch eine Debatte läuft ja schnell in moralischen Kategorien: Wer hat Schuld daran? - Ich möchte dazu schlicht bemerken: Ohne **Nachfrage** gäbe es keine Pelztierhaltung.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

In der Antwort der Landesregierung auf meine Kleine Anfrage zu den gesetzlichen Bestimmungen der Pelztierhaltung heißt es, daß derzeit eine EU-weite Regelung erarbeitet wird und wörtlich:

„Solange eine spezielle tierschutzrechtliche Rechtsvorschrift noch nicht erlassen ist, kann die Empfehlung des Ständigen Ausschusses beim Europarat sowie das vom BML in Auftrag gegebene Gutachten zur tierschutzgerechten Haltung und Tötung von Pelztie-

(Detlef Matthiessen)

ren in Farmen vom 26. September 1986 den Pelztierhaltern, den Überwachungsbehörden sowie den Gerichten als Orientierung dienen.“

Diese Situation ist aus tierschützerischer Sicht mehr als unbefriedigend, und zwar in mehrfacher Hinsicht. Die gemeinschaftsweiten **Richtlinien** sind bereits seit Jahren in Arbeit - so heißt es -, und weder die Empfehlungen des ständigen Ausschusses noch das BML-Gutachten besitzen Rechtsverbindlichkeit. Aber selbst wenn sie es täten, sind die dort angegebenen **Käfigmindestgrößen** völlig unakzeptabel. Für Nerzfähen mit Jungtieren hält das BML-Gutachten 0,22 beziehungsweise 0,24 m² Grundfläche für ausreichend, und bis zu drei Jungtiere sollen sich in einem Käfig mit 0,17 m² Grundfläche aufhalten - das alles auf einem Drahtrost, ohne festen Boden.

Nerze sind anders als Chinchillas nicht oder nur sehr schwer domestizierbar. Dabei handelt es sich nicht um Haustiere, sondern um gefangengehaltene Wildtiere.

Herr de Jager - Sie sind offenbar der neue tierschutzpolitische Sprecher -, versuchen Sie einmal, eine Kuh hinter dem Ohr zu kraulen und anschließend einen Nerz; das Erlebnis wird Ihren Tierschutzhorizont erheblich erweitern.

Weil sowohl die **EU** als auch der **Bundesgesetzgeber** bislang keine speziellen tierschutzrechtlichen **Vorschriften** zum Halten von Pelztieren verfaßt haben, gibt es als Reaktion auf diese - vor allen Dingen für die Tiere - unerträgliche Trägheit in den **Bundesländern** Hessen und Bayern eigene Regelungen. Diese landesrechtlichen Regelungen könnten als Orientierung für entsprechende Maßnahmen in Schleswig-Holstein dienen. Eine solche landeseigene Regelung wäre für den Tierschutz in Schleswig-Holstein eine deutliche Verbesserung. Es ist eine Konsequenz aus dem gescheiterten Bundestagsantrag vom 5. Juni 1992, den auch die schleswig-holsteinische Landesregierung mitgetragen hat und die die Regelungserfordernisse aus meiner Sicht gut beschreibt. Es geht - wie in den Landeserlassen auch - um Gehegegrößen, daß nur noch ein Drittel des Käfigbodens vergittert sein darf, Schlafkästen, Rückzugsmöglichkeiten, aber auch um Tötungsmethoden, worauf ich hier zu Ihrer Erleichterung nicht näher eingehen werde.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Danke!)

Bei aller Bemühung zur **Haltungsverbesserung** gilt als Fernziel das, was die deutsche Tierärzteschaft schon in den achtziger Jahren in einer Stellungnahme beschloß, nämlich:

„§ 14 des Tierschutzgesetzes verbietet das Töten eines Wirbeltieres ohne vernünftigen Grund. Die Befriedigung des Modebedürfnisses einer Minderheit dürfte im Hinblick auf ein an der Ethik orientiertes Tierschutzgesetz kein vernünftiger Grund sein. Ist jedoch das Töten von Pelztieren unzulässig, so gibt es auch keinen Anlaß, ihre Haltung durch Verordnung zu regeln.“

Das sei dahingestellt. Uns bleibt zur Verbesserung der Haltungsbedingungen nur eine landespolitische Initiative und natürlich gern auch der neue Versuch einer Bundesratsinitiative.

Dem Änderungsantrag der CDU will ich mich nicht verschließen, wenn er denn als Erweiterungsantrag gedacht ist. Lassen Sie mich das aber auch mit einer Frage verbinden: Herr de Jager, haben Sie jemals einen Brief ans BML geschrieben, sind Sie aus tierschützerischer Besorgnis schon einmal vorstellig geworden, oder muß ich Ihren Änderungsantrag eher als den Versuch werten, eine landesweite Regelung zu torpedieren? Das bisherige Verhalten des BML ist jedenfalls bekannt, und er begründet seine Untätigkeit mit einer ausstehenden EU-Richtlinie. Seit 1986 gibt es die Empfehlung des Europarates, seit 1992 die Bundesratsinitiative. Eine fast jahrzehntelange Trägheit des Bundeslandwirtschaftsministeriums unter Kanzler Kohl ist zu beobachten.

Ich empfehle die Überweisung an den Umweltausschuß und mitberatend an den Agrarausschuß, um dort das weitere Vorgehen zu beraten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Wodarz.

(Frauke Walhorn [SPD]: Fritz, sag mal, was eine Pudelmütze ist!)

Friedrich-Carl Wodarz [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die SPD unterstützt grundsätzlich den Antrag der Grünen, und wir hoffen, daß die Behandlung dieses Themas - über Pudelmützen hinaus, Frau Walhorn - zu einer sachlichen Diskussion führen wird.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich aber gleich zu Beginn klarstellen: Es geht bei dieser Problemstellung für uns nicht um die Frage, ob es sinnvoll oder gar verwerflich ist, einen Pelz zu tragen. Diese Frage sollte jede Frau oder jeder

(Friedrich-Carl Wodarz)

Mann, die oder der sich an einer Felljacke oder einem Pelzmantel erfreuen kann, für sich selbst beantworten.

(Beifall des Abgeordneten Meinhard Füllner [CDU])

Ich möchte hier auch nicht die moralische Kategorie vertreten und darüber diskutieren, ob es zu vertreten ist, ein **Tier** allein zur **Pelzgewinnung** zu züchten und dann zu töten. Herr Matthiessen warf schon die Frage auf, ob es dafür einen vernünftigen Grund gebe. Chinchillas kann man sogar essen, aber das machen die meisten nicht. Es sind reine Pflanzenfresser, sie schmecken ähnlich wie Kaninchen oder vielleicht auch wie Hühnchen. Vielleicht versuchen Sie es einmal!

Es gibt aber Menschen, die teures Geld dafür ausgeben. Gerade bei den Chinchillas sind es im Grunde genommen wertlose Felle, die gar nichts taugen; kaufen Sie sich lieber ein Schaffell, das wärmt!

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Chinchillafelle dürfen nicht naß werden. Aber es gibt eben Menschen, die sich daran erfreuen, und das hat ja in der Tat dazu geführt, daß diese armen Viecher in der Natur so verfolgt wurden, daß sie fast ausgerottet sind. Deshalb sage ich ganz deutlich: Dann ist es mir lieber, sie werden planmäßig gezüchtet. Eine Alternative wäre natürlich ein generelles Verbot, derartige Materialien zu verarbeiten und dann auch zu tragen.

Ich denke, wir sollten uns der Realität zuwenden. Es ist - wie ich schon sagte - nach meiner Meinung besser, diese Tiere planmäßig zu züchten, statt daß sie in ihrem natürlichen Lebensraum unkontrolliert ausgerottet werden. Damit sind wir bei einer Frage angelangt, die sich eigentlich bei jeder Tierhaltung stellt: Werden diese Zuchttiere artgerecht gehalten? Bei der Definition des Begriffs „artgerecht“ scheiden sich schon wieder die Geister. Wenn dann jemand ein generelles Verbot der **Käfighaltung für Pelztier**e fordert, so muß man nach meiner Meinung ebenfalls wieder differenzieren, denn zwischen der artgerechten Unterbringung von Füchsen und Chinchillas liegen nun einmal Welten.

Ich habe versucht, mich in der Vorbereitung auf diesen Antrag etwas kundig zu machen, und habe auch eine Farm besichtigt. Ich muß nun wirklich ganz kritisch fragen, ob die Situation in Schleswig-Holstein tatsächlich so brisant ist, daß wir wieder eine neue Regelung brauchen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

- Nicht so doll auf der rechten Seite!

(Heiterkeit - Peter Jensen-Nissen [CDU]:
Doch, die Aussage war gut!)

In den **Züchterverbänden** - und es handelt sich in Schleswig-Holstein weitgehend um Hobbyzüchter - findet schon seit langem eine Diskussion über die artgerechte Haltung der Tiere statt. Man unterwirft sich auch einer freiwilligen **Selbstkontrolle**. Ich möchte betonen, daß schon heute die Kreisveterinäre tierquälerische Haltungsbedingungen über das Tierschutzgesetz unterbinden können.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD] und bei der CDU)

Die Bilder, die wir vielleicht im Fernsehen oder in der Zeitung sehen, stammen ja von den berühmten „schwarzen Schafen“. Eigentlich verstoßen diese Leute, die die Tiere tierquälerisch halten, gegen ihre eigenen Interessen, denn unter diesen tierquälerischen Haltungsbedingungen können sie keine vernünftigen Pelze züchten; die taugen dann noch weniger.

Die Pelztierzucht in Schleswig-Holstein ist nicht mit der gesetzlich erlaubten qualvollen Haltung von Legehennen zu vergleichen. Auch dies sollten wir uns einmal ins Gedächtnis zurückrufen. Auch die Bedingungen der Puten- oder Hähnchenmast scheinen mir viel eher einer neuen und schärferen gesetzlichen Regelung zu bedürfen als die Hobbyzucht zur Gewinnung von Pelzen.

Gleichwohl wollen und werden wir uns als SPD-Fraktion diesem Antrag nicht verschließen, doch wir fordern bei der Ausarbeitung eines eventuellen Erlasses die Einbindung der betroffenen Züchterverbände. Dieser Antrag soll nicht pauschal diskriminieren - ich denke, daß dies auch nicht so gewollt ist -, sondern bestenfalls ein Mittel gegen die „schwarzen Schafe“ unter den Züchtern sein. Die bereits existierenden Erlasse aus Hessen und Bayern können für uns eine Orientierung sein, und wir werden diskutieren, ob die Verhältnisse auf Schleswig-Holstein zu übertragen sind.

Herr de Jager, was Ihren Antrag zur Pelztierhaltung betrifft - Herr Matthiessen hat es angedeutet -, so haben Sie nach meiner Meinung eine sprachliche Meisterleistung vollbracht, wenn Sie von „möglichst hohen und Mindestanforderungen“ sprechen; aber das wollen wir einmal beiseite lassen. Grundsätzlich ist das nach meiner Meinung natürlich der richtige Weg. Der erste Schritt, der auch in dieser Richtung gemacht würde, ist dann aber ganz konsequent als zweiter Schritt nach dem Antrag der Grünen zu sehen.

(Beifall bei SPD und F.D.P. - Peter Jensen-Nissen [CDU]: Das letzte war auch eine interessante Formulierung!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Abgeordneter de Jager.

Jost de Jager [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur **Pelztierhaltung** liest sich ja ehrenwert und wohlgemeint, und jeder wird sich sagen: Es ist doch eine gute Sache, wenn wir die Pelztierhaltung hier in Deutschland oder in Schleswig-Holstein möglichst tiergerecht gestalten; dann haben wir etwas Gutes für den Tierschutz getan. Und da die böse Bundesregierung dies nicht tut - so suggerieren die Antragsbegründung und auch Ihre Rede, Herr Matthiessen -, müssen es eben die Länder tun.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So ist es!)

- Ja, zu früh gerufen, Frau Fröhlich! - Bei näheren Hinsehen zeigt sich aber, daß wir es hier letztlich mit reiner Symbolpolitik zu tun haben.

(Beifall bei der CDU)

In der Tat ist es richtig, daß der Bundesrat bereits vor einigen Jahren die Bundesregierung aufgefordert hat, die Pelztierzucht und -haltung in einer Verordnung zu regeln. Dies ist aber wegen der Bedeutungslosigkeit der Pelzzucht in Deutschland im europäischen Vergleich nicht geschehen; deshalb hat die Bundesregierung diese Verordnung nicht erlassen, sondern setzt auf eine EU-weite Regelung.

Man muß dabei wissen, daß es in Deutschland 32 Haupterwerbsbetriebe in der Pelzzucht gibt, und dann stellt sich die Frage, ob diese Zahl den **Erlaß einer Verordnung** tatsächlich rechtfertigt. Es ist ja nicht so, daß diese Betriebe - das haben Sie selbst ausgeführt - tun und lassen können, was sie wollen, daß es also eine Art Wildwest in den **Pelztierzuchten** gäbe, sondern Grundlage ist das bereits zitierte Gutachten von 1986.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Halten Sie das für ausreichend, ja? Äußern Sie sich mal dazu, ob Sie das für ausreichend halten! Das wollen wir nämlich genau ändern!)

Dieses Gutachten hat bislang seine Wirkung getan, und mit unserer Vorstellung von einem schlanken Staat hat es nichts zu tun, für bundesweit 32 Betriebe eine eigene Verordnung zu erlassen. - Sie müssen doch in logisch richtigen Schritten vorgehen, Herr Matthiessen! Sie müssen mir dann auch zuhören, Herr Matthiessen, wenn Sie von mir etwas wissen wollen.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vielleicht ist es möglich, daß der Oppositionsführer das einmal wiederholt, daß er das für ausreichend hält!)

- Jetzt redet er die ganze Zeit; jetzt müssen Sie das einmal unterbinden, Frau Präsidentin! Er will etwas von mir wissen, dann soll er auch zuhören.

(Beifall bei der CDU)

Wir sind der Auffassung, daß dieses Gutachten bislang seine Wirkung getan hat, und wir sind nicht der Auffassung, daß es dem schlanken Staat entspricht, für 32 Haupterwerbsbetriebe eine eigene Verordnung zu erlassen.

(Beifall bei der CDU)

Das Fehlen dieser Verordnung hat dem Land Hessen keine Ruhe gelassen, und es ist mit einer eigenen Landesverordnung vorgeprescht. Das war zwar beherzt, aber weitgehend wirkungsneutral, denn es gibt in Hessen keinen einzigen Haupterwerbsbetrieb für die Pelzzucht.

(Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

Im vergangenen Jahr haben die Grünen in Bayern diese Initiative aufgenommen und den Antrag auf Erlaß einer Verordnung gestellt. Heute haben wir es nun mit einem entsprechenden Antrag der Grünen in Schleswig-Holstein zu tun. Sie wollen eine Verordnung beziehungsweise einen Erlaß für fünf **Haupterwerbsbetriebe** bei uns im Land auf den Weg bringen; das ist die **Größenordnung**, mit der wir es hier zu tun haben. In diesen fünf Betrieben werden überwiegend Nerze gehalten und in einem davon zusätzlich Füchse; die anderen Betriebe züchten Chinchillas ausschließlich im Nebenerwerb. Der Kleinen Anfrage, die die Grundlage Ihres Antrags ist, verdanken wir darüber hinaus die Erkenntnis, daß dieser Erwerbszweig zudem rückläufig ist. Seit 1990 hat sich sowohl die Zahl der Betriebe als auch die Zahl der Nerze und Füchse in Schleswig-Holstein insgesamt halbiert.

Interessant ist aber ein Blick über die Grenze. Allein in Dänemark gibt es 3500 Nerzzuchten; die Dänen sind damit in Europa Marktführer. Die Finnen sind es bei den Fuchsfellen.

An dieser Relation wird klar: Wer wirklich etwas für die Tiere tun will - jetzt müssen Sie einmal ganz genau zuhören, Herr Matthiessen -, wer wirklich wirkungsvolle Standards in diesem sensiblen Bereich schaffen will, der kann dies nur europaweit erreichen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

(Jost de Jager)

In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, daß es vor allem die Bundesregierung war, die während ihrer Ratspräsidentschaft 1994 die Arbeit an der **EU-Verordnung** vorangetrieben hat. Die nächste EU-Ratspräsidentschaft der Bundesregierung beginnt im Januar 1999, und ich hoffe inständig, daß die Bemühungen um eine solche Verordnung dann wieder intensiviert werden und wir bald diese Regelung haben.

Wir kommen einer solchen Regelung immer näher, Herr Matthiessen; noch im Juni soll die EU-Rahmenrichtlinie „Tierhaltung“ verabschiedet werden - das ist in diesem Monat -, die dann Rechtsgrundlage für eine EU-weite Verordnung wäre. Das Zustandekommen dieser Verordnung würde allerdings durch sehr detaillierte einzelstaatliche Bestimmungen erschwert. Das ist nun einmal der Werdegang von Entscheidungen in der Europäischen Union.

Dies wollen wir nicht. Wir wollen möglichst hohe Standards in der Pelztierzucht und Pelztierhaltung, aber wir wollen keine isolierte Lösung, die im Ergebnis nichts bringt, weil sie eben nicht dazu führt, daß 99 % der Pelze unter besseren Tierschutzbedingungen gezüchtet werden. Dies wäre eine Politik, die zwar die Presse erreicht, aber nicht die Pelztiere.

Wir haben deshalb einen Änderungsantrag eingebracht, der sich für möglichst hohe tierschutzrechtliche Mindestanforderungen - das ist die korrekte Formulierung dafür - einsetzt, statt Kleinstaaterei zu betreiben, die im Ergebnis nichts bringt.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Dr. Happach-Kasan das Wort.

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Vorstoß der Grünen zu den **Haltungsbedingungen** für **Pelztiere** ist zumindest in der Sache bedenkenswert, Herr Matthiessen. Allerdings stellt sich uns als F.D.P.-Fraktion die Frage, ob dies wirklich der große Wurf einer Regierungsfraktion ist, um ihren ins Aus gerollten Ball wieder in die Mitte des Spielfeldes zu befördern. Ich glaube, er bleibt am Rande liegen. Ist dies nicht auch ein bißchen das „Klein-Klein auf Pepitaniveau“, das jeder beklagt? Das sollte man sich fragen.

(Zuruf von der CDU: Ja! - Beifall bei F.D.P. und CDU)

Drei **Haupterwerbsbetriebe** haben wir in Schleswig-Holstein. Dafür wollen Sie einen eigenen **Erlaß**? Wir haben 16 Kreise und kreisfreie Städte mit den entsprechenden Veterinärämtern. Ich glaube, es sollte Aufgabe dieser Ämter sein und auch in deren Kräften stehen, durch ihre Aufsicht zu gewährleisten, daß die Haltungsbedingungen für die Pelztiere tierschutzgerecht sind.

(Beifall bei der F.D.P. - Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Auf welcher Rechtsgrundlage denn? Das sind Behörden!)

- Herr Matthiessen, ich hoffe, daß Sie als Tierarzt wissen, daß wir ein Tierschutzgesetz haben.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Das Tierschutzgesetz verpflichtet - dieses sollte Ihnen eigentlich klar sein - in § 2 jeden Tierhalter, seine Tiere ihrer Art und ihren Bedürfnissen entsprechend zu ernähren, zu pflegen und verhaltensgerecht unterzubringen. Außerdem darf die Möglichkeit des Tieres zu artgemäßer Bewegung nicht so eingeschränkt werden, daß dem Tier Schmerzen, vermeidbare Leiden oder Schäden zugefügt werden.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist bekannt! Das steht in § 2 des Tierschutzgesetzes!)

- Es freut mich, daß Sie das Gesetz wenigstens kennen; das ist in Ordnung so. Aber wozu sind Gesetze da, wenn nicht dazu, daß sie von den Behörden umgesetzt werden?

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Gesetze sind nicht dazu da, daß die Regierung möglichst viele Verordnungen schreibt, sondern Gesetze sind dazu da, daß sie von den Behörden im Inhalt und in der Sache umgesetzt werden.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Und genau dies erwarten wir von den Kreisveterinärämtern. Angesichts der Tatsache, daß wir nur 27 Betriebe haben und davon nur drei Haupterwerbsbetriebe sind, meinen wir, daß es eine Aufgabe ist, die die Kreisveterinärämter nicht überfordert.

Herr de Jager hat es gesagt: Die Pelztierhaltung ist in Deutschland von untergeordneter Bedeutung. Der Tierschutzbericht der Bundesregierung 1997 berichtet über die Pelztierhaltung an vorletzter Stelle. Es gibt in Deutschland etwa 40 Nerzfarmen und einige Fuchs-, Nutria- und Chinchillazuchten. Von den 27 Zuchtbetrieben in Schleswig-Holstein werden nur drei der sieben Nerzzuchten im Haupterwerb betrieben. Ganz unabhängig aber von der Zahl der Betriebe, in denen Pelztiere gezüchtet werden, ist eine artgerechte Hal-

(Dr. Christel Happach-Kasan)

tung der Tiere allein durch das Tierschutzgesetz geboten.

Bevor von der Landesregierung ein **Erlaß** gefordert wird, muß die Frage beantwortet werden, ob das **Gesetz** ausreicht, dies durchzusetzen. Herr Wodarz hat berichtet, daß er sich kundig gemacht hat und keine offenkundigen Verstöße gegen das Tierschutzgesetz festgestellt hat.

Wenn Defizite in der Befolgung des Tierschutzgesetzes bei der Pelztierhaltung festzustellen sind, ist zu überlegen, auf welche Weise diese Defizite abzustellen sind. Zur Zeit üben die Zuchtverbände der Pelztierhalter in Zusammenarbeit mit der Landwirtschaftskammer eine Selbstkontrolle aus. Dabei ist davon auszugehen, daß die Zuchtbetriebe ein eigenes Interesse an der artgerechten Haltung ihrer Tiere haben. Nur so können sie Felle erzielen, die sie dann auch tatsächlich verkaufen können.

Allerdings ist es nicht ganz einfach zu definieren, wie die artgerechte Haltung für jede einzelne Tierart auszusehen hat. Die Ansprüche der einzelnen Arten sind sehr unterschiedlich. Jede Haltung von Tieren bedeutet einen Kompromiß zwischen den Ansprüchen des Tieres an seine Umwelt und den Möglichkeiten, diese Ansprüche bei ihrer Haltung zu gewährleisten.

(Günter Neugebauer [SPD]: Die Tiere werden nicht gefragt!)

Angesichts der geringen Anzahl von Betrieben in Schleswig-Holstein, die Pelztiere halten, ist zu fragen, ob ein eigener Erlaß wirklich erforderlich ist. Da die Zuchtbetriebe sich bei dem Verkauf der Felle an Skandinavien orientieren, ist zu überlegen, ob nicht sinnvoller als ein Erlaß nach hessischem oder bayerischem Vorbild die Orientierung an die tierschutzrechtlichen Vorschriften skandinavischer Länder ist.

Im Juni 1992 hat die Europäische Kommission einen Vorschlag für eine Richtlinie des Rates über den Schutz landwirtschaftlicher Nutztiere vorgelegt. Diese Richtlinie soll im Juni dieses Jahres verabschiedet werden.

Wenn in Richtung Bonn beklagt wird, es würde alles zu langsam gehen, dann muß ich doch sagen, ich teile die Auffassung des Bundesministeriums für Landwirtschaft, daß sehr viel dringender als in der Pelztierhaltung eine Regelung beispielsweise für Legehennen erforderlich ist.

(Beifall bei der F.D.P.)

Ich finde es richtig, daß sich die Bundesregierung mit wesentlichen Fragen beschäftigt und nicht im Kleinklein des Unwesentlichen verharret.

(Beifall bei der F.D.P. und des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

Kurzfristig - diese Möglichkeit sollte genutzt werden - kann über Handlungsempfehlungen sowie die Auszeichnung besonders vorbildlicher Betriebe das Interesse der Zuchtbetriebe an der Herstellung artgerechter Haltungsbedingungen für ihre Tiere gestärkt werden.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile das Wort der Frau Abgeordneten Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der SSW steht dem Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, worin die Landesregierung aufgefordert wird, die **Haltungsbedingungen für Pelztiere** in Schleswig-Holstein durch Erlaß verbindlich zu regeln, positiv gegenüber. Bisher erfolgt die Haltung von Tieren - beispielsweise Chinchillas, Nerze und Füchse - zum Zwecke der Pelzgewinnung in Drahtgehegen. In der Tat stellt sich die Frage, ob diese Art der Haltung in der heutigen Zeit dem **Tierschutz** gerecht wird. Es gibt ja auch immer wieder Hinweise, die die Problematik aufzeigen.

Daher ist es schon verwunderlich - und im höchsten Grade bedauerlich -, daß weder die EU noch der Bundesgesetzgeber bisher spezielle tierschutzrechtliche Rechtsvorschriften zum Halten von Pelztieren verfaßt haben, -

(Zurufe von der SPD)

- ja, darauf komme ich gleich zu sprechen -, obwohl ein vom Europarat eingesetzter ständiger Ausschuß bereits 1990 entsprechende Empfehlungen ausgesprochen hatte.

(Zuruf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: 1996!)

- Ja, 1996. Zur Zeit versucht die EU immer noch, auf der Grundlage von Empfehlungen des Europäischen Übereinkommens zum Schutz von Tieren in landwirtschaftlichen Tierhaltungen eine Regelung zu erarbeiten, die gemeinschaftsweit die tierschutzrechtlichen **Mindestanforderungen an die Pelztierhaltung** festlegen soll. Man fragt sich, welche Interessen eine gemeinschaftliche Regelung im Sinne des Tierschutzes so lange verhindert haben.

Die entscheidende Frage ist, ob wir hier im Lande weiter auf diese EU-Regelungen warten wollen, wenn

(Anke Spoorendonk)

wir der Meinung sind, daß die Haltung der Pelztierarten Nerz, Chinchilla und Fuchs in Drahtgehegen unter Gesichtspunkten des Tierschutzes nicht ausreichend ist.

(Zuruf des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen
[CDU])

Deshalb ist es in der Tat überlegenswert, ob wir in Schleswig-Holstein - ähnlich wie in Hessen und Bayern - diesem Problem jedenfalls vorübergehend abhelfen können, indem die Landesregierung einen Erlaß nach den Richtlinien des Europarates einführt.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Trotzdem sollten wir die Thematik im Ausschuß unter Einbeziehung von Sachverständigen noch einmal vertiefen, bevor wir einen Beschluß fassen. Es wäre beispielsweise wichtig zu wissen, wann nach Einschätzung des zuständigen Ministeriums mit der genannten EU-Richtlinie realistischerweise zu rechnen ist. Dazu haben wir heute etwas mehr erfahren.

Wichtig wäre es auch aus unserer Sicht zu erfahren, welche Bestimmungen sie wahrscheinlich enthalten wird. Denn es macht natürlich auch keinen Sinn, jetzt einen Erlaß einzuführen, der in ein paar Monaten von einer entsprechenden EU-Regelung überflüssig gemacht wird. Und natürlich sollten wir auch die Meinung der Sachverständigen, der Pelztierzüchter und der Tierschutzverbände in Schleswig-Holstein in die Entscheidungsfindung mit einbeziehen.

Vorhin wurde gesagt, daß das Problem sehr viel mehr mit der Pelztierhaltung in den skandinavischen Ländern zu tun habe.

(Zuruf des Abgeordneten Detlef Matthiessen
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es wurde gesagt, daß das vielleicht auch der Grund dafür ist, daß es noch keine EU-Regelung gibt. Deshalb begrüßen wir den Antrag der CDU-Fraktion, auf eine EU-weite Regelung zu drängen. Dieser Änderungsantrag steht aber nicht im Widerspruch zum Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, wie ich gern hinzufügen möchte.

(Beifall des Abgeordneten Detlef Matthiessen
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Daher wäre es gut, wenn aus diesen beiden Anträgen im Ausschuß ein gemeinsamer Antrag erarbeitet würde.

Ich will als letztes noch hinzufügen, daß bei der kürzlich durchgeführten Wahl zum Folketing in Dänemark gerade das Thema „artgerechte Tierhaltung“, der Tierschutz und ethische Fragen der Tierhaltung eine ganz

wichtige Rolle gespielt haben. Ich glaube deshalb, daß diese Thematik immer wichtiger wird, was sicherlich dazu führt, daß wir bald eine EU-Regelung bekommen, wie wir sie haben wollen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und von Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile jetzt das Wort dem Herrn Minister Buß zu seiner Jungfernrede im Parlament.

(Beifall)

Klaus Buß, Minister für ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich freue mich, daß ich meine Jungfernrede über die Pelztiere halten darf -

(Heiterkeit und Beifall)

zu einem sicherlich sehr bedeutenden und, wie Sie alle gemerkt haben, dieses Land bewegenden Thema.

(Beifall von Abgeordneten der CDU)

Die Landesregierung mißt der **artgerechten Haltung von Nutztieren** einen hohen Stellenwert bei. Das möchte ich voranstellen.

(Beifall des Abgeordneten Bernd Saxe [SPD]
- Zurufe von der SPD)

Dies gilt selbstverständlich nicht nur für die landwirtschaftlichen Nutztiere, sondern auch für die Pelztiere.

Aus diesem Grund wird seit fünf Jahren von meinem Haus ein Wettbewerb für tiergerechte Haltung ausgeschrieben, firmiert für die Avantgarde der tiergerechten Haltung. Dies hat Vorbildfunktion für die breite Praxis. Ich halte dies für einen guten Weg, Schritt für Schritt zu besseren, artgerechteren Haltungssystemen zu gelangen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Die Pelztierhaltung in Schleswig-Holstein orientiert sich - wir haben darüber einiges gehört - stark an unserem Nachbarland **Dänemark**, das, Frau Spoorendonk, immer wieder **Vorbildfunktion** für Schleswig-Holstein hat.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das gilt aus gutem Grund auch hier. In Skandinavien und vor allem in Dänemark ist die europäische Pelztierzucht konzentriert. Dänemark ist traditionell ein wichtiger Umschlagort für Felle. Ich brauche es nicht

(Minister Klaus Buß)

zu betonen: Natürlich setzt der Markt die Qualitätsstandards, die zu erfüllen sind. Da ist Kopenhagen maßgebend. Wenn man hier etwas tun will, sollte man vielleicht dort anfangen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Auch hinsichtlich der **Haltungsbedingungen** orientieren sich unsere Pelztierhalter an den in Dänemark gesetzten Standards. Die Überwachung unserer Zuchtbetriebe wird zum einen - wir haben darüber etwas gehört - von den Kreisveterinären wahrgenommen. Darüber hinaus verfügen die Pelztierhalter über ein verbandseigenes Kontrollsystem, dem sich die Mitglieder unterwerfen müssen. In die Kontrollkommission sind sowohl ein Fachtierarzt als auch ein Vertreter der Landwirtschaftskammer eingebunden.

(Meinhard Füllner [CDU]: Der heißt aber nicht Matthiessen!)

- Aber der Fachtierarzt sollte, wenn ich Herrn Matthiessen Glauben schenken soll, von diesen Dingen doch eine gewisse Ahnung haben.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wir haben in **Schleswig-Holstein** 27 Betriebe - wir haben es schon gehört -, die Pelztiere halten. Die Tendenz ist eindeutig rückläufig. Von diesen Betrieben sind 20 Betriebe Chinchillazüchter mit durchschnittlich 35 Zuchttieren. Diese Züchter betreiben die **Pelztierhaltung** also ausschließlich im Nebenerwerb.

Ich frage Sie daher alle: Wieviel Verwaltungsaufwand sollen wir in Zeiten der Deregulierung eigentlich für 27 Betriebe machen?

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich glaube, darüber sollten wir ernsthaft nachdenken, bevor wir die Ärmel gemeinsam hochkrempeln und eigene Haltungsrichtlinien für 27 Betriebe mit rund 20 Arbeitnehmern erarbeiten. Herr Matthiessen, es ist durchaus nicht so, daß es für die Pelztierhaltung keine einschlägigen **Richtlinien** gäbe. Den Pelztierhaltern und den Überwachungsbehörden dienen neben dem Tierschutzgesetz folgende Vorgaben als Orientierung:

Erstens gibt es eine Empfehlung über das Halten von Pelztieren vom Oktober 1990, die der Ständige Ausschuß beim Europarat aufgrund des Europäischen Übereinkommens zum Schutz von Tieren in der landwirtschaftlichen Tierhaltung erarbeitet hat.

Zweitens gibt es das vom BML in Auftrag gegebene Gutachten zur tierschutzgerechten Haltung und Tötung von Pelztieren in Farmen vom 26. September 1986.

Drittens. Bisher unveröffentlicht liegen seit Oktober 1997 neue Beschlüsse des Ständigen Ausschusses beim Europarat zur Nerzhaltung vor, die, wie man mir sagt - auch darüber haben wir schon etwas gehört -, im Herbst dieses Jahres in Kraft gesetzt werden sollen.

Um es gleich klarzustellen: Auch die Vorgaben dieser Richtlinie werden in Schleswig-Holstein bereits jetzt voll erfüllt.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wie Sie meinen Ausführungen vielleicht haben entnehmen können, habe ich mit dem vorliegenden Antrag zum Erlaß von Haltungsbestimmungen für Pelztiere nach hessischem Vorbild so meine Probleme. In Hessen findet die Pelztierhaltung praktisch nicht mehr statt. Die Ausgangslage ist dort also eine ganz andere; Herr de Jager hat dazu etwas gesagt. Weiter findet eine zusätzliche Regelung statt einer Deregulierung statt. Ich bin eigentlich angetreten, um zu deregulieren.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wenn ich die Äußerungen aller Fraktionen zu den verschiedenen Rechtsgebieten in der Vergangenheit richtig verstanden habe, dann kann ich sagen, daß es eigentlich die Auffassung aller Fraktionen ist, daß wir unbedingt deregulieren müssen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich persönlich setze mehr auf Mittel wie Beratung, Überzeugung und Freiwilligkeit.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Bevor wir eine Richtlinie oder einen Erlaß nach hessischem Vorbild herausgeben, sollten wir daher gemeinsam mit den Pelztierzuchtverbänden prüfen, ob sich nicht auf freiwilliger Basis die Haltungsbedingungen noch weiter verbessern lassen.

Ich bitte die beratenden Landtagsausschüsse, diese Alternative in ihre Überlegungen und Beratungen einzubeziehen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort nach § 58 Abs. 2 der Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Matthiessen.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich möchte zu verschiedenen Debattenbeiträgen, die ein bißchen in eine ähnliche Richtung gingen, Stellung nehmen.

Zunächst einmal zur **Überregulierung**. Es ist so, daß wir ein Regelwerk haben. Im übrigen: Die von Ihnen zitierten Regelungen waren mir bekannt; denn in der schriftlichen Begründung meines Antrags, die Sie, Herr Buß, offensichtlich nicht zur Kenntnis genommen haben, waren diese Regelungen nachzulesen.

(Zurufe von der CDU)

Es ist so, wie ich es schon in meiner Rede ausführte: Diese Regelungen sind rechtsunverbindlich.

Frau Happach-Kasan, wenn die **Veterinärbehörden** kontrollieren, dann brauchen sie natürlich eine **Rechtsgrundlage**, um Verfügungen aussprechen zu können. Da die getroffenen Regelungen rechtsunverbindlich sind, haben die Behörden sozusagen nichts an der Hand, um Verfügungen aussprechen zu können.

Dann möchte ich noch einmal auf den Zeitablauf hinweisen. Was die Begründung betrifft, so würden wir zweifellos besser fahren, wenn wir eine **EU-Richtlinie** hätten. Diese Begründungsschiene wird seit vielen Jahren immer wieder, wenn die Debatte auf Pelztierhaltungen kommt - auf Landes- oder Bundesebene -, als Argument dafür verwendet, man möge nicht regeln. Ich aber sage: Die Zeit für eine Regelung zur Pelztierhaltung ist schon lange überfällig.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Daher sagen wir: Die bisherigen Regelungen - diese stellen eben eine Regulierung dar, aber sie greifen zu kurz - sind inhaltlich nicht tierschutzgerecht. Deswegen müssen wir sie ändern. Von Überregulierung kann also nicht die Rede sein, allenfalls von einer Änderung des bestehenden Regelwerks. Das Gegenteil von Überregulierung wäre ja Nichtregulierung. Wir haben jedenfalls ein Regelwerk, das wir lediglich verändern wollen. Nur auf diesen kleinen, feinen Unterschied wollte ich einmal deutlich hinweisen.

In der gestrigen Debatte gab es bei einem relativ ersten Thema auf seiten der Opposition ein breites Grinsen. Sie begleiten die Debatte sozusagen lächelnd. Vielleicht ist die Situation manchmal ein wenig exotisch. Sie sagen, daß Sie auf **Haupterwerbsbetriebe** abheben, und deren Zahl ist gering. Aber erstens ist es den Tieren egal, in welcher Rechtsform sie gehalten werden. Zweitens werden in den Pelzbetrieben, auch wenn sie von geringer Zahl sind, erhebliche Stückzahlen an Tieren gehalten. Wegen der geltenden Rechtsgrundlagen werden die Pelztiere in einigen Betrieben in für die Tiere unerträglicher Weise gehalten.

ten. Nehmen sie das einmal zur Kenntnis! Sie schießen sich voll!

Bisher habe ich es Ihnen erspart, von den **Tötungsmethoden** zu sprechen. Aber jetzt spreche ich darüber doch. Man tötet diese Tiere in folgender Weise: Um das Fell nicht zu verletzen, wird den Tieren bei vollem Bewußtsein in die Nasenlöcher eine Injektion gegeben. Wenn Sie das weiter mitmachen wollen, dann haben Sie dafür die Verantwortung zu übernehmen! Das ist eine unglaubliche Praxis! Und da stellen Sie sich hierhin und sagen, das BML-Gutachten regle zu umfassend!

(Zuruf von der CDU: Was ist das denn hier für eine Ethik? - Weitere Zurufe von der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich darf bitten, diese Gespräche nachher außerhalb des Plenarsaals fortzusetzen.

Mir liegen weitere Wortmeldungen nicht vor. Ich schließe damit die Beratung.

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: Warum gibt es keinen Ordnungsruf?)

Es ist Ausschußüberweisung beantragt worden. Federführend soll der Umwelt- und mitberatend der Agrarausschuß sein. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Es ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 11 auf:

Überarbeitung des Programms Arbeit für Schleswig-Holstein III (ASH III)

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 14/1466

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann eröffne ich die Aussprache.

(Unruhe)

- Ich darf das Haus bitten, wieder zur Ruhe zu kommen!

(Martin Kayenburg [CDU]: Wir nicht! Herr Matthiessen!)

Ich erteile das Wort der Frau Abgeordneten Aschmoneit-Lücke.

Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will von vornherein zwei Dinge klarstel-

(Christel Aschmoneit-Lücke)

len, die uns die folgende Debatte möglicherweise erleichtern oder vielleicht auch das eine oder andere Redemanuskript, das insbesondere auf der linken Seite des Hauses schon da ist, überflüssig machen. Der F.D.P.-Fraktion geht es in ihrem Antrag weder um das generelle Für und Wider von Arbeitsmarktpolitik noch um die Abschaffung des Arbeitsmarktprogrammes **ASH III**. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, die **Förderbilanzen** der beiden Programmpunkte ASH III 1 und ASH III 4 sind nicht hervorragend. Sie sind schlicht und einfach miserabel.

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der CDU)

Wenn Sie ehrlich sind, müssen Sie von uns eigentlich die Forderung nach der sofortigen Einstellung dieser Programme erwarten.

Angesichts der Entwicklung auf dem schleswig-holsteinischen Arbeitsmarkt, die auch im vergangenen Monat wieder nicht an den positiven Trend der übrigen westlichen Bundesländer anknüpfen kann, ist mir im Augenblick eine erfolgsorientierte **Korrektur** dieser Programmpunkte wichtiger als eine Generalabrechnung mit der Arbeitsmarktpolitik der Landesregierung.

In Schleswig-Holstein waren Ende Mai fast 123.000 Frauen und Männer arbeitslos gemeldet. Bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen entspricht dies einer Quote von 9,5 %. Damit stagniert die **Arbeitslosenquote** im Mai auf dem Wert des Vorjahresmonats. In den vergangenen Monaten lagen die jeweiligen Arbeitslosenquoten sogar über den Werten der Vorjahresmonate. Damit hat sich Schleswig-Holstein zum wiederholten Mal von der positiven Arbeitsmarktentwicklung der westlichen Bundesländer abgekoppelt.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Höchst betäublich!)

Die Arbeitslosenquote liegt im Bundesdurchschnitt (West) derzeit bei 9,1 % und verringerte sich damit im Vergleich zum Vorjahresmonat um 0,5 %. Ob dieser seit Jahresbeginn anhaltende Trend bereits die Wende am Arbeitsmarkt der alten Bundesländer markiert, kann heute niemand seriös bejahen oder verneinen.

Die weniger erfreuliche Entwicklung auf dem schleswig-holsteinischen Arbeitsmarkt ist jedoch auch eine Tatsache - das will ich ganz klar sagen -, für die die Landesregierung natürlich keineswegs allein zuständig ist. Vielmehr zeigt sich, daß **Schleswig-Holstein** aufgrund seiner nach wie vor unterdurchschnittlichen **Exportquote** auch weniger sensibel auf konjunkturelle Ausschläge sowohl nach oben als auch nach unten reagiert, was sich natürlich auf den Arbeitsmarkt auswirkt.

Wenn sich die Landesregierung, gestützt auf eine große Mehrheit hier im Haus, aber **arbeitsmarktpolitische Programme** leistet, um diesen **strukturellen Schwächen** zu begegnen, dann müssen diese arbeitsmarktpolitischen Instrumente auch zum Erfolg führen. Es ist nicht nur falsch, sondern es ist auch nicht im Sinne der ursprünglichen Zielsetzung des Programms ASH, wenn der zuständige Staatssekretär im Sozialausschuß feststellt, das Programm sei schon deswegen erfolgreich, weil es Menschen irgendwie beschäftige.

Nein, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, genau darum geht es eben nicht. Ich empfehle daher allen, die hier nachher gleich das Gegenteil behaupten und sich dabei hinter dem Argument der sozialpolitischen Verantwortung verstecken wollen, einen Blick auf die Richtlinien zu **ASH III 1** zu werfen. Diese Richtlinien wurden nicht von der F.D.P.-Fraktion formuliert, sondern federführend vom zuständigen Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit. Dort können Sie - man höre und staune - unter der Nummer 1 folgende **Zielsetzung** nachlesen - ich zitiere -: „Das Ziel arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen ist die Vermittlung in unbefristete Arbeitsverhältnisse.“

Dieses Ziel wird im Rahmen des Programmes ASH III 1 gerade einmal zu 9 % erreicht. Beim Programm „Arbeit statt Sozialhilfe“ liegt die Erfolgsquote noch unter 9 %. Hieran ändern auch kosmetische Korrekturen an der Statistik nichts, die zu einer höheren Erfolgsquote führen sollen, indem die Zahl der Teilnehmer, über die keine Angaben gemacht werden können, einfach aus der Teilgrundgesamtheit herausgerechnet wird. Das mag Sie von der SPD möglicherweise beruhigen, allen anderen sollte es jedoch Anlaß genug sein, eine Überarbeitung dieser Programme zu fordern.

Hierbei bin ich ganz zuversichtlich, daß die F.D.P. nicht allein mit dieser Forderung steht; denn immerhin deuten sich in der Union zaghafte Zweifel an, ob das gegenwärtig umgesetzte Programm nicht zumindest verbessert werden könnte, Herr Kollege Geerds! Mit ein paar freundlichen Fragen kümmert sich die CDU nun um die Effizienz jener Teilprogramme, die vom Landesrechnungshof beanstandet wurden.

Herr Kollege Geerds, ich freue mich darüber, es darf aber nicht dabei bleiben. Besonders beachtlich fand ich allerdings die Worte der Frau Kollegin Heinold gegenüber den „Kieler Nachrichten“ vom 5. Juni 1998. Wenn Sie auch heute noch inhaltlich hinter ihren Aussagen vom Samstag der vergangenen Wo-

(Christel Aschmoneit-Lücke)

che stehen, dann können Sie einer **Überarbeitung** der arbeitsmarktpolitischen Programme **ASH III 1** und **ASH III 4** mit dem Ziel, mehr Menschen in den ersten Arbeitsmarkt zurückzubringen, Ihre Zustimmung nicht verweigern.

(Beifall bei der F.D.P.)

Auch eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung tut nicht allein deswegen etwas Gutes, weil sie zweistellige Millionenbeträge in Programme fließen läßt, die zu einem großen Teil nicht zu selbst gesetztem Ziel und Erfolg führen. Selbst durch die sozialdemokratische Brille betrachtet kann sich der Erfolg nicht am Teilnehmer, der aus der Arbeitslosenstatistik herausfällt, sondern nur an den Frauen und Männern messen lassen, die es mit Hilfe der arbeitsmarktpolitischen Instrumente geschafft haben, wieder einen Arbeitsplatz zu finden. Genau das ist es doch, worauf wir alle Kräfte konzentrieren müssen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Frau Minister, wenn wir auch unterschiedlicher Auffassung darüber sind, wie Arbeitsmarktpolitik aussehen soll, einig sind wir uns vermutlich doch erstens darüber, daß es ohne begleitende aktive **Arbeitsmarktpolitik** nicht gelingt, benachteiligte Personengruppen in den ersten Arbeitsmarkt wieder einzugliedern, und zweitens darüber, daß im Rahmen sozial wie ökonomisch motivierter Programme jede Mark so eingesetzt werden muß, daß die **Chance zur Wiedereingliederung** möglichst groß ist. Gerade Letztes ist jedoch nicht der Fall.

Daß es auch anders geht, beweist die Landesregierung doch selbst mit Projekten, die sehr viel erfolgreicher sind. Ich nenne in diesem Zusammenhang das Projekt „Arbeit plus“, ich nenne die Vermittlung durch „Maatwerk“ oder „Neuland“, und ich nenne die überaus erfolversprechende Initiative „Ausbildung statt Sozialhilfe“.

Die F.D.P.-Fraktion hat die grundlegende Überarbeitung der Programmpunkte ASH III 1 und ASH III 4 gefordert sowie die Definition einer verbindlichen Zielerreichungsgröße, um den Erfolg oder Mißerfolg einer Maßnahme konkret messen zu können.

Frau Ministerin, ich mache Ihnen den Vorschlag, einen Teil der Mittel, die für beide Programmpunkte vorgesehen sind, wie bislang in die **Qualifikation der Teilnehmer** zu investieren. Mit den verbleibenden Mitteln ergänzen Sie auf Landesebene Instrumente wie Lohnkostenzuschüsse nach § 218 SGB III und verbessern die Möglichkeiten der Aktion „Beschäftigungshilfe für Langzeitarbeitslose“. - Das ist ein Vorschlag, den wir möglicherweise im Ausschuß diskutieren werden. Ich würde mich darüber freuen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Erfolgsversprechend können solche Eingliederungshilfen natürlich nur dann sein, wenn die Zielgruppen, an die sich ASH III 1 und ASH III 4 richtet, zuvor entsprechend qualifiziert werden. Daher wollen wir in jedem Fall an der Qualifizierung festhalten, das heißt zusätzliche Eingliederungshilfen mit zusätzlicher Qualifikation verbinden.

Wenn wir uns darauf verständigen können, jede ASH-Mark so effizient wie möglich einzusetzen, dann darf abschließend die Umsetzung des Programms durch die BSH nicht unerwähnt bleiben.

Vor dem Hintergrund der **Kritik des Landesrechnungshofs** erwarte ich, daß in Zukunft nicht nur zurechtensrechtliche Vorschriften genau eingehalten und sämtliche beanstandeten Mängel unverzüglich beseitigt werden, sondern ich erwarte auch, daß die Arbeit dieser Gesellschaft transparenter wird und permanent überprüft wird, und zwar durch das zuständige Ministerium. Daß eine solche Kontrolle zum Teil durch Mitarbeiter der BSH selbst stattfinden soll, wie ich dem BSH-Mitteilungsblatt „aktuell“ entnommen habe, halte ich - vorsichtig ausgedrückt - für äußerst bedenklich.

Die Beanstandungen des Landesrechnungshofs sind so gravierend, daß man ihnen mit verharmlosenden Grußadressen oder Beschwichtigungen kaum gerecht wird. Hier, Frau Ministerin, ist es höchste Zeit, die Mängelbeseitigung zur Chefsache zu machen, sonst droht das gesamte Programm in Mißkredit zu geraten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, natürlich beantrage ich Ausschußüberweisung für unseren Antrag. Es geht mir nicht darum - ich nehme an, das haben Sie meinem Debattenbeitrag zu diesem Antrag auch entnommen -, heute die Arbeitsmarktpolitik der Landesregierung in Mißkredit zu bringen. Es geht mir darum, dieses Programm in Zukunft erfolgsorientiert im Sinne der betroffenen Arbeitslosen durchzuführen.

Es geht mir natürlich nicht nur darum, das immer weniger werdende Geld effizient einzusetzen, sondern es geht mir auch darum - ich möchte das noch einmal betonen -, daß das Gebaren, das die BSH in den vergangenen Jahren mit Millionenbeträgen an den Tag gelegt hat, umgehend überprüft wird, und zwar ernsthaft durch das zuständige Ministerium. Frau Ministerin, ein Appell an Sie! Ich nehme an, dem können Sie sich anschließen.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Sehr richtig! - Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Auf der Tribüne begrüße ich jetzt die Besuchergruppe des Gymnasiums Harksheide aus Norderstedt.

(Beifall)

Das Wort hat Frau Abgeordnete Küstner.

Birgit Küstner [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Seitdem der Landesrechnungshof seine Bemerkungen zur Abwicklung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen durch eine private GmbH veröffentlicht hat, erfreut sich das arbeitsmarktpolitische Programm des Landes - ASH III - besonderer Aufmerksamkeit der Opposition.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist doch schön, oder nicht?)

Das ist auch nicht verwunderlich. Denn nichts kann darüber hinwegtäuschen, daß die Arbeitsmarktpolitik von Union und F.D.P. auf Bundesebene jämmerlich gescheitert ist.

(Beifall bei der SPD)

Mit fast fünf Millionen registrierten Arbeitslosen und sieben bis acht Millionen fehlenden Arbeitsplätzen war die Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt noch nie so schlecht wie im vergangenen Winter.

Im Zuge dieser Entwicklung werden Verantwortlichkeiten und vor allem Kosten für die Arbeitslosigkeit seit Jahren immer weiter nach unten auf die Länder und schließlich auf die Gemeinden verlagert.

Im Zeichen des beginnenden Bundestagswahlkampfes liefert der **Bericht des Landesrechnungshofs** der Opposition somit einen willkommenen Anlaß, von der arbeitsmarktpolitischen Misere in Bonn abzulenken und nach dem Motto „Haltet den Dieb“ mit dem Finger auf die Landesregierung und deren arbeitsmarktpolitisches Programm zu zeigen.

(Angelika Volquartz [CDU]: Das ist eine Unterstellung! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ich denke, das machen wir regelmäßig!)

Nun kann oder soll der vorliegende Antrag der F.D.P.-Fraktion sicherlich nicht Grundlage für eine vertiefte Auseinandersetzung mit den Bemerkungen des Landesrechnungshofes sein. Dies muß an anderer Stelle erfolgen. Erste Konsequenzen sind aus den zahlreichen Hinweisen ja bereits gezogen worden. Weitere Schritte werden mit Sicherheit folgen.

Eines möchte ich an dieser Stelle aber doch anmerken: Die Prüfung des Landesrechnungshofes bezog sich nicht auf alle Programmteile von ASH, sondern nur auf den Teil ASH III 1 - Langzeitarbeitslosenpro-

gramm. Mit diesem Teil des Programmes wird nicht etwa der „Kleine Prinz“, Herr Geerds, gefördert, sondern es werden

(Beifall der Abgeordneten Frauke Walhorn [SPD] und Abgeordneten der SPD)

Menschen gefördert, die mindestens 18 Monate ohne Arbeit waren oder die unter 25 Jahre alt und ohne Schulabschluß oder Ausbildungsabschluß sind.

Diese Gruppe ist eine der schwierigsten Zielgruppen am Arbeitsmarkt. Ob die Höhe der für diesen Personenkreis eingesetzten Mittel gerechtfertigt ist, unterliegt nicht der Prüfung durch den Landesrechnungshof, sondern das ist einzig und allein eine politische Entscheidung.

(Zuruf der Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]

Was den Antrag der F.D.P.-Fraktion in Gänze betrifft, habe ich ihn von vornherein so verstanden, Frau Aschmoneit-Lücke, daß er keineswegs das Programm „Arbeit für Schleswig-Holstein“ insgesamt in Frage stellt, sondern dessen Existenz und Fortbestand durchaus akzeptiert. Insofern gibt es bezüglich des Programms ASH anscheinend doch einen, wenn auch minimalen Konsens.

Unstrittig ist auch, daß ein wirksames Arbeitsmarktprogramm nicht statisch sein darf, sondern **Möglichkeiten zur Fortschreibung** entsprechend den tatsächlichen Entwicklungen am Arbeitsmarkt bieten muß.

(Beifall der Abgeordneten Frauke Walhorn [SPD])

Diese Möglichkeiten bietet ASH III allemal. Es soll ja gerade dazu beitragen, daß neue innovative Wege in der Arbeitsmarktpolitik beschritten werden können.

Ich erinnere in diesem Zusammenhang an den Antrag „Neue Akzente in der Arbeitsmarktpolitik“, den wir im vergangenen Jahr in großer Einmütigkeit hier beschlossen haben, und der vom Gedanken der Prävention und der noch stärkeren Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt getragen war.

Ein großer Teil der Ansätze dieses Antrags ist inzwischen in das Programm eingearbeitet worden, und die Landesregierung hat eine ganze Reihe weiterer Initiativen hinzugefügt. Ich nenne nur die Stichworte „Maatwerkmethode“, „Dienstleistungsagenturen“ oder auch „Ausbildung statt Sozialhilfe“.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

(Birgit Küstner)

ASH III ist ein lebendiges Programm, das flexibel auf die Gegebenheiten am Arbeitsmarkt reagieren kann.

(Beifall bei der SPD)

Eine grundlegende Überarbeitung von ASH III zum jetzigen Zeitpunkt - wie von der F.D.P.-Fraktion gefordert - und dann noch innerhalb einer außerordentlich kurzen Frist bis zur ersten Sitzung nach der Sommerpause ist jedoch illusorisch.

(Beifall der Abgeordneten Frauke Walhorn [SPD])

Ich möchte dafür nur drei Gründe nennen,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Urlaubszeit!)

und zwar als erstes einen ganz formalen Grund. Jeder hier im Saal - also auch die F.D.P. - weiß ganz genau, daß ASH III aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds kofinanziert wird und das Programm deshalb auch bei der EU-Kommission angemeldet ist. Eine grundlegende Änderung kann deshalb nur über eine erneute Einschaltung der Kommission erfolgen, so daß die Beratung in der Septembertagung schon deshalb nicht realistisch ist.

(Beifall der Abgeordneten Frauke Walhorn [SPD] und Sabine Schröder [SPD])

Zum zweiten meine ich, daß ein Zeitpunkt - nämlich eineinhalb Jahre vor dem Auslaufen eines Programms - nicht der richtige ist, um sich Gedanken über dessen grundlegende **Überarbeitung** zu machen. Vorausschauende Politiker werden vielmehr schon jetzt - aufbauend auf den Erfahrungen mit ASH III - Überlegungen für die Gestaltung des Nachfolgeprogramms ASH IV anstellen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wo ist der Unterschied?)

Hier wird sicherlich die Erarbeitung von Zielvereinbarungen oder Leistungsverträgen eine wichtige Rolle spielen. So können Zielsetzungen nach den Bedürfnissen der unterschiedlichen Zielgruppen ausdifferenziert und mit dem tatsächlichen Ergebnis der Projekte abgeglichen werden.

Zum dritten beruht der unbestreitbare **Erfolg** von ASH III, den wir uns auch in dieser Debatte nicht wegdiskutieren lassen, nicht zuletzt darauf, daß das Programm sehr sorgfältig im großen Konsens im Rahmen der regionalen Aktion „Arbeit für Schleswig-Holstein“ vorbereitet worden ist.

(Beifall der Abgeordneten Frauke Walhorn [SPD] und Sabine Schröder [SPD])

Ein breiter gesellschaftlicher Konsens wie im Rahmen der regionalen Aktion oder der Kieler Runde ist nun

einmal die entscheidende Voraussetzung für einen dauerhaften Erfolg bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

(Beifall der Abgeordneten Frauke Walhorn [SPD] und Wolfgang Baasch [SPD])

Auch von daher verbietet es sich von selbst, eine grundlegende Überarbeitung von ASH einmal eben par ordre du Mufti von der Landesregierung zu erlassen.

Geradezu entlarvend, Frau Aschmoneit-Lücke, empfinde ich den zweiten Absatz Ihres Antrages. Danach soll ein Projekt künftig dann als erfolgreich gewertet werden, wenn die Eingliederungsquote in den ersten Arbeitsmarkt mindestens 10 % Punkte über der jeweiligen problemgruppenspezifischen Vermittlungsquote des Landesarbeitsamtes Nord für Schleswig-Holstein liegt.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Der von Ihnen angesprochene Personenkreis - nämlich **Langzeitarbeitslose** und **arbeitslose Sozialhilfeempfänger** - ist aber gerade derjenige, der bereits durch alle Raster der Arbeitsverwaltung gefallen ist. Wenn es anders wäre, bräuchten diese Menschen die Förderung nach ASH III 1 und 4 überhaupt nicht.

(Beifall bei der SPD)

Aus diesem Grunde finde ich die von Ihnen geforderte Eingliederungsquote - mit Verlaub bemerkt - ein bißchen scheinheilig.

Anzumerken bleibt darüber hinaus, daß die von Ihnen erwähnte **problemgruppenspezifische Vermittlungsquote** für Schleswig-Holstein beim Landesarbeitsamt so überhaupt nicht abfragbar ist. Ohnehin gibt es umfassende Evaluierungen, wie Sie sie für ASH ja immer wieder fordern, im Bereich der Arbeitsverwaltung nicht.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Na!)

Die letzte mir bekannte konzentrierte Studie stammt aus dem Jahr 1988. Ansonsten gibt es Evaluierungen bei der Arbeitsverwaltung nur für Teilbereiche und nicht länderspezifisch.

Ich bin der Meinung, liebe Kolleginnen und Kollegen von der F.D.P.-Fraktion, es wäre ein Gebot der Fairneß gewesen, diese Tatsachen bei der Formulierung Ihres Antrages zu berücksichtigen.

(Beifall bei der SPD)

Abschließend möchte ich für die Fraktion der SPD noch einmal betonen, daß sich das Programm „Arbeit für Schleswig-Holstein“ mit seiner Kombination von

(Birgit Küstner)

Förderprogrammen des ESF, des Landes und des Landesarbeitsamtes als effektives Instrument der aktiven Arbeitsmarktpolitik bewiesen hat.

(Beifall bei der SPD)

Mit 31.200 Förderfällen seit Anfang 1995 wurde das ursprüngliche Fördersoll von 7.000 Förderfällen pro Jahr noch überschritten. Etwa 15.000 arbeitslose Menschen weniger und eine um 1,1 bis 1,2 % geringere Arbeitslosenquote im Lande sind das Ergebnis der Arbeitsmarktpolitik des Landes.

(Beifall bei der SPD)

Wenn die gesamtgesellschaftlichen Kosten für einen arbeitslosen Menschen pro Jahr 42.000 DM betragen, dann sind die durchschnittlichen Gesamtkosten je genehmigtem Teilnehmerplatz in Höhe von 6.700 DM, bezogen auf das Gesamtprogramm ASH, gut angelegtes Geld.

(Beifall bei der SPD)

Die SPD-Landtagsfraktion sieht deshalb überhaupt keinen Anlaß dafür, das Programm ASH III jetzt überstürzt zu überarbeiten. Wir werden uns vielmehr mit Verantwortungsbewußtsein und im bewährten Kontakt mit den sogenannten Akteuren am Arbeitsmarkt auf die Vorbereitungen für das Nachfolgeprogramm ASH IV konzentrieren.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Geerds.

Torsten Geerds [CDU]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Jeder, der sich ernsthaft mit der Situation auf dem Arbeitsmarkt befaßt, weiß, daß die Arbeitslosigkeit nicht mit staatlichen Beschäftigungsprogrammen durchschlagend und erfolgversprechend zu bekämpfen ist. Die Entlastungswirkung bei der Arbeitslosenquote beträgt ganze 0,3 %. Wer also vom Allheilmittel zweiter Arbeitsmarkt träumt, läßt die Realitäten völlig außen vor.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Auf über 120.000 arbeitslose Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner kommen etwas mehr als 3.000 beschäftigungsschaffende Maßnahmen. Schon dieser Zahlenvergleich macht deutlich, daß der **zweite Arbeitsmarkt** niemals ein Königsweg bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sein kann. Er kann nur einen minimalen Beitrag leisten.

Die CDU-Landtagsfraktion unterstützte bereits mit der von einer CDU-Landesregierung geschaffenen **Arbeitsplatzoffensive** die Maßnahmen des zweiten Arbeitsmarktes. Auch bei der Fortschreibung und Fortentwicklung dieser Arbeitsplatzoffensive hin zu ASH hat sich die CDU als kritischer und konstruktiver Begleiter verstanden; das wird auch so bleiben.

Das Anerkennen der Notwendigkeit von Maßnahmen im zweiten Arbeitsmarkt darf uns allerdings nicht den Blick darauf verstellen zu fragen, wie erfolgversprechend die Akteure vor Ort wirklich sind. Wir müssen aus sozialen und finanzpolitischen Gründen stets die Frage nach der **Effizienz** dieser Maßnahmen stellen. Wer dies nur blind nach dem Motto: „Wird schon was nützen“ begleitet, der mag sich für einen guten Sozialpolitiker halten; er wird aber wahrscheinlich irgendwann zu Recht als Sozialromantiker verspottet werden.

(Beifall bei der CDU)

Wenn die Aussage „Sozial ist, was Beschäftigung schafft“, eine richtige sein soll, dann müssen wir alle miteinander jede Maßnahme stets kritisch hinterfragen. Wir müssen doch wissen, wie nachhaltig sich die Perspektiven der einzelnen Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Ende einer Maßnahme wirklich verbessert haben. Ist es etwa unsozial, daß wir nach jeder Maßnahme geklärt haben wollen, wie groß die Zahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer ist, die wirklich in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt werden konnten? Ist es unsozial, wenn wir wissen wollen, wie viele nach Beendigung der Maßnahme direkt oder indirekt wieder beim Sozialamt oder beim Arbeitsamt landen? Es kann richtig sein, aber es darf nicht - wie in so vielen Fällen - zur Regel werden, daß der einzelne Betroffene am Ende einer Maßnahme nur einen Weg aufgezeigt bekommt, und zwar den Weg in eine weitere Maßnahme. Das ist ein ewiger Kreislauf, der den Menschen überhaupt nicht weiterhilft.

(Beifall bei CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]

Wenn wir Jahr für Jahr Steuermittel für den zweiten Arbeitsmarkt zur Verfügung stellen, dann müssen wir doch auch wissen, wie erfolgreich wir wirklich sind. Oder sind einige schon damit zufrieden, Frau Küstner, daß Sie sich auf Versammlungen damit brüsten können, große Beträge zur Verfügung gestellt zu haben, ohne zu wissen, was damit an positiven Veränderungen überhaupt erreicht werden konnte?

Wir wissen alle miteinander, daß das größte Problem der Langzeitarbeitslosen darin besteht, daß sie nicht

(Torsten Geerds)

ausreichend oder falsch qualifiziert sind. Da wir dieses wissen, muß es dort eine Umsteuerung geben.

Einen solchen Vorhalt - das hat Herr Staatssekretär Dr. Stegner in der vergangenen Sitzung des Sozialausschusses auch ausgeführt - kann man auch Richtung Nürnberg machen. Ich denke, an dieser Stelle sollte man sich nicht zerstreiten. Wenn wir als CDU das kritisieren, dann kritisieren wir das nicht nur in Richtung Schleswig-Holstein und ASH, sondern auch in Richtung Nürnberg.

(Beifall im ganzen Haus)

Wir brauchen einen **höheren Qualifizierungsanteil**, um den Menschen überhaupt eine Perspektive geben zu können. Nur so - ich fasse es noch einmal zusammen - schaffen wir wirkliche Vermittlungschancen in den ersten Arbeitsmarkt hinein. Die **Attraktivität der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer** muß gesteigert werden, damit sie im ersten Arbeitsmarkt verwendet werden können.

Was machen wir eigentlich mit den Menschen, die von dieser Gesellschaft lediglich damit vertröstet werden, daß sie von Maßnahme zu Maßnahme hüpfen? Die Vermittlungschancen werden nicht gesteigert, sondern den Menschen wird nur eine Beschäftigung gegeben; damit wird ihnen keine ausreichende Perspektive eröffnet. Dieser Vorwurf muß in vielen Teilen auch in Richtung ASH erhoben werden.

Es kann in einigen Fällen der Langzeitarbeitslosigkeit Sinn machen, mit der Teilnahme an reinen Beschäftigungsmaßnahmen auch das **Sozialverhalten** positiv zu verändern; auch das will ich unterstreichen. Menschen wieder an Arbeit zu gewöhnen, geregelte Tagesabläufe einzutrainieren und den Umgang mit Kolleginnen und Kollegen wieder zu erlernen, macht Sinn. Auch das ist eine Aufgabe von Maßnahmen des zweiten Arbeitsmarktes. Aber machen wir uns nichts vor: Kein Arbeitgeber, keine Arbeitgeberin wird jemanden einstellen, der es zwar gelernt hat, wieder regelmäßig zu arbeiten, der aber unzureichend qualifiziert ist. Das ist für unsere hochmoderne Arbeitswelt einfach zu wenig. Daran leidet die staatliche Beschäftigungspolitik grundsätzlich.

Aus diesem Grunde unterstützt die CDU-Fraktion die heutige Initiative der Liberalen. Wir halten alle gemeinsam die Zielgruppen, die wir mit ASH erreichen wollen, für die richtigen. Es macht Sinn, sich insbesondere um die Langzeitarbeitslosen, um Jugendliche mit größeren Problemen und die Schwerbehinderten zu kümmern. Sie haben die größten Probleme, im ersten Arbeitsmarkt dauerhaft eine Beschäftigung zu finden. Es ist also die Aufgabe der Sozial-, Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitiker, sich dieser Menschen ganz be-

sonders anzunehmen. Sie brauchen Hilfestellung und eine Perspektive.

Wenn wir ihnen aber helfen wollen - das ist aus meiner Sicht der Wunsch aller Fraktionen -, dann müssen wir auch den Mut haben, jede Maßnahme daraufhin zu hinterfragen, wie hoch die **Eingliederungsquote** in den ersten Arbeitsmarkt ist und wie sie gesteigert werden kann. Sind keine Steigerungen und Erfolge zu verzeichnen, dann muß man auch den Mut haben, eine Maßnahme für gescheitert zu erklären und zu beenden. Dabei will ich aber auch deutlich betonen, daß das Scheitern einer Maßnahme bei dieser schwierigen Klientel kein politischer Weltuntergang sein muß. Vielmehr muß nur der Mut aufgebracht werden zu sagen, daß es keinen Sinn macht und daß man das korrigieren muß.

Der **zweite Arbeitsmarkt** muß noch flexibler werden, damit er für noch mehr Teilnehmer wirklich eine Brücke in den ersten Arbeitsmarkt darstellt. Ich weiß, daß es gerade in dieser Frage jeder irgendwie gut meint. Derjenige, der Maßnahmen nach ihrer Effizienz hinterfragt, hilft den Betroffenen, und stellt sicher, daß die Bürger das Gefühl haben, ihre Steuergelder und Beiträge würden vernünftig verwandt.

Ich habe eingangs schon ausgeführt, daß die CDU-Fraktion den zweiten Arbeitsmarkt nicht für den Königsweg bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hält. Wer den über 120.000 arbeitslosen Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteinern konkret helfen will, muß die **Rahmenbedingungen für die Wirtschaft** im Lande insgesamt verbessern. Das ist die Wahrheit - ob die Sozialdemokraten und die Grünen es an dieser Stelle hören mögen oder nicht. Wer die **Steuerreform** in Bonn aus wahltaktischen Gründen blockiert hat, trägt ein hohes Maß an Mitverantwortung an der immer noch zu hohen Arbeitslosigkeit.

(Beifall bei der CDU - Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir brauchen eine Entlastung bei den viel zu hohen Lohnzusatzkosten und weniger Bürokratie in diesem Land. Auch diesbezüglich könnte diese Landesregierung deutlich vorangehen. Das sind die entscheidenden Punkte, damit wettbewerbsfähige Arbeitsplätze entstehen können. Die CDU-Fraktion steht dazu, daß in einem bestimmten Umfang Maßnahmen des zweiten Arbeitsmarktes durchgeführt werden, wenn der heimischen Wirtschaft damit keine Konkurrenz gemacht wird; das muß ständig ausgeschlossen bleiben. Allerdings wollen wir die Effizienz steigern. Daher unterstützen wir den Antrag der Liberalen.

(Torsten Geerds)

Lassen Sie mich abschließend zu den Ausführungen von Frau Küstner betreffend den Bericht des Landesrechnungshofes in Sachen BSH sagen: Die Formulierung „haltet den Dieb“ ist von den Sozialdemokraten in die Debatte eingeführt worden. Vielleicht wissen Sie, warum.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Böttcher.

Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Geerds, Sie haben recht, eine Steuerreform ist notwendig, aber nicht die Steuerreform, wie sie sich die Union vorgestellt hat,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

sondern eine **ökologische Steuerreform**. Daß sie dazu dienen kann, Arbeitsplätze zu schaffen, zeigen uns unsere nördlichen Nachbarn in Dänemark, die beispielhaft vorangegangen sind.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb sage ich,

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

um eine sachliche Auseinandersetzung zu führen, sind Hinweise auf Bonn, oder solche Rituale, wie sie hier zum Schluß wieder aufkamen, eigentlich der falsche Weg.

(Zurufe von der CDU)

Wir sollten uns darüber ernsthaft unterhalten.

Ich möchte zu meinen Vorrednern noch einiges sagen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

- Herr Kubicki, seien Sie doch einmal ruhig, es ist anstrengend, immer dagegen anzureden.

(Beifall der Abgeordneten Holger Astrup [SPD], Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Anke Spoorendonk [SSW])

Ich möchte noch auf einige Punkte meiner Vorredner eingehen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Versuchen Sie das doch einmal!)

Ich glaube, die Situation ist richtig beschrieben worden, nämlich daß sich die Arbeitsmarktpolitik der neuen Situation stellen muß. Ich glaube, daß die Begründung, mit der damals der zweite Arbeitsmarkt gewählt wurde, nämlich zu sagen, wir haben eine Arbeitslosigkeit und nutzen die Zeit der Arbeitslosigkeit in Beschäftigungsgesellschaften im Bereich des zweiten Arbeitsmarktes, um Arbeitskräfte zu qualifizieren und sie auszubilden, und wenn die Situation besser wird, dann können wir sie wieder in den ersten Arbeitsmarkt zurückbringen und integrieren, nicht mehr zeitgemäß ist. Die Situation ist immer schwieriger geworden. Es stellt sich die Frage: Wofür qualifiziert man Leute, wenn auf dem Arbeitsmarkt qualifizierte Leute entlassen werden, wenn man 5 Millionen Arbeitslose hat? Man muß sich die Frage stellen: Welche Instrumente nutzt man, um Menschen in Arbeit zu bringen, und wie macht man das überhaupt?

Das sind schwierige Fragen, die unter den jetzigen Rahmenbedingungen schwer zu beantworten sind. ASH IV muß sich diesen Herausforderungen stellen, und man muß Wege gehen, nicht nur zu qualifizieren, sondern auch dazu beizutragen, **Dauerarbeitsplätze** zu schaffen, indem man Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsförderung sinnvoll verknüpft. Ein erster Vorschlag war das Modell der **sozialen Wirtschaftsbetriebe**, die nach einer bestimmten Zeit als Betriebe selbständig auf dem Markt tätig werden sollten, ohne dauerhaft Subventionen zu erhalten. Man muß sich Marktnischen suchen, in denen man tätig werden kann.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Es ist natürlich eine Binsenweisheit - ich glaube, das steht auch in Ihrem Antrag -, daß nur die Wirtschaft Arbeitsplätze schafft. So steht es im CDU-Antrag. Das ist natürlich richtig; die wesentlichen Arbeitsplätze werden durch die Wirtschaft geschaffen, und dafür muß man die Rahmenbedingungen schaffen. Aber es gibt durchaus Meinungsverschiedenheiten darüber, auf welchem Weg man das tut, durch Autobahnen oder durch eine ökologische Steuerreform.

(Martin Kayenburg [CDU]: So naiv können Sie doch gar nicht sein!)

Aber zu diesem Streit wollte ich jetzt gar nichts sagen. Ich möchte noch etwas zu ASH sagen.

Die Forderungen der F.D.P., verbindliche Zielerreichungsgrößen, Effektivitätskontrollen und erfolgsorientierte Überarbeitung sind Schlagworte und meiner Meinung nach auch eine Selbstverständlichkeit. Man

(Matthias Böttcher)

muß sich das aber ganz genau ansehen. Bei näherer Betrachtung wird deutlich, daß die Gruppen, um die sich das ASH-Programm bemüht, nicht einfach für pauschale **Erfolgskriterien und -kontrollen** geeignet sind. Denn kommunale Beschäftigungsprojekte, die mit Langzeitarbeitslosen oder schwer vermittelbaren Jugendlichen arbeiten, bestätigen, daß neben der Vermittlung von Wissen und Fertigkeiten pädagogische Zielsetzungen einen breiten Raum einnehmen. Der Personenkreis und die Maßnahmen sind so unterschiedlich, daß sich Maßnahmenvergleiche sehr schwierig gestalten. Deshalb halte ich den Vorschlag der F.D.P. für falsch, zu sagen, das Erfolgskriterium ist, in der Eingliederungsquote höher als 10 % des Arbeitsamtes Nord zu liegen. Dabei möchte ich aber nicht gesagt haben, daß ich es für falsch halte, Effektivitätskontrollen durchzuführen.

Wir haben es beim Bericht zur Vermittlung von Sozialhilfeempfängern erlebt, wie Berichte aussehen können. Wir haben die ersten Berichte in der Presse über das erfolgreiche Lübecker Modell, haben den Bericht der Landesregierung und auch noch einmal den Bericht der BSH über die g/a/b. Alle Berichte zeigen, es ist längst nicht so, wie es die Zahlen darstellen. Die Widersprüchlichkeit zeigt sich in den Aussagen der Landesregierung, aber auch in den Aussagen des Landesrechnungshofes, die wir uns allerdings auch genau anschauen müssen. Wir müssen uns auf der einen Seite angucken, was an der **Kritik des Landesrechnungshofs** berechtigt ist, und auf der anderen Seite müssen wir uns anschauen, auf welcher Grundlage der Landesrechnungshof seine Kritik geübt hat, ob die antiquierte **Landeshaushaltsordnung**, die wir haben und die Grundlage ist, wirklich geeignet ist, effektive und wirtschaftliche Maßnahmen im Beschäftigungsbereich, mit Beschäftigungsprojekten, durchzuführen. Das sollten wir uns wirklich einmal genau anschauen.

(Zurufe der Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.] und Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

- Bitte?

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

- Nein, das nützt uns nichts. Es kommt immer darauf an, welche Schlußfolgerungen man daraus zieht. Man kann sagen, diese Landeshaushaltsordnung soll weiter so bleiben wie sie ist, und es soll weiter so angewiesen werden. Ich bin nicht dafür, daß gegen Gesetze verstoßen wird, ich bin aber dafür, daß Gesetze überprüft werden, wenn sie sich als nicht mehr sinnvoll erwiesen haben. Das ist doch gerade das, was Sie sonst immer predigen. Deswegen sage ich, wir müssen uns das

genau anschauen und die Aussage des Landesrechnungshofes genau analysieren.

(Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich möchte noch einmal darauf zurückkommen, daß wir natürlich sagen können, der Bund ist zuständig für die Arbeitsmarktpolitik. In den letzten Jahren hat er immer weniger in diesem Bereich getan. Aber im Sinne der Betroffenen - ich denke, in diesem Punkt stimme ich mit Frau Aschmoneit-Lücke überein - können wir nicht die Hände in den Schoß legen und auf bessere Zeiten warten. Wir sollten versuchen, die Diskussion um die Weiterführung von arbeitsmarktpolitischen Programmen in Schleswig-Holstein auch auf der Grundlage der Auswertung von ASH III vorzunehmen. Das können wir aber nicht übereilt machen. Die **Überarbeitung** von ASH III, also die Entwicklung von ASH IV, ist im Ministerium in der Diskussion. Ich gehe davon aus, daß wir über dieses Programm auch hier im Parlament diskutieren werden, daß wir rechtzeitig informiert werden und daß die Weichenstellungen für die zukünftige Arbeitsmarktpolitik in Schleswig-Holstein gelegt werden können.

Aus meiner Sicht wünsche ich mir, daß es gelingt, daß die Betroffenen nicht mehr eine Verschiebemasse zum Beispiel bei kommunalen Arbeitsmarktprojekten von der Sozialhilfe in die Arbeitslosenhilfe sind, daß die Kostenträger zusammenarbeiten, und ich wünsche mir - das habe ich eben schon einmal deutlich gemacht -, daß Wirtschaftsförderung und Arbeitsmarktförderung verknüpft werden, um neue Arbeitsplätze und sinnvolle Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen. Ich wünsche mir, daß in diesem Bereich ein neuer Schwerpunkt gesetzt wird. Nur allein darauf zu setzen, daß auch für gering qualifizierte Langzeitarbeitslose Arbeitsplätze allein durch die Wirtschaft geschaffen werden, diesen Optimismus habe ich nicht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile Frau Abgeordneter Spoorendonk das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der SSW steht weiterhin zu dem Programm Arbeit für Schleswig-Holstein III. Natürlich ist das Programm nur als flankierende Maßnahme zu arbeitsmarktpolitischen Initiativen von seiten der Bundesanstalt für Arbeit oder der Bundesregierung zu verste-

(Anke Spoorendonk)

hen - Frau Ministerin Moser wies gestern darauf hin -, denn dort liegt die Hauptverantwortung für die Beschäftigungspolitik hier im Lande. Trotzdem ist es lobenswert, daß die Landesregierung weiter daran festhält, eigene Akzente in der Arbeitsmarktpolitik zu setzen. Aber allein die Haushaltslage des Landes setzt immer engere Grenzen in diesem Bereich.

Gerade weil wir das Programm Arbeit für Schleswig-Holstein befürworten, ist es natürlich auch aus unserer Sicht wichtig, daß die verwendeten Mittel effizient eingesetzt werden. In diesem Sinne begrüßt der SSW den Antrag der F.D.P., da er dem Landtag die Gelegenheit gibt, sich mit dem bisher Erreichten in der Arbeitsmarktpolitik Schleswig-Holsteins auseinanderzusetzen.

In Klammern hinzugefügt möchte ich mich noch einmal bei der Kollegin Aschmoneit-Lücke dafür bedanken, wie sie den Antrag der F.D.P. hier eingebracht hat.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das war sehr differenziert und damit eine gute Basis, auf der in einem Ausschuß weitergearbeitet werden kann.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN und CDU)

Wenn davon gesprochen wird, daß die Mittel effizient eingesetzt werden müssen, so ist dies natürlich eine Definitionsfrage. Man könnte auch anders fragen: Was ist aus gesellschaftlicher Sicht bei der Ausgestaltung von konkreten Programminhalten und -zielsetzungen wirkungsvoll?

Selbstverständlich muß unter arbeitsmarktpolitischen Gewichtungen die **Integration in den ersten Arbeitsmarkt** das wichtigste Ziel von ASH III sein. Es kann aber nicht das einzige Ziel sein, denn es gibt auch sozialpolitische Zielsetzungen, die berücksichtigt werden müssen.

In dieser Frage ist sich der SSW mit der Kollegin Küstner einig. Sozialpolitische Ziele wie zum Beispiel das Trainieren eines geregelten Tagesablaufs oder soziale Integration sind für viele Menschen, die seit Jahren nicht mehr im ersten Arbeitsmarkt beschäftigt waren, die Voraussetzung für eine berufliche Integration.

Allein aus diesen Gründen lehnen wir den zweiten Punkt des F.D.P.-Antrages ab. Wir sind gegen mehr oder wenig willkürlich festgesetzte Zielerreichungsgrößen für **Wiedereingliederungsquoten** in den ersten **Arbeitsmarkt**. Man kann darüber streiten, ob beispielsweise eine Integrationsquote von 10 % ein

Erfolg ist. Ich persönlich bin der Auffassung, daß dies zuwenig ist. Aber diese vielleicht für - so sage ich einmal - Technokraten bequeme Methode bringt uns unter dem Gesichtspunkt einer Erfolgskontrolle aus gesellschaftspolitischer Sicht nicht weiter.

(Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta übernimmt den Vorsitz)

Diese Art von Beschäftigungsprogrammen kann nicht einer kurzfristig angelegten Quantifizierungskontrolle unterworfen werden. Die Problematik der vielfältigen Arbeitsmarktprogramme ist zu komplex und muß deshalb inhaltlich qualitativ verschieden bewertet werden. Man kann nicht alle Langzeitarbeitslosen und Sozialhilfeempfänger in einen Topf tun und einer gleichen quantifizierten Bewertung unterwerfen. Dazu fehlt aus der Sicht des SSW gänzlich die Perspektive, daß einige Teilnehmerinnen und Teilnehmer nach Beendigung einer Maßnahme eine Ausbildung oder Weiterbildung beginnen und wie man dies im Rahmen einer Erfolgskontrolle bewertet.

Damit komme ich zurück zum ersten Punkt des F.D.P.-Antrages, der - von einigen überspitzten Formulierungen abgesehen - für den SSW schon eher akzeptabel ist als der zweite Punkt. Denn auch wir sind der Meinung, daß sich der Landtag sowohl mit einer intensiveren Steuerung als auch mit der Evaluierungen von AHS III befassen sollte. Zwar glauben wir nicht, daß ASH III grundlegend überarbeitet werden sollte; aber natürlich gibt es einige Hinweise - nicht zuletzt des Landesrechnungshofs -, die zu bedenken sind. Wir sind also bereit, grundsätzlich die im Antrag angesprochene Problematik im Ausschuß zu vertiefen.

Aus der Erkenntnis heraus, daß der Landesregierung trotz großer Bemühungen im Bereich der **Arbeitsmarktpolitik** im Grunde die Hände gebunden sind, möchte ich noch einige generelle Ausführungen zur Arbeitsmarktpolitik machen. Von gewisser Seite her wurden ja die vorgestern veröffentlichten Arbeitslosenzahlen, die eine kleine Entlastung des Arbeitsmarktes signalisierten, als eine wichtige Trendwende dargestellt.

Dazu möchte ich ein Zitat aus der „Süddeutschen Zeitung“ vom 9. Juni unter der Überschrift „Arbeitsmarkt-Illusionen“ vortragen:

„Niemand sollte sich darüber hinwegtäuschen, welche Wurzeln das Problem in Deutschland hat. Es ist nicht Folge einer vorübergehenden wirtschaftlichen Schwäche, sondern das Ergebnis eines tiefgreifenden Strukturwandels, daß durch einen Konjunkturaufschwung nur zu einem geringen

(Anke Spoorendonk)

Teil korrigiert werden kann. Der Beleg dafür ist der hohe Anteil von fast 70 % minder Qualifizierten an der Gesamtzahl der Arbeitslosen. Ihre Jobs sind endgültig wegrationalisiert, für sie gibt es keine Rückkehr mehr auf ihre Arbeitsplätze, die der Automatisierung zum Opfer gefallen sind.“

Wie sollen wir diesen Menschen helfen, wenn nicht durch neue Akzente in der Arbeitsmarktpolitik, wozu unter anderem auch Beschäftigungsprogramme gehören? In diesem Zusammenhang bietet sich ein Hinweis auf das schwedische Beispiel an. Anfang der neunziger Jahre stand Schweden vor ähnlichen Arbeitsmarktproblemen - zumindest in der Höhe der Arbeitslosenquote -, wie wir sie heute in der Bundesrepublik haben. Doch statt - wie die Bundesregierung - auf diese Herausforderungen mit einer rein angebotsorientierten Politik zu reagieren, setzte die schwedische Regierung unter anderem massiv auf eine Strategie der **Weiterbildung von Arbeitslosen**.

Die Logik der schwedischen Regierung war ganz einfach. Statt von Staats wegen enorme Summen für das passive Arbeitslosengeld auszugeben, wurden diese Milliarden lieber dafür ausgegeben, eine relevante Qualifizierung der Arbeitslosen zu erreichen. Dies wurde ausdrücklich unter dem Vorbehalt gemacht, daß nicht alle Qualifizierungsmaßnahmen gleich zu einer Beschäftigung in dem ersten Arbeitsmarkt führen. Aus sozialpolitischen Gründen wurde dies in Kauf genommen. Die schwedische Regierung war sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung für die Arbeitslosen bewußt. Die schwedischen Arbeitslosenzahlen haben sich von 12 % auf knapp 7 % reduziert.

Wenn man sich vor Augen hält, daß die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik neben dem sozialen Leid der Betroffenen Jahr für Jahr 160 Milliarden DM an Kosten verursacht, ist zu erkennen, daß auch in unserem Land ein gewaltiges Potential an Geld für sinnvolle Arbeitsmarktaktivierungsprogramme vorhanden ist.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Natürlich ist Weiterbildung nur eine - allerdings eine sehr sinnvolle - Maßnahme neben vielen anderen Instrumenten zur **Bekämpfung der Arbeitslosigkeit**. Die Instrumente sind vorhanden. Was fehlt - zumindest gesamtpolitisch betrachtet - ist der Wille, diese einzusetzen.

Der SSW wird eine neue Bundesregierung auch daran messen, daß endlich eine Arbeitsmarktpolitik gemacht wird, die diesen Namen verdient.

(Beifall beim SSW und des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Dazu gehört natürlich auch ein neues „Bündnis für Arbeit“ unter Beteiligung aller gesellschaftlicher Gruppen und mit verbindlichen Absprachen - also nicht mehr nur Gerede. Wer noch immer nicht begriffen hat, daß wir bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit endlich einen entscheidenden Schritt vorankommen müssen, dem ist wirklich nicht mehr zu helfen und der kann sich auf weitere Wahlerfolge der DVU einstellen.

(Beifall der Abgeordneten Konrad Nabel [SPD] und Günter Neugebauer [SPD])

Was von der jetzigen Bundesregierung bisher als Beschäftigungsprogramm verkauft worden ist, beispielsweise der „Beschäftigungspolitische Aktionsplan der Bundesrepublik Deutschland“ vom Frühjahr dieses Jahres, ist, wie es Minister Walter in einer Sitzung des Bundesrates richtig sagte, bestenfalls ein Etikettenschwindel. Der plötzliche Aktionismus so kurz vor der Wahl in Form von mehr Geld für ABM und Weiterbildung weist zwar einen Schritt in die richtige Richtung und drückt die Arbeitslosenquoten ein wenig nach unten, ist aber ansonsten ein Tropfen auf den heißen Stein.

Wer glaubt, auf dieser Grundlage die altbekannte Kampagne „Der Aufschwung kommt“ fahren zu können, hat sich unserer Meinung nach geirrt. Die Wählerinnen und Wähler wollen nicht ein „Weiter so, Deutschland!“, sondern sie wollen endlich konkrete Ergebnisse - gerade im Bereich der Arbeitslosigkeit - sehen.

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Wir werden der Ausschußüberweisung zustimmen.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Frau Ministerin Moser.

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Perseveration, laut Klinischem Wörterbuch Psyhyrembel „Haftenbleiben an Vorstellungen, wodurch es zu dauernder Wiederholung des vorhergehenden Begriffs oder Sinns kommt“, ist offenbar ein

(Ministerin Heide Moser)

Symptom, das nicht nur im klinischen, sondern auch im politischen Bereich vorkommt.

(Beifall des Abgeordneten Detlef Matthiessen
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Nicht immer, meine Damen und Herren, aber immer öfter wiederholt die F.D.P. ihr Credo zur Arbeitsmarktpolitik, etwa nach dem Motto: Wozu Arbeit für Arbeitslose finanzieren, wenn der Erfolg nicht garantiert ist?

Erfolg im Sinne der F.D.P. - das ist das entscheidende - ist dann nicht die individuelle und soziale Stabilisierung von Menschen, nicht die Verbesserung von Vermittlungschancen in den Arbeitsmarkt und nicht die Vermeidung sozialer und gesundheitlicher Folgekosten von Arbeitslosigkeit.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Danach fragen wir doch gerade!)

- Eben nicht, Herr Kubicki! Sie fragen ausschließlich nach einer Vermittlungsquote unmittelbar nach Maßnahmenende.

Erfolg wird von Liberalen entgegen europaweiter fachlicher und politischer Erkenntnisse - auch die Bundesregierung ist im Besitz solcher Erkenntnisse, wie ihre Antwort auf eine Große Anfrage der CDU-Fraktion zeigt - schlicht und eindimensional gemessen mit dem einzigen Evaluationskriterium „**Vermittlungsquote** in den **ersten Arbeitsmarkt**“.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.] Woran messen Sie denn Erfolg?)

- Sie zeigen ja gerade, wie wenig Sie davon wissen!

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Woran messen Sie Erfolg?)

Wir alle wissen es. Die Statistiken der Arbeitsverwaltung untermauern es Monat für Monat, zuletzt vor wenigen Tagen.

(Beifall der Abgeordneten Frauke Walhorn [SPD])

Der erste Arbeitsmarkt ist kaum aufnahmefähig.

(Frauke Walhorn [SPD]: Ja!)

Wir alle haben auch kein Patentrezept, daran schnell und grundlegend etwas zu ändern. Um so mehr ist es dann unsere politische Verpflichtung, alle Hebel, die uns zur Verfügung stehen, in Bewegung zu setzen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Dazu gehört eine vielgliedrige **aktive Arbeitsmarktpolitik**, die sich an viele Zielgruppen richtet und die

den Umstrukturierungsprozeß am Arbeitsmarkt mit sozialintegrativen und strukturellen Maßnahmen flankiert. Ich gebe Herrn Geerds recht: Ein Königsweg allein ist die Arbeitsmarktpolitik nicht, aber sie ist eine wichtige Flankierung.

(Beifall bei SPD und SSW)

Es sollte auch den Damen und Herren der F.D.P. zu denken geben, daß sich die deutschen Arbeitgeberverbände in einer Stellungnahme zur Agenda 2000 mit Verve und heftiger als die Sozialminister für eine lupenreine arbeitsmarktpolitische Ausrichtung des neuen Ziels 3 einsetzen.

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kubicki?

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales:

Ja.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Frau Ministerin, ich akzeptiere, daß Sie die Effizienzkriterien der F.D.P. nicht für sinnvoll halten. Würden Sie mir deshalb eines Ihrer Effizienzkriterien nennen, an dem Sie den Erfolg Ihrer Programme messen?

(Konrad Nabel [SPD]: Hat sie doch gerade gemacht!)

Lieber Herr Kubicki, ich habe das gemacht, allerdings nicht so direkt; ich habe das mittelbar genannt. Ich gebe Ihnen das zum Nachlesen.

(Beifall bei der SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Welches Kriterium?)

- Lassen wir es gut sein. - Die Arbeitgeber Deutschlands wissen offensichtlich sehr viel besser und genauer als die F.D.P., daß sie die vielgliedrige arbeitsmarktpolitische Flankierung brauchen, um den Wandel der Arbeitsgesellschaft sozialverträglich und erfolgreich zu gestalten.

(Beifall der Abgeordneten Frauke Walhorn [SPD])

Ich kann es mir nicht verkneifen: Auch ansonsten hat sich die F.D.P. einen eher ungünstigen Zeitpunkt ausgesucht, jetzt die Überarbeitung von ASH mit Hilfe von Erfolgsquoten zu fordern. Es dürfte Ihnen allen nicht entgangen sein, daß der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit bei der Präsentation der Mai-Daten mit anerkannter Deutlichkeit darauf hingewiesen hat, daß der Rückgang der Arbeitslosenquote zwar erfreulich, aber noch kein Durchbruch sei

(Ministerin Heide Moser)

und daß er im übrigen auch das Ergebnis verstärkter finanzieller Anstrengungen in der Arbeitsmarktpolitik sei.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Ich darf Sie daran erinnern, daß die Arbeitsverwaltung nach rigorosen Einsparungen zu Jahresbeginn jetzt in Richtung September mit zusätzlichen Mitteln geradezu zugeschüttet wird, so daß die Maßnahmenträger kaum noch wissen, welche sinnvolle Maßnahmen sie ergreifen sollen.

(Zurufe von der SPD: Woran liegt das denn?)

Um nicht mißverstanden zu werden - es gilt der schöne Spruch: pecunia non olet, Geld stinkt nicht. Wir sind froh über jede Chancenverbesserung für jeden Arbeitslosen. Aber ich frage die F.D.P.: Ist die vermeintliche Verbesserung von Wahlchancen ein Erfolgskriterium für Arbeitsmarktpolitik, das noch vor der Vermittlungsquote rangiert?

(Beifall bei SPD und SSW - Günter Neugebauer [SPD]: Da schweigt er!)

Ich komme auf die Vermittlungsquote zurück. Wenn wir gemeinsam feststellen, daß der Arbeitsmarkt kaum aufnahmefähig ist - an dieser Feststellung kommen auch Sie nicht vorbei -, dann kann ein Arbeitsmarktprogramm nicht ausschließlich daran gemessen werden, wie viele Menschen unmittelbar im Anschluß an eine Maßnahme im ersten Arbeitsmarkt Fuß fassen.

Das aber hat der Landesrechnungshof getan, der ja keine politische Verlautbarung abgibt und das deshalb eher tun darf. Bei 30 ausgewerteten Maßnahmen im Rahmen des Programms „**Arbeit für Schleswig-Holstein**“ III 1 mit 914 Teilnehmern hatten 9 % - wenn Sie das in absoluten Zahlen rechnen, sind das über 80 Personen - unmittelbar im Anschluß bereits eine Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt - 1 % Auszubildungsverhältnisse und 33 % weiterführende Maßnahmen nicht gerechnet.

Angesichts der Tatsache, daß es sich hier um einen Programmteil für Langzeitarbeitslose, für junge Menschen mit meist mehreren Vermittlungshemmnissen handelt, kann man sehr gut darüber streiten, ob das ein Mißerfolg oder nicht doch schon ein Erfolg ist.

Im übrigen wiederhole ich meine Position, daß das arbeitsmarktpolitische Instrumentarium dahin gehend erweitert werden muß, daß auch Menschen gefördert werden können, die ohne Subventionierung in der einen oder anderen Form auf dem Arbeitsmarkt absehbar nicht oder noch nicht integriert werden können. Dazu fehlen uns aber die gesetzlichen Rahmenbedingungen. Ich weise Sie auch darauf hin, daß Quali-

zierbarkeit von Menschen endlich ist und daß wir Menschen, die nicht weiterqualifizierbar sind, nicht einfach ausgrenzen dürfen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

In diesem Zusammenhang kann man sehr wohl über Niedriglohnbereiche und ähnliches diskutieren.

(Beifall des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

Meine Damen und Herren, wenn ein Programm derartig ausdifferenziert werden kann, wie ich es eben angedeutet habe, können bei den anderen Maßnahmen, die nicht auf Dauersubvention angelegt sind, um so eher die Brückenfunktion in den unsubventionierten Arbeitsmarkt und die Direktvermittlung im Vordergrund stehen. Wenn Sie sich einmal angucken, was wir mit unserem Arbeitsmarktprogramm in den letzten Jahren gemacht haben, werden Sie feststellen - Sie haben das ja auch dankenswerterweise angemerkt -, daß wir genau diese Differenzierung vorgenommen haben; sie muß jetzt nur endlich rahmengesetzlich auf Bundesebene zum Zuge kommen.

Wer wie Sie fordert, nur solche Projekte zu fördern, die einen fest vorgegebenen **Vermittlungserfolg** haben, selektiert - ganz eindeutig. Unser **Arbeitsmarktprogramm** ist aber nicht auf Ausgrenzung ausgerichtet, sondern auf Integration. Ich finde es besonders bemerkenswert, daß Sie die Selektion gerade für die Programmteile vorschlagen, in denen wir es mit ganz besonderen **Eingliederungshemmnissen** zu tun haben. Ich will Ihnen nur eines aus dem Geschäftsbericht eines kommunalen Beschäftigungsträgers aus dem Jahr 1997 nennen. Da gibt es die Suchtprobleme, da gibt es die Verschuldungsprobleme. 15 % der für Maßnahmen vorgesehenen Sozialhilfeempfänger sind überschuldet. Wir brauchen für beide Gruppen eine suchtttherapeutische Begleitung beziehungsweise eine Schuldnerberatung. Im übrigen möchte ich auch für straffällige Menschen, die eine besondere Begleitung brauchen, keine Quote einführen. Auch diese Menschen machen etwa 10 % der Klientel, um die es hier geht, aus. Sprachprobleme, gesundheitliche Beeinträchtigungen können weitere Barrieren sein.

Meine Damen und Herren, es läßt sich nicht vermeiden, ein Wort zu den scheinbar konkreten Vorschlägen des Antrages für verbindliche Zielerreichungsgrößen, für Eingliederungsquoten und Referenzwerte zu verlieren. Frau Küstner hat den entsprechenden Absatz schon zitiert. Frau Aschmoneit-Lücke, Ihr

(Ministerin Heide Moser)

Vorschlag - das kann ich trotz Ihrer moderaten Rede leider nicht unerwähnt lassen - ist aus meiner Sicht gleichermaßen unsinnig wie unwürdig.

(Beifall der Abgeordneten Frauke Walhorn [SPD])

Unsinnig, weil die Referenzdaten beim Landesarbeitsamt gar nicht zur Verfügung stehen und auch nicht zur Verfügung stehen können. Denn selbst bei verfeinerter Statistik wird keine Arbeitsverwaltung in der Lage sein, ihre Statistik an der Programmstruktur der Länder und der EU auszurichten. Unsinnig auch deshalb, weil die Teilnehmerzahlen von einzelnen Maßnahmen und Projekten als Grundgesamtheit, zum Beispiel 20, viel zu klein wären für einen Vergleich mit den Referenzdaten, wenn es sie denn gäbe. Zufallsergebnisse wären die Folge.

Unwürdig und unsinnig zugleich, weil hinter dem vorgeschlagenen Referenzwert - wenn man es genau nimmt - die Vorstellung der Kontrollgruppe steht, eine Methodik aus dem Bereich naturwissenschaftlicher Empirie. Ich will das an einem vielleicht etwas grobschlächtigen Beispiel deutlich machen. Die Erfolgsquoten für den Einsatz von Wachstumshormonen oder Antibiotika bei Schlachtvieh durch eine behandelte und eine nichtbehandelte Gruppe - darauf läuft es ja hinaus - lassen sich nun einmal nicht auf sozialintegrative Maßnahmen für Menschen übertragen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich breche hier den x-ten Versuch ab, Ihnen, Herr Kubicki und Frau Aschmoneit-Lücke, zu verdeutlichen, welches jeweils auch - auch! - Zielgruppen von Arbeitsmarktpolitik sein müssen, und ich breche das ab wegen bisher deutlich zu geringer Erfolgsquote. Soviel zu den Quoten.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Frau Ministerin, ich darf Sie an die angemeldete Redezeit erinnern.

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales:

Ich bin dankbar für die vielen Angebote von Beteiligung für die Weiterentwicklung und Effektivitätssteigerung unseres Programms und für die Neugestaltung und Weiterführung von ASH IV. Ich wünsche mir dann etwas weniger Rituelles, etwas weniger Perseveration, etwas mehr konstruktive Rationalität.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich der Frau Abgeordneten Aschmoneit-Lücke das Wort.

Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Ministerin, das Beispiel mit dem Schlachtvieh haben Sie gewählt und nicht wir; ich distanzieren mich ausdrücklich davon.

Im übrigen möchte ich noch einmal an folgendes erinnern; ich weiß nicht, ob Sie es vergessen haben. Ich habe vorhin ausdrücklich aus den Richtlinien für ASH III, die von Ihrem Haus formuliert worden sind, zitiert. Dort heißt es - ich zitiere noch einmal -:

„Das Ziel arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen ist die Vermittlung in unbefristete Arbeitsverhältnisse.“

Punkt - Ende des Zitats! Ich bitte Sie darum, sich darauf dann auch wirklich einmal festlegen zu lassen. Welches sollen denn sonst die Kriterien sein als diejenigen, die Sie selbst formulieren, Frau Ministerin?

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Wenn Sie im übrigen die von uns in unserem Antrag aufgestellten Kriterien nicht mittragen können, dann bin ich gern bereit, dies zu diskutieren. Aber ich möchte, daß wir überhaupt eine Zielvorgabe definieren. Ob dies nun die richtige Vorgabe ist, werden wir im Ausschuß zu debattieren haben. Aber welche Zielvorstellungen haben Sie denn? Welche **Zielvorgaben** haben Sie? Es wird immer von Zielvereinbarungen gesprochen, von „contract management“ und was weiß ich alles; Sie aber stellen sich hier hin und geben kein einziges Ziel bekannt, keine einzige Zielvorgabe, an die man sich überhaupt halten könnte.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Baasch [SPD])

- Herr Kollege Baasch, ich darf vielleicht einmal daran erinnern, daß das Programm „Arbeit für Schleswig-Holstein“ in den Jahren, in denen es bisher durchgeführt worden ist, das Land insgesamt 242,2 Millionen DM an Landesmitteln gekostet hat. Dann wird man doch wohl einmal fragen dürfen, ob dieses Geld zu Recht ausgegeben worden ist oder nicht.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Wenn Sie, Herr Kollege Böttcher, in diesem Zusammenhang sagen, das Landeshaushaltsrecht müsse

(Christel Aschmoneit-Lücke)

geändert werden, dann bitte ich Sie doch, wirklich einmal darüber nachzudenken, was Sie da sagen. Möglicherweise muß die Landeshaushaltsordnung geändert werden, aber damit können Sie doch nicht das verharmlosen, was der Landesrechnungshof jetzt bei BSH bemängelt hat! Das tun Sie aber. BSH hat für laufende Aufgaben in den Jahren von 1991 bis 1997 6,5 Millionen DM erhalten, und da sagen Sie: Dann müssen wir eben die Haushaltsordnung ändern? Das kann doch wohl nicht Ihr Ernst sein!

Ich bin sehr deutlich der Auffassung, daß man hier auch als Abgeordneter die Pflicht hat zu sagen: „Dies muß überprüft werden“, und daß man nicht sagen kann: „Dann ändern wir eben einfach mal die Gesetze, dann ist das alles nicht mehr so schlimm.“

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Ich möchte noch an eines erinnern. Frau Kollegin Küstner, Sie haben sich hier hingestellt und gesagt: Das ist natürlich alles wieder Bundestagswahlkampf. Ich möchte Sie und auch die Frau Ministerin daran erinnern, daß ich bereits im August 1993 hier einen sehr differenzierten und sehr ausführlichen Antrag zum Thema „ASH“ vorgelegt habe, daß ich mit Kleinen Anfragen immer wieder nachgefragt habe, daß ich die **Evaluation** angemahnt habe. Sie mögen das mit dem von Ihnen verwendeten Fremdwort, das ich jetzt nicht wiederholen kann - ich schaue es aber gern noch einmal nach - belegen. Es geht darum, daß trotz der Anfragen der F.D.P., trotz der permanenten Wiederholungen nichts passiert ist. Deswegen müssen wir immer wieder nachfragen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Das hat mit der Bundestagswahl nun wirklich absolut nichts zu tun.

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Frau Ministerin Moser.

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie haben recht, Frau Aschmoneit-Lücke, ich habe Ihnen nicht vorgeworfen, daß Sie hier Wahlkampf betrieben, sondern ich habe eher angemerkt, daß dies konträr zu dem ist, was sonst von der Koalition in Bonn im Wahlkampf getan wird.

Ich habe Ihnen in der Tat Perseveration vorgeworfen, also das immer neue Beharren auf demselben Punkt, ohne daß sich etwas verändert.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Für die Änderungen sind Sie zuständig! - Martin Kayen-

burg [CDU]: Sie müssen den Pschyrembel richtig lesen!)

- Da steht das nicht drin. - Entschuldigung, ich würde mich wirklich freuen, wenn wir jetzt in eine etwas sachliche Auseinandersetzung einstiegen,

(Martin Kayenburg [CDU]: Erst zulangen und dann Sachlichkeit einfordern, das ist in Ordnung so!)

nachdem ich - das gebe ich zu - natürlich ebenfalls hingelangt habe. Das ist richtig. Aber ich dachte, das mußte einmal sein, um diese Perseveration zu unterbrechen.

Es ist in Ordnung, daß der Geldeinsatz, der hoch ist - allerdings haben Sie eine falsche Zahl genannt, Frau Aschmoneit-Lücke -, zu kontrollieren und zu hinterfragen ist. Wir tun das, und wir haben Ihnen auf Ihre zahlreichen Anfragen hin auch immer dezidierte Antworten gegeben. Ich stelle Ihnen gern noch einmal die wissenschaftliche Literatur zur **Evaluierung** in diesem arbeitsmarktlichen Bereich zur Verfügung, an der wir uns orientieren.

Wenn Sie die Richtlinien zitieren, dann kann ich dazu zweierlei sagen. Erstens heißt „Ziel - Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt“ nicht, daß am Ende einer Maßnahme ein Arbeitsplatz im ersten Arbeitsmarkt stehen muß, um dieses Ziel zu erreichen; es bedeutet auch, daß das Ziel über Qualifizierung erreicht werden kann, über Statusverbesserung, über gesundheitliche Verbesserung und so weiter.

Aber - dies ist die zweite Anmerkung, die ich dazu machen möchte - ich habe sehr deutlich gesagt - daran werden Sie sich erinnern, wenn Sie zugehört haben -, daß wir eine ausdifferenzierte Arbeitsmarktpolitik brauchen, die einen Sektor umfaßt, bei dem wir nicht davon ausgehen können, daß die Menschen ohne weiteres in den ersten Arbeitsmarkt reintegriert werden müssen. Dazu bedarf es der rechtlichen Rahmenbedingungen. Die haben wir nicht. Die Richtlinien von ASH richten sich aber natürlich nach den rechtlichen Rahmenbedingungen.

Dies ist eine Form der **Weiterentwicklung von Arbeitsmarktpolitik**, über die wir uns vielleicht verständigen können, aber es macht keinen Sinn, immer wieder darauf zu beharren und zu sagen: Alles das, was nicht dazu führt, daß alles im ersten Arbeitsmarkt landet, ist nicht effektiv.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das war gar nicht die Frage!)

- Natürlich war das Ihre Frage.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich zunächst dem Herrn Abgeordneten Baasch das Wort.

Wolfgang Baasch [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch ich denke, daß wir versuchen sollten, diese Diskussion möglichst sachlich zu führen. Sie kann auch sehr gut sachlich geführt werden, und es macht keinen Sinn, den Vorwurf zu erheben, daß ASH nicht erfolgreich sei, sondern ASH ist erfolgreich.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das wissen wir ja gar nicht!)

Erstens. ASH ist schon in dem Maße erfolgreich, in dem es dem einzelnen nützt, gerade den Menschen, die aus dem ganzen Verfahren ausgegrenzt werden, die durch die Roste fallen. Das hat die Frau Kollegin Küstner nach meinem Eindruck vorhin schon deutlich gemacht. Die Effizienz wird an Personen gemessen, die bereits durch sämtliche Maßnahmen des Arbeitsamtes hindurch sind, die aus dem Bezug von Leistungen des Arbeitsamtes heraus sind und damit in die Sozialhilfe fallen. An diesen Menschen soll jetzt gemessen werden, wie effizient **Arbeitsmarktmaßnahmen** sind, wobei man feststellen kann, daß die Möglichkeiten des Arbeitsamtes auch bei ihnen schon nicht gegriffen haben und man auf ganz andere Weise unterstützend tätig werden muß.

Das hat die Ministerin ebenfalls schon einmal ganz deutlich gemacht: Wenn es eine wichtige Maßnahme ist, nicht nur Arbeit und Beschäftigung zu vermitteln, sondern auch die Überschuldungsproblematik zu lösen, familiäre Probleme zu lösen, die Probleme aufgrund von Süchten zu lösen, dann ist die normale Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik dazu oft nicht in der Lage. Deswegen brauchen wir Programme, wie sie auch in **ASH** enthalten sind. Gerade bei dem Personenkreis, der hier angesprochen worden ist, ist dies in dem Programm über die Maßen deutlich nachlesbar.

Zweitens. Daß sich nichts geändert habe, ist ja auch nicht wahr; auch dies ist vorhin schon einmal deutlich gemacht worden. Es wird nach der Maatwerk-Methode - Arbeit nach Maß - gearbeitet; Dienstleistungsagenturen werden eingerichtet. Es gibt Ausbildung statt Sozialhilfe. Dies alles sind doch Komponenten, die in der letzten Zeit neu hinzugekommen sind und mit denen wir uns auch neuen Herausforderungen mit neuen Antworten stellen. Auch insofern kann man also nicht so tun, als passiere nichts.

Zum dritten muß man dann aber auch einmal politisch ganz ehrlich sein. Wer sich hinstellt und sagt, mit normalen Arbeitsmarktmethoden erreichten wir wieder

Vollbeschäftigung, der soll das tun und kann dann auch mit gutem Gewissen ASH kritisieren. Wer aber der Meinung ist, daß wir auf absehbare Zeit in dieser Gesellschaft Vollbeschäftigung nicht wieder erreichen werden, der muß für diejenigen Menschen Antworten finden, die wir vom Arbeitsmarkt fernhalten. Wenn wir diese Antworten suchen, dann ist zum Beispiel ASH eine dieser Antworten, und wir sollten alle zusammenarbeiten, damit ASH noch erfolgreicher wird.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich dem Herrn Abgeordneten Kubicki das Wort.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Ministerin, ich glaube, Sie selbst und wir alle stecken in einem mittelprächtigen Dilemma. Ich möchte für die Finanzpolitiker der Fraktionen einmal darstellen, worin dieses Dilemma besteht.

Die Frage, die meine Fraktion stellt, ist allein, ob es, wenn man Geld ausgibt und ein Ziel beschreibt, Kriterien dafür gibt, daß das Ziel auch erreicht wird oder erreicht worden ist, ob man also feststellen kann, daß das, was man sich vorgenommen hat, erreicht worden ist oder nicht. Wenn Sie sagen, es gebe keine Kriterien, das Programm sei per se erfolgreich, Herr Baasch, weil wir es mit Personen zu tun haben, die durch alle sonstigen Sicherungsnetze bereits hindurchgefallen sind, dann brauche ich auch kein Ziel mehr zu formulieren.

Wenn ich definiere, daß das Programm per se erfolgreich ist, gibt es keinerlei Kriterien mehr, an denen ich feststellen kann, ob die Mittel, die ich eingesetzt habe, sinnvoll eingesetzt sind, oder ob sie anders eingesetzt werden müssen, ob ich das Programm ändern muß oder auch nicht, weil ich per definitionem bereits den Erfolg konstatiert habe.

Wenn wir zu neuen Steuerungsmodellen übergehen wollen, wenn wir dazu übergehen wollen, künftig die Budgetierung zu machen - darüber sind wir uns im Grunde doch alle einig -, und wenn wir künftig Kontraktmanagement mit der Regierung machen wollen, dann muß das **Parlament**, weil es ja auch die Finanzkontrolle innehat, **Controlling-Kriterien** haben,

(Beifall bei der F.D.P.)

anhand derer es feststellen kann, ob das Geld entsprechend ausgegeben worden ist oder nicht. Nicht mehr

(Wolfgang Kubicki)

und nicht weniger ist die Fragestellung meiner Fraktion, Frau Ministerin. Ich denke, wir sollten uns im zuständigen Ausschuß und möglicherweise auch im Finanzausschuß darüber unterhalten, Herr Kollege Böttcher, in welche Problembereiche wir uns begeben.

Wenn es denn Politikbereiche gibt, die sich solchen numerischen Effizienzkontrollen entziehen - das mag es geben; darüber kann man sich unterhalten -, dann haben wir in ganz bestimmten Politikbereichen mit unseren neuen Steuerungsmodellen ein Problem, und dann bedeutet das, daß wir die Umsetzung der bisherigen Kameralistik in die neuen Steuerungsmodelle, in die Kosten-Leistungs-Rechnung nicht mehr nachvollziehen können, weil die Kosten-Leistungs-Rechnung darauf basiert, alles den numerischen Effizienzkriterien zu unterstellen.

Deshalb noch einmal: Wenn Sie sagen - was ich nicht nachvollziehen kann -, es könne für dieses Programm die geforderten numerischen Effizienzkontrollen nicht geben, dann haben wir ein richtiges Effizienzproblem bei der weiteren Beratung des Budgets mit den Budgetrechten des Parlaments. Ich glaube das aber nicht. Unsere Frage ist deshalb ganz konkret, Frau Ministerin. Die Antwort muß ja nicht lauten: 10 % Vermittlungsergebnis mehr. Sie würden ja auch sagen, es reichte schon aus, wenn wir drei oder fünf oder sieben vermittelten. Irgendeine Zahl, irgendein Kriterium muß uns jedenfalls genannt werden, anhand dessen wir - nicht nur der Rechnungshof, sondern auch wir als Parlament - feststellen können - und Sie selbst ja auch -, ob Sie mit Ihrem Programm gemessen an Ihren eigenen Vorstellungen wirklich erfolgreich gewesen sind. Alle andere geht mehr in Richtung Emotion, als daß es sachliche Erörterung ist. Wir sollten uns auf die Basis der sachlichen Erörterung zurückbegeben.

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist beantragt worden, den Antrag der F.D.P. Drucksache 14/1466 federführend dem Sozialausschuß und mitberatend dem Finanzausschuß zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf Punkt 14 der Tagesordnung:

Resolution zum Duty-free-Handel

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/1481

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1498

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Die Frau Abgeordnete Brita Schmitz-Hübsch hat das Wort.

Brita Schmitz-Hübsch [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die CDU-Fraktion bringt die vorliegende Resolution in den Landtag ein, um zu zeigen, daß wir nicht aufgeben. Die CDU glaubt nicht, daß die Mittel „ausgereizt“ sind, wie der Wirtschaftsminister gemeint hat. Und wir sind auch nicht „naiv“, weil wir im Gegensatz zu diesem Minister ein Jahr vor Auslaufen der Duty-free-Regelung noch an den Erhalt des steuerfreien Einkaufs glauben.

(Beifall bei der CDU)

Wir bringen diese Resolution ein, weil wir davon überzeugt sind, daß wir in Schleswig-Holstein die besseren Argumente gegenüber der EU haben.

(Zuruf von der CDU: Genau! - Beifall bei der CDU - Thomas Stritzl [CDU]: Kein Beifall auf der Regierungsseite! - Zuruf des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Es ist wahr, mit dem **EU-Recht** ist ein **steuerfreier Einkauf** an Ausnahmeplätzen innerhalb des Binnenmarktes, also auf Schiffen und auf Flughäfen, langfristig schwer vereinbar. Und es ist auch wahr, daß die gesamte Branche seit 1991 Zeit hatte, sich auf die neue Situation einzustellen. Aber es ist nicht wahr, daß die Duty-free-Regelung ein Privileg der Reichen ist, wie die ehemalige Gewerkschaftsfunktionärin Monika Wulf-Mathies vermutet.

(Ursula Röper [CDU]: Im Gegenteil! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ganz im Gegenteil!)

Im Gegenteil! Darum wollen wir die Kommissare Wulf-Mathies und Monti einladen, nach Schleswig-Holstein zu kommen, nachdem der Besuch unser Abgeordneten bei ihnen in Brüssel nichts gefruchtet hat.

Hier vor Ort sollen die beiden Kommissare sehen, wer die wahren **Nutzer und Nutznießer der Butterfahrten** sind.

Erstens: Jedes Jahr sind es 3 Millionen Rentner, für die diese Ausflüge eine erschwingliche Abwechslung in ihrem Dasein bedeuten.

Zweitens: Nutznießer sind die Häfen an der schleswig-holsteinischen Ostseeküste, die erhebliche Ein-

(Brita Schmitz-Hübsch)

nahmen aus den Landegebüren dieser Passagiere erhalten. Denken Sie nur an Flensburg, Langballig, Kappeln oder Heiligenhafen. Beim Seehafen Kiel sind es mindestens 1,5 Millionen DM Einnahmen, die fehlen werden.

Drittens: Es sind die Busunternehmer und vor allem die Busfahrer, die die Menschen zu den Schiffen bringen.

Viertens: Es sind die Schiffsausrüster und die Betreiber von Wartungseinrichtungen an Land.

Fünftens: Es sind die Zulieferer, zum Beispiel die Bäcker und die Lebensmittelmärkte. Einzelhandel, Gastronomie und Hotellerie allein in Kiel rechnen mit einem Umsatzausfall von rund 27 Millionen DM jährlich.

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Das hat Waigel zu verantworten!)

Sechstens: Schließlich sind es die Beschäftigten der Reedereien, die die Langeland-Kiel-Linie, die Linie zur Insel Ærø, die Faborg-Gelting-Fähre, die großen Fähren nach Norwegen und Schweden und die vielen kleinen Butterdampfer betreiben.

Wenn die EU-Kommissare Monika Wulf-Mathies und Mario Monti nach Schleswig-Holstein kommen, werden sie mit eigenen Augen sehen können, daß es hier nicht um Privilegien der Reichen geht, sondern um viele kleine Existenzen, die bedroht sind.

(Beifall bei der CDU sowie der Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.] und Lothar Hay [SPD])

Die Abschaffung der Duty-free-Regelung wird allein in unserem Land über 3.000 Arbeitslose schaffen. Es ist der kleine Mann, der diese Zeche hier bei uns bezahlen muß.

(Beifall bei der CDU - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Mit Ihrem Drogenantrag verbinden Sie das aber nicht? Dort geht es überwiegend um Alkohol und Zigaretten! - Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Das ist vernetztes Denken!)

- Wir sind jetzt bei einem anderen Thema, Herr Kollege Kubicki, und ich bitte Sie doch, in der Reihenfolge zu bleiben!

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Vernetztes Denken!)

Die Kommissare werden abwägen müssen zwischen der Unvereinbarkeit von Duty-free mit dem EU-Recht und den **beruflichen Alternativen**, die diesen Arbeitslosen in Zukunft geboten werden können. Welche Alternativen wird es zum Beispiel in Flensburg mit

seiner dauerhaft hohen Arbeitslosigkeit in Höhe von ständig um 16 % - Gott sei Dank ist sie in diesem Monat unter 16 % gesunken - oder zum Beispiel in der Stadt Kappeln, die durch den Abzug der Bundeswehr und die Schließung des Nestlé-Werkes besonders gebeutelt ist, oder überhaupt im ganzen strukturschwachen Landesteil Schleswig geben?

(Ursula Röper [CDU]: So ist es! - Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

Wirtschaftsminister Steinbrück fordert als Ausgleich erhöhte Zahlungen aus dem EU-Strukturfonds. Das tut er wider besseres Wissen.

(Widerspruch bei der SPD)

Denn er weiß, daß die EU die Zahlungen aus dem Strukturfonds in die bisherigen Empfängerregionen reduzieren wird, um Mittel für die Aufnahme neuer Länder bereitstellen zu können.

Und was macht es für einen Sinn, mit einem Federstrich rund 150.000 Arbeitsplätze in der EU abzuschaffen, die den Staat eigentlich nichts kosten, während gleichzeitig auf internationalen Konferenzen große EU-weite Beschäftigungsprogramme für viel Geld des Steuerzahlers beschlossen werden?

(Beifall bei der CDU)

Wenn es nicht so traurig wäre, könnte man dieses Beispiel einer Politik, die sich gegenseitig aufhebt, als Erklärung für den Begriff „paradox“ verwenden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ja!)

Als Ergebnis bleibt: Wenn es wahr ist, daß die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit für alle EU-Mitgliedsländer die wichtigste politische Frage ist, dann muß sich jede Regierung fragen, welche Wirkung jede ihrer Maßnahmen auf die Beschäftigung hat. Wenn Wettbewerbs- und Beschäftigungspolitik so bedingungslos kollidieren, wie es hier der Fall ist, ist in den jetzigen Zeiten hoher Arbeitslosigkeit die Antwort ja wohl eindeutig.

Was ist zu tun? - Wenn die Kommissare hier gewesen sind, muß die EU-Kommission die Initiative ergreifen. Als weiterer Schritt müssen die benachbarten Länder gewonnen werden, damit die Kommission nicht länger den Eindruck hat, nur eine Minderheit der EU wünsche eine Fortsetzung.

(Ursula Röper [CDU]: Das hätte schon lange passieren müssen! - Gerhard Poppendiecker [SPD]: Das müssen Sie Herrn Waigel sagen! - Weitere Zurufe von der SPD: Waigel!)

(Brita Schmitz-Hübsch)

Wir fordern die Landesregierung auf, ihre traditionellen guten Beziehungen nach Dänemark und Schweden hierfür zu nutzen.

(Beifall bei der CDU - Glocke des Präsidenten)

- Herr Präsident, ich komme gleich zum Schluß! - Wir bitten Sie, meine Damen und Herren von den Regierungsparteien, dieser Resolution zuzustimmen. Nur wenn wir in dieser Frage politisch einig sind, sind wir stark.

(Beifall bei der CDU - Ursula Röper [CDU]:
So ist es!)

Ein Wort noch zu Ihrem Gegenantrag. Er zeigt uns, daß Sie im Grunde nichts mehr für die gemeinsame Sache tun wollen.

(Lachen des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Einmal mehr spielen Sie Schwarzer Peter und verteilen Schuldzuweisungen, statt sich in Gemeinsamkeit zu üben.

(Holger Astrup [SPD]: Schaumschlägerei! - Weitere Zurufe von der SPD: Waigel!)

Minister Waigel ist längst tätig geworden, was soll also diese Aufforderung? Das ist peinlich.

(Holger Astrup [SPD]: Wo ist der tätig geworden? - Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: War er erfolgreich? - Anhaltende Zurufe von der SPD)

Auch Ihr Einsatz nur für die Schifffahrt

(Glocke des Präsidenten)

- Ich bin beim letzten Satz, Herr Präsident! - schwächt das Lager der Unterstützer und nutzt der Sache nichts. Wir werden diesen Antrag ablehnen, weil wir im Gegensatz zu Ihnen noch Hoffnung haben.

(Zurufe von der CDU: Bravo! - Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Der Herr Abgeordnete Saxe hat das Wort.

Bernd Saxe [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das war wirklich eine Meisterleistung, hier weit über die mögliche Redezeit hinaus Schwarzer Peter zu spielen und hinterher dem politischen Gegner vorzuwerfen, er wolle dasselbe versuchen.

Lassen Sie mich eingangs sagen: Ich freue mich, Ihrem Beitrag entnehmen zu können, daß wir uns in diesem Hause nach wie vor fast alle darin einig sind, daß **Duty-free** erhalten bleiben muß.

(Beifall bei der SPD)

Das ist schon einmal erfreulich. Wir sind uns deswegen einig, weil - es wurde schon darauf hingewiesen - davon 3.000 **Arbeitsplätze** abhängen. Ganze Branchen, die Hafenvirtschaft, ja, ganze Regionen hängen davon ab. Deshalb ist die Erhaltung von Duty-free für unser Land vielleicht noch wichtiger als für andere Länder.

Ich glaube, wir sollten uns auch darin einig sein, daß die Regierung alles getan hat, was möglich war, um Duty-free zu erhalten. Insbesondere hat sich der Wirtschaftsminister mit sehr viel Engagement, viel Kreativität und hohem persönlichen Einsatz bemüht, hier alles zu erreichen, was zu erreichen war. Dafür sollten wir an dieser Stelle Dank sagen.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube, es ist vieles erreicht worden: Entscheidungen im Deutschen Bundestag, Entschließungen im Bundesrat, eine Reihe von Gesprächen und Veranstaltungen, viel Unterstützung aus Verbänden, Institutionen und Vereinen. Es ist enorm viel auf die Beine gestellt worden. Das kann ich nur begrüßen.

Aber an der Stelle werden Sie, Frau Schmitz-Hübsch, unglaubwürdig. Sie führen mehr Bundestagswahlkampf, als daß Sie hier an der Sache arbeiten. Wer für Duty-free wirklich etwas tun will, muß sich an die Bundesregierung, an den Bundeskanzler, an den Bundesfinanzminister wenden, die ja außer lauten Sprüchen bislang nichts zuwege bringen.

(Ursula Röper [CDU]: Stimmt doch gar nicht!)

Wir haben eine Anhörung im Europaausschuß gehabt. Ich weiß im Moment nicht, wer von Ihnen anwesend war. Zumindest Herr de Jager war anwesend. Auch einige andere waren anwesend. Dort hat der Vertreter des Duty-free-Verbandes, der ja nicht in dem Ruf steht, sozialdemokratische Parteiprogrammatik zu verkaufen, sehr laut darüber geklagt, daß der Bundesfinanzminister während der letzten EcoFin-Sitzung am 19. Mai nichts für den Erhalt von Duty-free getan hat, aber draußen markige Sprüche in die Mikrophone der Journalisten gesprochen hat. Dies ist nicht von Sozialdemokraten, sondern vom Präsidenten des Duty-free-Verbandes vorgetragen worden, der offensichtlich selber anwesend war. Das ist die Politik, die Sie betreiben: hier laute Sprüche machen, aber

(Bernd Saxe)

dort, wo Sie wirklich etwas tun können, schweigen und alles geschehen lassen.

Der Antrag, den Sie hier vorgelegt haben, dient zu nichts anderem als zur Vernebelung genau dieses Vorgangs. Es ist eben nicht die **EU-Kommission**, die zur Zeit Duty-free sicherstellen kann, sondern es ist der **Ministerrat**, das heißt, es sind die deutschen Mitglieder in den verschiedenen Ministerräten. Das sind der Finanzminister und insbesondere der Kanzler, der in der nächsten oder übernächsten Woche in Cardiff wieder Möglichkeiten hat. Ich bin gespannt, was da passiert, ob da wirklich etwas getan wird. Ich fürchte, auch dort wird es nur bei Sprüchen bleiben.

In den Zeitungen lese ich, daß Ihre Abgeordneten nach Brüssel fahren, um mit Kommissaren zu reden. Ich finde das wunderbar. Ich finde es auch vernünftig, die Leute dort über die Bedeutung von Duty-free in unserem Land und über die Konsequenzen zu informieren, die es bedeutet, wenn man Duty-free abschafft. Nur entscheiden darüber nicht die Kommissare. Daher würde ich Ihren Abgeordneten raten, auf der Hin- oder der Rückfahrt in Bonn Station zu machen und dort vorzutragen, was die Abschaffung bedeutet.

(Zurufe von der CDU)

Dann wird sich vielleicht auch einmal die **Bundesregierung**, die von Ihnen gestellt wird, dafür einsetzen, Duty-free zu erhalten. Aber da haben Sie offensichtlich noch nicht vorgesprochen, jedenfalls noch nichts bewegt. Ich frage mich: Was tun eigentlich die CDU-Abgeordneten im Deutschen Bundestag, wenn sie immer nur in Brüssel Sprüche machen, aber in Bonn offensichtlich nichts zuwege gebracht haben?

(Zurufe von der CDU)

Ich komme zum Schluß. Es wäre selbstverständlich begrüßenswert, wenn EU-Kommissare die Chance nutzen, sich auch hier vor Ort zu informieren. Aber es werden nur Sprüche gemacht. Wenn man sagt, man wolle EU-Kommissare einladen, dann muß man das auch tun. Aber sie durch eine Landtagsresolution aufzufordern, herzukommen und sich zu informieren, führt nur zu einem, nämlich zum Mißerfolg. Ich glaube nicht, daß man es über eine Aufforderung durch eine Resolution des Parlaments erreichen wird, daß irgend jemand dieser Einladung folgt. Man muß zu diesem Zweck andere Wege gehen.

Daher lehnen wir Ihren Antrag in dieser Form ab. Er ist in beiden Punkten unzutreffend. Wir bitten, unseren eigenen Antrag zur Abstimmung zu stellen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin in der Tat über die Diktion - nicht über das Thema - des CDU-Antrags hochgradig erstaunt.

Bevor ich zu den Ausführungen von Frau Schmitz-Hübsch komme, möchte ich eine Bemerkung zum Abbau von Subventionen machen. Die Sache ist nämlich nicht so einfach, wie Sie sagen. Wenn wir darauf hinweisen, daß es hier darum gehe, Arbeitsplätze zu schaffen, dann sagen Sie, das sei alles völliger Quatsch. Wenn man aber sagt, das sei völliger Quatsch, dann müßte man sich auch die Frage stellen, ob denn in der EU-Kommission nur Blöde sitzen und warum die EU-Kommission dazu kommt, ein solches Thema über Jahre hinaus so zu behandeln, daß es zu einer einstimmigen Entscheidung aller europäischen Länder kommt.

Auf diese einfache Weise können wir die Diskussion nicht wenden. Man muß das Problem ernsthaft angehen, um daran überhaupt ernsthaft arbeiten zu können. Tatsache ist, daß jede Subvention wirtschaftliche Fehlentscheidungen produziert. Das wissen wir doch. Jeder, der Wirtschaftspolitik macht, weiß das. Wenn ich das Essen in Gaststätten so subventioniere, daß es kostenlos verabreicht wird, bekommt man mehr Köche. Das ist logisch. Ob das der Volkswirtschaft insgesamt oder der Region nützt, muß im konkreten Fall beurteilt werden.

In dem vorliegenden konkreten Fall geht es um **gewachsene Strukturen an der Küste**.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Warum fordern Sie eigentlich Subventionen für die Windkraftanlagen?)

Das macht keinen Sinn. Deshalb stimme ich mit den Aktivitäten des Herrn Verkehrsministers voll überein.

(Beifall des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zurufe von der CDU: Oh! - Beifall bei CDU und F.D.P.)

Es macht keinen Sinn, bei den **Kürzungen von Subventionen** gerade mit der **Schifffahrt** zu beginnen. Denn durch die Duty-free-Regelung werden der kombinierte Fährverkehr und die Schifffahrt generell betroffen. Das bedeutet: Es kommt zur Einstellung von Linien; wir kommen dazu, daß Verkehr auf den LKW und die Schiene verlagert wird. Wenn wir be-

(Karl-Martin Hentschel)

denken, daß der gesamte Verkehrsbereich der am höchsten subventionierte Bereich der Wirtschaft überhaupt ist, und zwar in der gesamten EU und in bezug auf alle Verkehrsmittel - vom ÖPNV über die Schiene und die Straße bis zum Flugverkehr -, dann ist es doch merkwürdig, wenn wir beim Subventionsabbau, den ich sehr begrüße, ausgerechnet mit dem umweltfreundlichsten Verkehrsmittel, nämlich dem Schiff, beginnen. Das erscheint mir in der Tat unsinnig.

Es gibt eine besondere Betroffenheit der kleinen Orte an der Küste, ganz einfach deshalb, weil sie sich in einer peripheren Lage befinden; sie haben kein Hinterland. An der Spitze von Ostholstein muß ich sogar feststellen: Dort gibt es kein Umland. Das heißt, die wirtschaftlichen Möglichkeiten von Orten direkt an der Küste sind stark eingeschränkt. Deshalb ist das genauso zu sehen, wie wenn ich einen Ort betrachte, der oben in den Alpen liegt. Das muß man gerade in Zeiten der Globalisierung berücksichtigen. Man muß also entsprechende Maßnahmen ergreifen.

Deswegen halte ich es für notwendig, daß wir zu einer **Duty-free-Regelung** kommen, die **differenziert** ist. Ich glaube, der Ansatz, die Schifffahrt nicht mehr gesondert zu behandeln, ist nicht zweckmäßig. Eine differenzierte Regelung wäre für die EU natürlich auch viel billiger.

Darüber hinaus denke ich, es muß eine Regelung für den Fall geben, daß man es nicht erreicht, die bisherige Regelung vollständig zu erhalten. Sie muß für die Schifffahrt zumindest teilweise erhalten werden. In dieser Situation muß man also einen Kompromiß finden.

Jetzt zu Ihnen, Frau Schmitz-Hübsch. Wir haben eindeutige Beschlüsse des Bundestages, die Ihre Fraktion mit gefaßt hat. Es gibt eindeutige Beschlüsse des Bundestages, die ebenfalls mit Ihrer Fraktion gefaßt worden sind. Es gibt eindeutige Beschlüsse des Landtags. Jetzt muß der Beschluß in der Finanzministerkonferenz der EU gefaßt werden. Derjenige, der all diese Beschlüsse umsetzen muß, ist eine einzige Person: der Finanzminister. Wir alle hier im Raum wissen, daß Finanzminister Waigel nur an Bayern denkt und daß ihn Schleswig-Holstein einen Dreck interessiert.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Kein Bundesland hat in den letzten 16 Jahren so abgesehen wie Bayern. Sagen wir doch einmal die Wahrheit!

(Widerspruch bei der CDU)

Das hat Ihre Fraktion in Bonn mitgemacht. Wir sollten eine Regionalpartei gründen, damit auch einmal etwas für uns hier veranstaltet wird.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

Der einzige, der den Beschluß nicht umsetzt, sich weigert, ihn umzusetzen, ist Finanzminister Waigel. Deswegen muß das in der Resolution so benannt werden. Wenn Sie etwas anderes tun, ist das Augenwischerei, liebe Dame Schmitz-Hübsch. Sie sollten deswegen unserer Resolution zustimmen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Kubicki.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zwei Sätzen meiner Vorredner möchte ich ausdrücklich zustimmen. Der eine ist der des Kollegen Saxe, der erklärt hat, Resolutionen brächten in aller Regel nichts. Dem stimme ich zu. Ich frage mich nur, warum Rot-Grün hier denn immer so viele einbringt.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Der zweite Satz ist der von Herrn Hentschel, der sagte, die Grünen sollten eine Regionalpartei gründen. Auch dem kann ich zustimmen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Thema Duty-free hat in den vergangenen Jahren eine erstaunliche Dynamik entwickelt. Böse Zungen behaupten, daß dies auch nicht verwunderlich sei, da man vom Beschluß über die Abschaffung des Duty-free-Handels im Jahre 1992 bis zur Wiederauferstehung 1996 vier Jahre im absoluten Tiefschlaf verbracht und jetzt um so mehr Energie für den Kampf um Duty-free frei habe. Auch die Kolleginnen und Kollegen der Union scheinen in Katwijk geschlafen zu haben.

(Zurufe von der CDU: Na, na!)

Die **EU-Kommissare** Wulf-Mathies und Monti sollen sich vor Ort über die **Folgen des Wegfalls von Duty-free** informieren.

(Lachen des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich stelle mir gerade vor, wie Frau Wulf-Mathies zitternd in ihrem Büro in Brüssel sitzt und Frau

(Wolfgang Kubicki)

Schmitz-Hübsch und Herr Maurus an ihrer Bürotür trommeln und sie zwangsweise nach Schleswig-Holstein verschicken möchten, damit - so das Zitat - „die Dame sich vor Ort ein Bild von der dramatischen Lage machen kann“.

(Zurufe)

Schiffe, die jetzt noch fahren, aber in Zukunft nicht mehr, arme Veteranen, die in Zukunft keinen billigen Wochenendausflug mehr machen können - der Erkenntnisgewinn scheint mir doch eher marginal. Also lassen wir die Kirche im Dorf.

(Martin Kayenburg [CDU]: Die Schiffe auf dem Wasser! - Zuruf des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

- Herr Stritzl, ich empfehle Ihnen als Unionsfraktion, Ihren Antrag zur Drogenpolitik mit dem Antrag zu Duty-free zu verbinden, und zwar dergestalt, daß künftig Alkohol und Tabakwaren nur noch auf Duty-free-Schiffen verkauft werden können, dann haben sie jedenfalls in der einen oder anderen Richtung Erfolg in der Sache.

(Heiterkeit)

Als Landtag des kleinen Landes Schleswig-Holstein sollten wir uns nicht dazu versteigen, der EU-Kommission Vorschriften über Kurztrips in den kühlen Norden Deutschlands machen zu wollen. Es kommt jetzt nicht darauf an, verbale Kraftmeierei zu demonstrieren oder sich gegenseitig die Schuld zuzuweisen, wie dies etwa der von mir ansonsten sehr geschätzte Wirtschaftsminister des Landes getan hat - übrigens Herr Kollege Hentschel auch -, indem er die Schuld für das bisherige Scheitern der Bemühungen einfach auf den Bund beziehungsweise den Bundesfinanzminister abschob.

Für die F.D.P.-Fraktion möchte ich dies zurückweisen. Nicht nur Jürgen Koppelin hat sich vehement für den Erhalt von Duty-free eingesetzt - -

(Zuruf von der CDU: Wer ist das? - Heiterkeit!)

- Das ist der allseits beliebte und bekannte Vorsitzender meiner Partei in Schleswig-Holstein.

(Heiterkeit - Klaus Schlie [CDU]: Ich dachte, Sie wären Vorsitzender!)

- Was lachen Sie denn da? - Herr Schlie, ich weiß, daß das Differenzierungsvermögen bei Ihnen nicht ganz ausgebildet ist. Aber ich bin Vorsitzender der Landtagsfraktion. Jürgen Koppelin ist Vorsitzender der Landes-F.D.P.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Aber auch Jürgen Koppelin hat zur Kenntnis nehmen müssen, daß auf gesamteuropäischer Ebene der Beibehaltung von Duty-free bei weitem nicht das Interesse entgegengebracht wird wie von seiten der Bundesrepublik Deutschland beziehungsweise der deutschen Küstenländer.

Streitereien helfen nicht weiter. Wir müssen statt dessen gemeinsam versuchen, die Kommission zu überzeugen, daß zumindest eine **Verlängerung der Übergangsfrist** notwendig ist, um die Arbeitsplätze in der maritimen Industrie zu sichern. Übrigens kann ich mich persönlich daran erinnern, daß ich in meiner Eigenschaft als Referent der F.D.P.-Landtagsfraktion 1982 bereits um eine Verlängerung der Übergangsfrist gekämpft habe - damals gemeinsam mit den Unionsabgeordneten erfolgreich -, so daß die Übergangsfrist von 1982 bis 1998 jetzt schon 16 Jahre anhält.

(Zurufe)

Das wird - ich sage es ausdrücklich - nicht einfach, aber - das habe ich bereits in der Debatte 1996 gesagt -, die ordnungspolitischen Argumente - das müssen wir hier ernsthafterweise auch zur Kenntnis nehmen - sprechen ganz klar für die Abschaffung. **Duty-free** ist nichts anderes als eine politisch gewollte **Steuersubvention** für Einkäufe in entsprechenden Shops, für die es eine sachliche Notwendigkeit in einem Europa des freien Warenverkehrs und des Euros nicht mehr gibt.

Vor diesem Hintergrund ist die Verweigerungshaltung der Kommission zu beurteilen, und - wie ich finde - sie ist durchaus zu verstehen.

Wenn wir uns nun trotzdem für eine Beibehaltung aussprechen und auch darum kämpfen, dann kann das sinnvollerweise nur auf einer Argumentationslinie geschehen, nämlich der Argumentationslinie der **Sicherung von Arbeitsplätzen** in ansonsten von hoher Arbeitslosigkeit betroffenen Regionen.

Es ist nicht einzusehen, liebe Kolleginnen und Kollegen, daß etwa für die Erhaltung der Landwirtschaft Milliarden ausgegeben werden und daß die maritime Industrie in Schleswig-Holstein und in anderen Bundesländern im wahrsten Sinne des Wortes den Bach heruntergeht.

Es ist ein wenig paradox, wenn die EU Duty-free auf dem ordnungspolitischen Altar opfert und in der Folge gezwungen ist, die Auswirkungen ihrer Prinzipientreue mit Zuwendungen aus den europäischen Fördertöpfen auszugleichen. Das kann es dann doch wohl auch nicht sein.

(Vereinzelter Beifall bei F.D.P. und CDU)

(Wolfgang Kubicki)

Wir hatten ja gerade die Debatte über ASH III; wir können ja dann von der EU-Kommission auch weitere Mittel in Anspruch nehmen, um dann über ASH III 1 oder ASH III 4 die Arbeitslosen aufzufangen, die dadurch entstehen, daß wir Duty-free abschaffen.

Alle Beteiligte, die Fraktionen hier im Landtag, die Landesregierung und auch die Vertreter der Küstenländer in Bonn, sollten noch einmal eindringlich auf die hohe Zahl der gefährdeten Arbeitsplätze gerade in den strukturschwachen Regionen auch unseres Landes aufmerksam machen.

Die F.D.P.-Fraktion wird sich einem gemeinsamen konzertierten Vorgehen nicht verweigern. Wir werden trotz der von mir geäußerten Bedenken dem Resolutionsentwurf der Union zustimmen, und wir bitten, daß wir insoweit auch eine Geschlossenheit unseres Landtages insgesamt in dieser Frage erreichen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Gerckens.

Peter Gerckens [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der SSW setzt sich weiter für eine Verlängerung des Duty-free-Handels über den 30. Juni 1999 hinaus ein. Wir haben unsere Haltung bereits in der letzten Debatte hier im Landtag, im Dezember 1996, deutlich gemacht.

(Zuruf der Abgeordneten Ursula Röper [CDU])

Damals wurde vom Landtag eine einstimmige Resolution für den Erhalt des Duty-free-Handels verabschiedet. Die negativen **Auswirkungen** eines Wegfalls dieses Handels auf **Wirtschaft und Arbeitsplätze** für Schleswig-Holstein und besonders auch für den Landesteil Schleswig mit der Stadt Kappeln als der am stärksten betroffenen Kommune sind hinreichend bekannt. Auch die kulturelle und die soziale Bedeutung der „Butterfahrten“ insbesondere für ältere Menschen darf nicht vergessen werden. Die Argumente für eine Verlängerung des Duty-free-Handels zumindest für die Schifffahrt sind seit damals immer wieder ausgetauscht und vorgebracht worden. Jetzt ist es fünf vor zwölf, denn es wird sehr schwer werden, die Entscheidung der Kommission zum Tax-free-Handel rückgängig zu machen.

Deshalb ist es so wichtig, daß die Politik in Schleswig-Holstein in dieser Sache an einem Strang zieht.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ja!)

- Vielen Dank, Herr Kubicki!

Der SSW hält überhaupt nichts von gegenseitigen Schuldzuweisungen zwischen den Parteien in dieser Sache. Wir sind uns hier im Landtag alle einig und sollten gemeinsam sowohl beim Bund als auch in Brüssel vorstellig werden, um noch zu retten, was zu retten ist.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Wie schwer es werden wird, zeigt sich auch daran, daß die skandinavischen EU-Mitglieder bisher darauf beharren, den Duty-free-Handel termingerecht abzuschaffen. Bedauerlicherweise gilt das auch für die dänische Regierung, obwohl auch strukturschwache dänische Regionen wie Nordjylland und Sydfyn/Langeland davon betroffen sind.

Die **dänische Regierung** beruft sich in ihrer Entscheidung auf ein **Gutachten zur Abschaffung des Tax-free-Handels**, das die wirtschaftlichen Auswirkungen für die gesamte EU positiv beurteilt. Allerdings wird in dem Gutachten auch darauf hingewiesen, daß es dabei Gewinner und Verlierer geben wird - nach Regionen und Branchen unterschiedlich verteilt. Genau das ist doch unser Problem in Schleswig-Holstein. Das kann am Beispiel der Fördereederei mit Sitz in Flensburg deutlich gemacht werden. Die Fördereederei ist seit 40 Jahren im Duty-free-Geschäft und unterhält sowohl Fährlinien als auch Ausflugschiffe an der gesamten norddeutschen Ostseeküste. Zwei Drittel des 100 Millionen DM-Umsatzes, das von der Reederei im Jahr erwirtschaftet wird, kommt von den Ausflugsfahrten. Diese werden ab dem nächsten Jahr durch den Duty-free-Beschluß von der Reederei völlig eingestellt werden.

Das bedeutet, daß die Fördereederei nach eigenen Angaben ungefähr 400 ihrer 450 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entlassen wird. Trotzdem wird das Unternehmen überleben und auch in Zukunft expandieren. Die Reederei will sich künftig vermehrt auf den Geschäftsbereich der Fährlinie konzentrieren und plant als erstes, neue Linie zwischen Finnland und Estland einzurichten. Das Unternehmen verlagert also seinen Geschäftsbereich und seine historisch gewachsene regionale Verankerung.

Betriebswirtschaftlich ist das eine nachvollziehbare Entscheidung. Nur den entlassenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern hilft dies wenig, weil man sie bei dieser Entwicklung einfach nicht gebrauchen kann. Die Reederei wird ihren künftigen Personalbedarf vor Ort oder bei anderen Berufsgruppen decken.

Meine Damen und Herren, jetzt noch ein Wort zu der Diskussion um die Äußerungen von Herrn Wirt-

(Peter Gerckens)

schaftsminister Steinbrück in dieser Sache. Wenn es sich zeigen wird, daß in Sachen Duty-free keine neuen entscheidenden Änderungen möglich sind, wird sich sowohl die Politik als auch die Wirtschaft darauf einstellen müssen. Aber vorher muß noch alles versucht werden, um den Kommissionsbeschluß zu revidieren. Nicht anders habe ich den Minister verstanden.

Der SSW wird beide hier heute vorliegenden Anträge unterstützen, weil wir der Meinung sind, daß sie sich gegenseitig nicht ausschließen. Es würde dem Landtag gut anstehen, wenn wir in dieser Sache einen einstimmigen Beschluß erreichen könnten.

Lassen wir doch die nicht uninteressante Frage, ob die Kühe in Bayern glücklicher sind als die in Schleswig-Holstein, bitte ruhen. Die Antwort ist natürlich interessant. Aber konzentrieren wir uns gemeinsam auf den Duty-free-Handel und ziehen wir gemeinsam an einem Strang. Daß uns dies gelingt, wäre wünschenswert.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Meine Damen und Herren, so sehr ich es begrüße, daß noch ein gemeinsamer Antrag formuliert wird, bitte ich doch darum, daß die Sitzung dadurch nicht zu sehr gestört wird. Ich bitte darum, notfalls weiter nach hinten zu gehen, wenn etwas verabredet wird.

Das Wort hat Herr Minister Steinbrück.

Peer Steinbrück, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte sechs Bemerkungen machen und mit der erfreulichen Feststellung beginnen, daß es eine große Übereinstimmung über die **Notwendigkeit des Erhalts** von Tax-free, manchmal auch als **Duty-free** bezeichnet, in diesem Hause und auch bei vielen Partnern, die wir in Schleswig-Holstein brauchen, gibt. Ich beziehe ausdrücklich viele Bundestagsabgeordnete der unterschiedlichsten Fraktionen ein.

Die Frage, die im Mittelpunkt steht, ist folgende: Wie erreichen wir dieses Ziel? - Da stelle ich allerdings fest, daß der Antrag der CDU ins Leere zielt.

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

Dies führt zu der zweiten Bemerkung. Die Europäische Kommission, Herr Stritzl, ist unter der Führung des Finanzkommissars Monti festgelegt. Machen Sie sich nichts vor: Sie ist seit ihrer Beschlußfassung 1991 festgelegt. Es macht überhaupt keinen Sinn, Herrn Monti oder auch Frau Wulf-Mathies nach Schleswig-Holstein einzuladen. Das sind reine Schaufensterforde-

rungen, nichts anderes. Sie werden auch keinen anderen **Kommissar** finden - ich denke dabei zum Beispiel an Herrn Kinnock, der da vielleicht noch am ehesten aufgeschlossen ist -, der den Vorgaben des Finanzkommissars Monti nicht folgen wird. Insofern geht der Verweis auf die Kommission an die falsche Adresse.

Ergo geht es - drittens - um die Frage: An welche erreichbare Adresse können wir uns noch wenden? Dies ist nach Lage der Dinge ausschließlich der **EU-Finanzministerrat**, der sogenannte EcoFin.

Im EU-Finanzministerrat wird es von entscheidender Bedeutung sein, wie sich ein großes und politisch gewichtiges Land, der Mitgliedstaat Bundesrepublik Deutschland, bewegt. Damit sind wir unabweisbar bei dem Thema: Wie operiert Bundesfinanzminister Waigel im Europäischen Finanzministerrat, um sich für Duty-free einzusetzen? Das heißt, nimmt er die Rolle einer Lokomotive oder auch eines Sumoringers ein?

Da finde ich es schon faszinierend, wie Frau Schmitz-Hübsch anderen immer unterstellt, sie betrieben eine Art Schwarzer-Peter-Spiel, während sie es im Rahmen ihrer Übungen auf dem politischen Schwebebalken geschafft hat, die Bundesregierung, den EU-Finanzministerrat und den noch amtierenden Bundesfinanzminister nicht ein einziges Mal zu erwähnen.

Ich stelle fest: Während wir uns als Landesregierung, unterstützt durch viele von Ihnen, seit zwei Jahren auf dem Turnierplatz für Tax-free bewegen und schlagen, sitzt Herr Waigel immer noch auf den Zinnen von Neuschwanstein und versucht, die Ostsee zu erkennen. Ausweislich eines Briefes, den er merkwürdigerweise weit vor dem letzten Treffen des Finanzministerrats an die Ministerpräsidentin geschrieben hat, die sich wegen Tax-free noch einmal an ihn gewandt hatte, gibt er das Thema Tax-free bereits am 8. Mai verloren. Er gibt es verloren, indem er ausführt:

„Eine Verlängerung der Tax-free-Regelung erscheint bei dem bisherigen Sachstand allerdings eher unwahrscheinlich.“

Das heißt, er ist im Finanzministerrat dafür überhaupt nicht angetreten.

Vor diesem Hintergrund würde ich es zumindest als polemisch oder als einen verfrühten Bundestagswahlkampf ansehen, wenn gesagt wird, die Landesregierung habe die Flinte ins Korn geworfen. Der Herr Bundesfinanzminister ist gar nicht erst in den Ring gestiegen. Dementsprechend enttäuschend ist das

(Minister Peer Steinbrück)

Ergebnis des Treffens des Europäischen Finanzministerrats in Sachen Duty-free auch gewesen.

Wir stehen - vierte Bemerkung - als Landesregierung keineswegs in einem Obligo hinsichtlich des Nachweises, was wir in den letzten Monaten beziehungsweise in den letzten anderthalb Jahren gemacht haben. Die Liste ist lang. Darauf will ich gar nicht zu sprechen kommen.

Vielmehr will ich - fünftens - nur sagen: Man sollte auch im Vorfeld eines magischen Datums wie dem 27. September möglichst einig sein und nicht jetzt schon eine Legendenbildung nach dem Motto betreiben: Da wird es dann noch Auseinandersetzungen geben, und wir versuchen dann, irgend jemanden ein Kaugummi ans Revers zu heften.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die letzte Gelegenheit, dieses Thema auf die Tagesordnung eines hochrangigen Gremiums zu setzen, ist in meinen Augen in wenigen Tagen, nämlich beim europäischen Gipfeltreffen in Cardiff. Ich bin sehr gespannt darauf, ob der Bundeskanzler dieser Republik dafür sorgen wird, daß das geschieht. Anschließend ist der Zug abgefahren. Darauf wird man sich einstellen müssen.

Sechste und letzte Bemerkung: Ich halte es in der Tat für eine absurde Idee - so ähnlich hat Herr Hentschel es auch ausgeführt -, daß der EU-Finanzministerrat, die EU-Kommission und die Bundesregierung einerseits den Wegfall von Tax-free mit fatalen regionalwirtschaftlichen Folgen mindestens billigend in Kauf nehmen, um sich dann anschließend auf den Weg zu machen und nach Kompensationsmöglichkeiten zu suchen, während man andererseits auf der Ebene der Europäischen Kommission sehr kritisch über eine Reform von Strukturfonds nachdenkt, und zwar auch im Sinne von Verschlinkung, Vereinfachung, Reduzierung der Fördergebietskulisse und wahrscheinlich auch im Hinblick auf eine Verringerung der Mittel für die westdeutschen Bundesländer. Diese politische Logik soll die Bundesregierung den betroffenen Menschen einmal erklären. Für den Fall, daß, was diesen Erklärungsnotstand betrifft, der Ball ins Spielfeld der Landesregierung getragen werden soll, kann ich nur sagen: Sie stehen schon vorher im Abseits, und wir nehmen diesen Ball nicht an.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Ich vermute, daß der angemeldete Beitrag des Kollegen Matthiessen entfällt.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist obsolet geworden!)

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Kubicki.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Herr Präsident! Die Fraktionen des Hauses haben sich, den weitreichenden Worten des Ministers gleichwohl folgend, darauf geeinigt, einen gemeinsamen Entwurf einzubringen, den wir Ihnen nur dadurch präsentieren können, daß ich ihn jetzt verlese. Der gemeinsame Resolutionsantrag aller Fraktionen dieses Hauses - einschließlich SSW - soll wie folgt lauten:

„Der Landtag möge beschließen:

Der Landtag bittet die Landesregierung, die EU-Kommissare Wulf-Mathies und Monti einzuladen, um sich über die Folgen für Wirtschaft und Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein bei Wegfall des Duty-free-Handels vor Ort zu informieren. Der Schleswig-Holsteinische Landtag appelliert nachdrücklich an die EU-Kommission und den -Ministerrat, den Duty-free-Handel über den 30. Juni 1999 hinaus fortzusetzen. Die EU-Kommission wird aufgefordert, die vielfältig belegten negativen Auswirkungen eines Wegfalls von Duty-free auf Wirtschaft und Arbeitsplätze insbesondere in den küstennahen Regionen zur Kenntnis zu nehmen und in ihren weiteren Überlegungen zu berücksichtigen.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert Bundesfinanzminister Theo Waigel auf, im Rahmen des Europäischen Finanzministerrats EcoFin initiativ zu werden, um den Erhalt des Duty-free-Handels zumindest für die Schifffahrt über den 30. Juni 1999 hinaus sicherzustellen.“

(Zurufe von der CDU: Sehr gut!)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Schmitz-Hübsch.

Brita Schmitz-Hübsch [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Kollege Kubicki hat die Zusammenfassung der Anträge von CDU, SPD und Grünen bekanntgegeben. Dafür danke ich mich.

Ich möchte noch darauf hinweisen, daß die CDU - obwohl ich mich vorhin anders geäußert habe - zustimmen wird. Wir sind eigentlich nicht der Meinung,

(Brita Schmitz-Hübsch)

daß es richtig ist, die Gruppe der Unterstützer jetzt schon auseinanderzuidividieren, indem die Einschränkung für die Schifffahrt hineingenommen wird. Aber weil es darum geht, eine gemeinsame Erklärung hinzubekommen, die wir weiterschicken können, stimmen wir zu.

(Beifall im ganzen Haus)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Saxe.

Bernd Saxe [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bei allen Meinungsunterschieden hinsichtlich des Verfahrens, die in der Debatte zum Ausdruck gekommen sind, und dem, was gelegentlich an wechselseitigen Vorwürfen und an Versuchen, Erfolge für sich zu reklamieren, festzustellen ist, ist es, glaube ich, ein gutes Zeichen, daß alle Fraktionen des Landtages zu diesem Thema eine gemeinsame Resolution zuwege bringen, um auch deutlich zu machen, daß wir - bei allen Unterschieden, die möglicherweise dann beim Verkauf hinterher festzustellen sind - gemeinsam das Ziel erreichen wollen. Insofern freue ich mich, daß dies zustande gekommen ist. Die SPD-Fraktion wird dem zustimmen.

(Beifall im ganzen Haus)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Ich gehe davon aus, daß der Landtag damit einverstanden ist, daß der von Herrn Kubicki verlesene Antrag jetzt zur Abstimmung gestellt wird. Ich bitte, uns den Antrag noch schriftlich einzureichen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das steht doch im Protokoll!)

Wer dem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe. - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich habe Ihnen noch mitzuteilen, daß der Tagesordnungspunkt 22 „Klimaschutz - Planen, Bauen und Wohnen“ auf die Juli-Tagung verschoben wird.

Ich unterbreche die Sitzung bis 15:00 Uhr. Guten Appetit!

(Unterbrechung: 13:10 bis 15:01 Uhr)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist wiedereröffnet.

Ich gestehe, daß es ein kleines Problem gibt. Nach der am ersten Sitzungstag verabredeten Tagesordnung müßten wir jetzt mit der Beratung des Tagesordnungspunktes 26 beginnen. Ich gehe auch davon aus, daß das der Wille ist.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Genau!)

Die Parlamentarischen Geschäftsführer sind nicht da. Deshalb ist es ein bißchen schwierig.

Ich rufe also Tagesordnungspunkt 26 auf:

Bericht über die Unterrichtssituation an den öffentlichen allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen im Lande Schleswig-Holstein im Schuljahr 1997/98

Bericht der Landesregierung

Drucksache 14/1476

Ich erteile Frau Ministerin Böhrk das Wort.

Gisela Böhrk, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Der Bericht zur Unterrichtsversorgung ist der Bericht über das Schuljahr 1997/98 - also über das laufende Schuljahr. Es ist das siebente Jahr mit steigenden Schülerzahlen, mit sinkenden öffentlichen Einnahmen und mit einem - trotz beachtlicher Einstellungsraten an jungen Leuten - immer noch überalterten Lehrerkollegium.

Trotzdem haben wir die Unterrichtsversorgung auf einem guten Niveau gehalten. Das war nur zu erreichen, weil wir jede freiwerdende Stelle im Schulbereich wieder besetzt haben, weil wir 150 zusätzliche Stellen für den Unterricht bereitgestellt haben, weil den Lehrkräften die Altersermäßigung gekürzt wurde, so daß Unterricht im Umfang von 260 Planstellen in diesem laufenden Schuljahr zusätzlich verfügbar war.

Das Resultat dieser Anstrengungen sieht folgendermaßen aus: Die **Schülerzahlen** an den allgemeinbildenden Schulen sind in diesem Jahr insgesamt um 7.500 auf rund 305.000 gestiegen. Seit 1992 haben wir einen Anstieg der Schülerzahlen um 36.000 zusätzliche Schülerinnen und Schülern zu bewältigen gehabt. Die **Klassenfrequenzen** sind in Schleswig-Holstein nach wie vor die günstigsten, und zwar deutlich günstiger als im Durchschnitt der anderen Bundesländer.

(Ministerin Gisela Böhrk)

Unter den 16 Bundesländern bewegt sich Schleswig-Holstein zwischen dem zweiten Rangplatz bei den Gymnasien und dem achten Rangplatz bei den berufsbildenden Vollzeitschulen.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD] und Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Zahl der Klassen ist insgesamt um 220 angestiegen, 158 davon entfallen allein auf die Grundschulen.

Die Relation von erteilten Unterrichtsstunden je Schülerinnen und Schüler weist für die allgemeinbildenden Schulen einen minimalen Rückgang von zwei hundertstel Stunden - also von 1,30 auf 1,28 - auf.

Insgesamt ist das Unterrichtsangebot an den schleswig-holsteinischen Schulen aufgrund des Konzepts zur langfristigen Unterrichtssicherung deutlich erhöht worden. Gegenüber dem Vorjahr wurden rund 7.200 Unterrichtsstunden zuzüglich 700 Unterrichtsstunden für Integrationsmaßnahmen mehr erteilt. Dabei liegt die Unterrichtsversorgung nur knapp unter dem Niveau des Vorjahres.

Die im Konzept KLAUS vorgesehene Unterrichtskürzung fiel im Schuljahr 1997/98 deutlich geringer als erwartet aus.

Im Vergleich zu den anderen Bundesländern zeigt sich, daß die Indikatoren Schüler und Schülerinnen je Lehrerinnen und Lehrer sowie erteilte Unterrichtsstunden je Schülerinnen und Schüler für die Grundschule, für die Realschule, für das Gymnasium, für die Gesamtschule und für die berufsbildende Schule in Teilzeitform in Schleswig-Holstein durchweg besser als im Länderdurchschnitt liegen.

Der Schüleranstieg wirkt sich im einzelnen unterschiedlich auf die Schularten aus. Wir haben an den Grundschulen mit 4.600 zusätzlichen Kindern die höchste Steigerung zu verzeichnen. Die durchschnittliche Klassenfrequenz wurde dort von durchschnittlich 21,6 auf 21,8 Kinder erhöht.

Aufgrund der Kürzung der Altersermäßigung und des Einsatzes zusätzlicher Planstellen konnten deutlich mehr Unterrichtsstunden gegeben werden. Im Grundschulbereich wurden durchschnittlich rund 3.000 Stunden mehr unterrichtet. Die Unterrichtskürzungen an den Grundschulen waren geringfügig und betragen pro Schülerinnen und Schüler 0,01 Prozentpunkte weniger Unterricht, das heißt insgesamt 1 %.

An den Realschulen haben wir einen Anstieg der Schülerzahlen um 3,1 % und einen leichten Anstieg der Klassenfrequenz zu verzeichnen, die jedoch mit 22,6 Schülerinnen und Schülern pro Klasse im Ländervergleich noch sehr günstig ist.

Mit 1,3 neuen Unterrichtsstunden pro Kind lag dieser Indikator nur geringfügig unter dem des Vorjahres. An den Gymnasien ist die Klassenfrequenz trotz leicht gestiegener Schülerzahlen konstant bei 24 geblieben. Das ist eine sehr gute Zahl im Verhältnis zu den anderen Bundesländern.

An den Gesamtschulen hat sich die Schülerzahl hingegen auch - bedingt durch den Ausbau dieser Schulart - um 6 % erhöht. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler pro Klasse lag bei 23,5 %. An den beiden Schularten blieb die Zahl der den Schülerinnen und Schülern erteilten Unterrichtsstunden stabil.

Zum Thema **Gesamtschulen** sage ich, daß wir den **Voten des Landesrechnungshofs** nicht komplett und grundsätzlich zustimmen. Aber in einigen Bereichen werden wir dem Landesrechnungshof folgen und beispielsweise die Klassenfrequenzen von 25 auf 26 Kinder erhöhen. Dort, wo wir der Argumentation des Landesrechnungshofes folgen können, ohne in die besondere Aufgabe der Gesamtschulen einzugreifen, werden wir zugunsten der Bekämpfung des Unterrichtsausfalls entsprechende Planstellen abziehen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD] - Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Schule ist nicht nur eine Veranstaltung für Schülerinnen und Schüler, sondern auch ein Arbeitsplatz für junge Leute. Die Schule bietet **Arbeitsplatzperspektiven** für junge Leute, und zwar - wie Sie wissen - von Jahr zu Jahr mehr, weil der Ersatzbedarf durch die ausscheidenden Lehrerjahrgänge größer wird.

Wir haben in diesem zur Debatte stehenden Schuljahr 570 Lehrerinnen und Lehrer auf Dauer - zum überwiegenden Teil auf **Dreiviertelstellen** - eingestellt. Das hat arbeitsmarktpolitisch einen Effekt von rund 100 Lehrerstellen mehr ergeben, als möglich gewesen wäre, wenn wir die Lehrer in Vollzeitstellen übernommen hätten.

Mit 530 Lehrkräften wurden Vertretungsverträge abgeschlossen. Demnach haben 1.100 junge Lehrkräfte an den schleswig-holsteinischen Schulen einen Arbeitsplatz erhalten, das heißt, die Verjüngung der Lehrerkollegien geht ihren Gang und wird von Jahr zu Jahr ein bißchen deutlicher. Das ist auch dringend nötig.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die statistischen Daten über die Unterrichtsversorgung, die ich Ihnen vorgetragen habe, geben noch keinen Aufschluß darüber, wieviel Unterricht ausfällt,

(Ministerin Gisela Böhrk)

der in den Stundentafeln und in den Stundenplänen festgehalten ist.

(Ursula Röper [CDU]: So ist es!)

Wir gehen davon aus, daß rund 5 % des Unterrichts ausfallen, das sind 600.000 bis 700.000 Stunden. Davon ist jede Stunde eine Stunde zuviel. Das steht außer Frage, aber ich möchte dennoch darauf hinweisen, daß es für uns keine Anhaltspunkte dafür gibt, daß die Ausfallquoten erheblich gestiegen sind. Ich nehme das Problem des **Unterrichtsausfalls** ernst, das habe ich bereits in der letzten Landtagstagung gesagt. In der letzten Landtagstagung habe ich Ihnen ebenfalls dargelegt, daß wir an einem Konzept zur Verringerung des Unterrichtsausfalls arbeiten. Dazu gehört, die Stundengebermittel flexibler einzusetzen, damit in akuten Fällen schneller geholfen werden kann.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dazu gehört auch, daß die Lehrkräfte die Pflichtstunden, die etwa wegen Hitzefrei, Praktika oder Klassenfahrten ausfallen, als Vertretungsunterricht oder in Form von Betreuung nachholen sollen. Der entsprechende Erlaß hat inzwischen das Mitbestimmungsverfahren durchlaufen, so daß dies vorangehen kann.

Parallel dazu beraten wir gemeinsam mit den Eltern, dem DGB und dem Deutschen Beamtenbund über weitere Lösungsmöglichkeiten zur Bekämpfung des ärgerlichen Problems des Unterrichtsausfalls.

Meine Damen und Herren, an den schleswig-holsteinischen Schulen wird gute Arbeit geleistet.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eigenverantwortung und Qualitätssicherung sind für die Landesregierung, sind für mich zwei Seiten derselben Medaille. Die Stärkung der schulischen **Eigenverantwortung** ist untrennbar mit der Verpflichtung verbunden, Rechenschaft abzulegen. Evaluation ist eine unerläßliche Voraussetzung, wir brauchen Feedback-Strukturen, die Vergleiche ermöglichen und Impulse für Qualitätsverbesserung geben können. Evaluation muß Bestandteil der Schulentwicklungsplanung und -umsetzung sein. Deshalb ist es notwendig, daß das neue Schulgesetz vorsieht, **Schulentwicklungsprogramme** zu entwickeln. Erste Schritte dazu haben wir in der Fortbildung der Lehrkräfte und Schulleiter bereits getan. Auch wenn wir mit dem Nachtragshaushalt aufgrund der besonderen Sparsituation in die Fortbildung, etwa beim IPTS hineinschneiden müssen, bleiben die dringend notwendigen Schwerpunkte in der Fortbildung der Lehrkräfte, im Bereich der Schulprogramme, im Bereich der Prävention und im Bereich

der Evaluation ungeschmälert erhalten, damit diese Schwerpunkte weiterentwickelt werden können.

Ich bin besonders daran interessiert, die Weiterentwicklung und die **Verbesserung der Qualitätsstandards** in den Schulen voranzubringen. Ich habe Ihnen schon beim letzten Mal die Evaluationsinstrumente genannt: die einheitlichen Prüfungsanforderungen, die Überprüfung, die periodische Beobachtung von Schlüsseljahrgängen in der Oberstufe - -

(Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Röper?

Gisela Böhrk, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Gern!

Ursula Röper [CDU]: Frau Ministerin, Sie sagten gerade, daß die Qualität der Lehrerfortbildung in der jetzigen Form erhalten bleibe. Wie vereinbart sich das mit den neuen Sparbeschlüssen im Nachtragshaushalt? Da ist ein erheblicher Betrag für die Lehrerfortbildung gestrichen worden. Wie ist das dann noch gewährleistet?

- Das habe ich eben im Schnellverfahren versucht, anzusprechen. Leider habe ich nur relativ wenig Zeit.

Wir konzentrieren die **Lehrerfortbildung** auf die Schwerpunktbereiche, die ich genannt habe und darüber hinaus auf die Bereiche, in denen wir fachliche Fortbildung brauchen, weil wir Fachlehrerdefizite haben. Überall dort, wo nicht unbedingt dienstliche Gründe und dienstliche Erfordernisse vorhanden sind, fahren wir die freiwillige Fortbildung zurück, um einen Sparbeitrag zu leisten. Das tun wir nicht gern. - Vorschläge zur Behebung der Haushaltssituation sind immer gern gesehen. Wir halten diese einmalige Situation für vertretbar, weil wir in die Schwerpunkte der Fortbildung nicht hineinschneiden.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD] und Frauke Walhorn [SPD])

Zur Aktualisierung des Themas **Qualitätssicherung** möchte ich nur kurz etwas sagen. Sie wissen, daß unter unserer Federführung, der Federführung des Landes Schleswig-Holstein, ein länderübergreifendes Modellprojekt zur Steigerung der Effizienz des mathematisch-naturwissenschaftlichen Unterrichts begonnen worden ist. Die teilnehmenden Projektschulen

(Ministerin Gisela Böhrk)

sind vor 14 Tagen zu einem ersten Treffen zusammengekommen, es geht also voran. Mit der Umsetzung wird - wie geplant - mit Beginn des Schuljahres begonnen.

Mehr Eigenverantwortung, Qualitätssicherung, Dezentralisierung auch bei Personalentscheidungen und die Modernisierung der Schulen, das sind die Gestaltungsziele, die wir verfolgen. Ein Beispiel dafür ist auch die Ausstattung der Schulen mit Computern. Wir müssen heute dafür sorgen, daß die Schülerinnen und Schüler Zugang zu den neuen Medien erhalten und kompetent und kritisch damit umgehen können. Das Programm „Schulen ans Netz“ hat seit April 1996 346 Schulen gefördert. Von diesen 346 Schulen arbeiten 245 Schulen im Netz, und für 1998 sind weitere 200 Computer zugesagt.

Herr Präsident, ich fasse zusammen: Die Situation an den Schulen in Schleswig-Holstein ist besser, als mancher dramatische Bericht es in der Öffentlichkeit vermuten läßt. Doch ich will nichts beschönigen, wir alle könnten uns vieles noch besser vorstellen. Es geht darum, mit den knappen Ressourcen, die wir zur Verfügung haben, und trotz der steigenden Schülerzahlen, die uns noch bis zum Jahr 2007 begleiten werden, die Unterrichtsversorgung der Kinder zu sichern.

(Beifall des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Lassen Sie mich abschließend sagen: Bildung ist mehr als Unterrichtsstatistik. Sie kann weder auf Kostengesichtspunkte reduziert, noch an ihrem ökonomischen Nutzen gemessen werden.

(Holger Astrup [SPD]: Sehr richtig!)

Die Schule ist die Kulturvermittlungsinstanz. Die Kinder verbringen inzwischen mehr Zeit in der Schule als in jeder anderen sozialen, kulturellen oder Erziehungsinstanz - Familie und Fernsehen übrigens eingeschlossen. Sie ist inzwischen die Instanz geworden, in der die Kinder die meiste Zeit zubringen.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Ich halte es für erforderlich, daß alle Seiten dieses Hohen Hauses und auch die Gesellschaft sich bewußt machen: Bildung ist kein Lehrerthema, Bildung ist kein Thema, bei dem es um die individuelle berufliche Karriere geht, Bildung ist auch kein Thema für die Suche nach der verlorenen Unterrichtsstunde, sondern im Zentrum von Bildung steht das Thema „kulturelle Wurzeln“, die Frage, wie der einzelne in die Kultur hineinwächst, wie die junge Generation dies bewerkstelligt. Das ist das zentrale Thema von Bildung, und dies in einer Zeit, in der sich die Welt in einem Globa-

lisierungsschub befindet, der dazu führt, daß sehr viele Lebensbereiche „Mc Donaldisieren“.

Ich würde mir wünschen, daß wir etwa ein Thema wie Fremdsprachen an der Grundschule nicht unter dem Aspekt diskutieren, welche ökonomischen Konkurrenzvorteile es den Kindern gibt, sondern unter dem Aspekt, daß ein solches begrüßenswertes frühzeitiges Fremdsprachenlernen es den Kindern ermöglicht, kulturelle Unterschiede kennenzulernen und kulturelle Kenntnisse zu erwerben,

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD], Frauke Walhorn [SPD] und Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

die die Kinder dringend brauchen, um das Leben in der Zukunft zu gestalten.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Volquartz.

Angelika Volquartz [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Am 1. Juni 1998 haben Eltern schleswig-holsteinischer Schulkinder den Schleswig-Holsteinischen Elternverein gegründet. In ihrer Pressemitteilung vom 9. Juni 1998 - also von gestern - findet sich unter anderem folgende Aussage:

„Die unverfrorene Ignoranz des Kieler Bildungsministeriums gegenüber den elterlichen Interessen wird von nun an bei jedem dargebotenen Anlaß ein Brennpunkt unserer Kritik sein.“

Und weiter:

„Die Eltern werden mit ihrem eigenen Rotstift abstimmen. Auf ihrer Streichungsliste steht die rot-grüne Bildungspolitik ganz oben.“

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Und nun einige Schlagzeilen:

„Eltern sauer: Klassenlehrerin weggekürzt“

- „Stormarner Tageblatt“ vom 14. Mai 1998,

„Schüler werden durch Insellage benachteiligt, auf Amrum bald kein Fremdsprachenunterricht mehr?“

- „Der Insel-Bote“ vom 19. Mai 1998,

(Angelika Volquartz)

„Lehrerfeuerwehr gefordert“

- „Landeszeitung“ vom 20. Mai 1998.

Die Eltern lassen sich nicht länger hinhalten und gründen einen Verein gegen den dramatischen Unterrichtsausfall an den Grundschulen.

„Unterricht auf stabilem Niveau“

- „Lübecker Nachrichten“ vom 31. Mai 1998.

„Kultusministerin Gisela Böhrk legte Bericht zur Schulsituation vor: ‘Die junge Generation wird trotz leerer Kassen gut ausgebildet’.“

Daß sich die Erhebung des Unterrichtsausfalls auf das Jahr 1995/96 bezieht und sich die Situation seitdem verschlechtert hat, steht natürlich nicht in der Presseerklärung.

Die GEW hingegen erklärt in ihrer Pressemitteilung vom 29. Mai 1998 unter anderem:

„Wir werden uns gemeinsam mit den anderen Gewerkschaften, mit Eltern und Schülern gegen den Bildungsabbau wehren.“

(Beifall der Abgeordneten Thorsten Geißler [CDU] und Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]

Was entspricht denn nun den Tatsachen? Basieren die landesweiten Proteste auf Phantasien der Eltern und Lehrerverbände?

(Frauke Walhorn [SPD]: Auf Frau Volquartz!)

- Nein, nein, das sind die Eltern, Frau Kollegin Walhorn.

Oder versucht die Ministerin, die schulische Situation schönzureden? Wer sich mit der täglichen Situation an den Schulen im Lande befaßt, der entdeckt ganz rasch: Das letztere ist der Fall. Das ist auch nicht erstaunlich, denn wo sind die grundsätzlichen Veränderungen zum Positiven in den Schulen, wo sind die notwendigen Rahmenbedingungen, um eine neue Eingangsphase an den Grundschulen zu finanzieren?

Die Veränderungen im Bildungsbereich, wie sie die Regierung wieder einmal plant, haben doch nur Sinn, wenn Sie die Rahmenbedingungen verbessern, Frau Ministerin.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Frau Ministerin, zum Nulltarif geht das nicht.

Es bleibt ein Skandal, daß die **Sonderschulen** - sie werden im Bericht einfach nicht erwähnt - nach wie vor im Bundesvergleich mit deutlichem Abstand den letzten Platz einnehmen, und das bereits seit Jahren,

ohne daß dem Bericht zu entnehmen ist, wie eine Änderung zum Positiven aussehen soll.

In dem Bericht der Landesregierung, den unsere Ministerin ja als so großartig angekündigt hat, sieht die Unterrichtsversorgung im Vergleich zum Vorjahr wie folgt aus: Es gibt weitere Verschlechterungen in den Grund- und Hauptschulen sowie bei den Realschulen! Die Schulanfänger, unsere Kleinsten, deren Zahl weiter gestiegen ist - Frau Ministerin, Sie haben selber darauf hingewiesen -, werden von dieser Regierung offensichtlich einfach ignoriert. Im Schuljahr 1996/97 erhielten unsere schleswig-holsteinischen **Grundschulklassen** laut KMK-Statistik 7,7 Unterrichtsstunden pro Woche weniger. In Rheinland-Pfalz erhalten alle Grundschulkinder in den Klassenstufen 1 und 2 von 8 bis 12 Uhr Unterricht und in den Klassenstufen 3 und 4 von 8 bis 13 Uhr Unterricht, also eine volle Halbtagsgrundschule.

(Ursula Röper [CDU]: Unsere sind ganze Tage zu Hause!)

Unsere Hauptschulklassen müssen zum Beispiel gegenüber Rheinland-Pfalz auf 6 Unterrichtsstunden pro Woche verzichten - pro Woche!

(Ursula Röper [CDU]: Das ist ein Skandal!)

Das macht im Schuljahr 240 Stunden - und das in einer Schulart, in der es auf jede Stunde ankommt!

(Beifall bei der CDU)

Ich erinnere an unsere einvernehmliche Debatte im Mai zum Hauptschulbericht.

Und wie sieht es an den **Gesamtschulen** aus? - Natürlich eine Steigerung von 0,4 Stunden pro Klasse!

(Holger Astrup [SPD]: 7 Minuten!)

Das bedeutet: 200 Stunden mehr! Und das bei ohnehin fast 40 zugewiesenen Unterrichtsstunden pro Klasse! Fast 40 Unterrichtsstunden pro Klasse kriegen die in der Woche, während bei den Grundschulen zirka 500 Stunden weniger erteilt worden sind.

Wo, Frau Ministerin, sind die Signale, die Sie im Mai zum Hauptschulbericht gegeben haben, wo ist das deutliche Signal zum Besseren? - Platz 14 unter den Ländern für Schleswig-Holstein laut Bericht! Zwei Bundesländer haben keine Hauptschulen, deshalb bedeutet Platz 14 das Schlußlicht.

(Holger Astrup [SPD]: Wie stehen wir bei Gesamtschulen?)

Die Presseerklärungen der Ministerin zum Bericht über die Unterrichtssituation und zur geplanten Schulgesetznovellierung machen deutlich, daß die Ministerin die eigentlichen Sorgen in den Schulen

(Angelika Volquartz)

nicht wahrnimmt. Das sagen ihr sogar die eigenen Genossen - so geschehen bei einem Terrassengespräch bei ihrem Freund Hager, nachzulesen in der Zeitung.

Was sind das für Sorgen? - Das ist zum Beispiel: Wie kann ich für heute oder morgen einen sinnvollen Vertretungsplan stecken? Wie gewährleiste ich den vorgesehenen Unterricht? Wie komme ich zu den erforderlichen Fachlehrern? Wie kann ich mit den zwei oder drei Verhaltensauffälligen, die mir die Klassengemeinschaft zu zerstören drohen, pädagogisch noch sinnvoll arbeiten? Das sind die wirklichen Sorgen in unserem Schulalltag, nicht etwa die Drittelparität oder ein Schulprogramm oder gar eine Eingangsphase mit fehlenden Rahmenbedingungen.

Erste Aufgabe einer Regierungsplanung muß es sein, bei dem konkreten Problem des Unterrichtsausfalls Defizite festzustellen.

Gibt uns der vorliegenden Bericht darauf eine Antwort? - Mitnichten! Denn es liegen keine ausreichend soliden Daten zum **Unterrichtsausfall** vor, und das aus gutem Grund. Das Unterrichtsfehl - also der Unterricht, der am Beginn eines Schuljahres abweichend von der Stundentafel ohnehin nicht erteilt wird - wird aus Vertuschungsgründen gar nicht erhoben. Wo kein Fehl ist, kann ich auch keinen Mangel feststellen. Weil der Mangel so groß ist, ist das der bequemste Verfahrensweg für Rot-Grün.

Es ist wirklich unglaublich, in einem Ausschußprotokoll zu lesen:

„Der Finanzausschuß begrüßt die Absicht des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur, aufgrund der Prüfung des Landesrechnungshofes zu veranlassen, daß der Unterrichtsausfall dokumentiert wird.“

Schon für das Jahr 1995 kommt der **Landesrechnungshof** zu Unterrichtsausfällen zwischen 4,7 % und 8 %, in Einzelfällen auch zu höheren Werten. Davon ist bei Ihnen nach wie vor keine Rede. Das ignorieren Sie.

Man höre und staune: Der Rechnungshof muß diese Ministerin daran erinnern, erst einmal das zu tun, was Voraussetzung für das Ergreifen sinnvoller Maßnahmen ist, nämlich Defizite festzustellen.

Bei dieser von uns allen zu registrierenden Talfahrtsituation in der Schulpolitik schreckt die Landesregierung nicht davor zurück, geplante 100 neue Lehrerstellen auf den Sankt-Nimmerleins-Tag zu verschieben. Jetzt müßte Herr Rossmann eigentlich in das Hört! Hört! einstimmen, denn er hat gesagt, das dürfe nicht geschehen. Grund für diese Verschiebung ist eine fatale finanzpolitische Mißwirtschaft, nichts anderes.

(Beifall bei der CDU - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Kraftloses Klatschen bei der Opposition!)

Es ist doch richtig, was der Kollege Weber von der SPD-Fraktion sagt: Schluß mit der **Entbeamtungspolitik** bei den Lehrern!

(Beifall bei der CDU)

Recht hat er. In Zeiten knapper Finanzen müssen wir die Lehrer wieder als Beamte einstellen, weil sie kostengünstiger sind.

(Holger Astrup [SPD]: Das ist logisch!)

- Vielen Dank für die Bemerkung, Herr Astrup!

(Holger Astrup [SPD]: Das war Ironie!)

Es soll ja übrigens noch einige weitere Gleichgesinnte in der SPD-Fraktion geben.

Allerdings ist für mich nicht ganz nachvollziehbar, daß ein Problem bei der Realisierung darin bestehen könnte, daß es sich um einen Vorschlag der Opposition handelt,

(Ursula Röper [CDU]: Die übernehmen sie doch laufend!)

wird die SPD-Fraktionsvorsitzende doch nicht müde, immer wieder zu betonen, daß man im Interesse einer Sache auch gemeinsame Entscheidungen treffen müsse. Außerdem haben die Minister Steinbrück und Walter mehr als einen Oppositionsvorschlag in ihr vielbeachtetes Papier zur Zukunft Schleswig-Holsteins aufgenommen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Die Schlüsselfrage des 21. Jahrhunderts heißt Bildung. Diese Einsicht gewinnt zunehmend an Boden. Dazu bedarf es eines modernen, effizienten und bedarfsgerechten Bildungssystems, das gleichermaßen Basis- wie Spitzenqualifikationen vermittelt. Zur Steigerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit ist die Orientierung an internationalen Leistungsvergleichen erforderlich. Auf nationaler Ebene muß es ein länderübergreifendes Controlling-System geben, das die Vergleichbarkeit von Schulleistungen und Abschlüssen ermöglicht.

Wie die schleswig-holsteinischen Schülerinnen und Schüler in der Welt klarkommen, das hängt zu einem erheblichen Teil von den Schulen ab. Es ist die Pflicht jeder Regierung, daraus Konsequenzen zu ziehen und die Voraussetzungen für eine bestmögliche

(Angelika Volquartz)

che Schule zu schaffen. Tut sie dies nicht - der vorliegende Bericht ist dafür ein erschreckendes Indiz -, muß sie an ihre Pflicht erinnert werden. Das tun die Eltern mit ihrem Protest. Wir Parlamentarier sollten deutlich machen, daß dieser Protest der Eltern ernstgenommen wird.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Auf der Tribüne begrüße ich jetzt Besucher vom 5. Schnellbootgeschwader, Schnellboot S 59 „Reiher“ aus Kappeln, und Besucherinnen und Besucher vom Nordkolleg Rendsburg mit Fach- und Führungskräften aus der schwedischen Wirtschaft. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Schröder.

Sabine Schröder [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Volquartz, Schule und Unterricht sind ein sensibles Feld, deshalb halte ich es wirklich für unverantwortlich, wie Sie Eltern bewußt Fehlinformationen aussetzen und dadurch die Unterschriften zum Beispiel zur Eingangsphase provozieren. Diese Falschaussagen will ich jetzt nicht aufzählen; denn wir befinden uns bei einem anderen Thema.

(Holger Astrup [SPD]: Lohnt sich nicht! - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das macht sie immer so! - Beifall bei der SPD)

Der Bericht zur **Unterrichtsversorgung** belegt nicht die Katastrophe an unseren Schulen, die Sie hier an die Wand malen. Die Unterrichtssituation ist relativ stabil geblieben. Der Anstieg der Schülerzahlen um 3,9 % an den Grundschulen, um 3,1 % an Realschulen und um 1,2 % an Gymnasien konnte im wesentlichen in den vorhandenen Klassen aufgefangen werden, auch wenn es zum Beispiel 58 neue Klassen an den Grundschulen gibt.

Der Abbau der **Altersermäßigung** schlägt besonders bei den von Überalterung gekennzeichnete Altersstrukturen an den Gymnasien zu Buche und sichert damit die Unterrichtsversorgung. Der Platz 10 bei Grundschulen in der Versorgung mit Unterrichtsstunden pro Schüler, der Platz 14 bei den Hauptschulen, der Platz 15 bei den Schulen für Lernbehinderte - sie sind nicht ausgelassen - und der Platz 14 für die beruflichen Vollzeitschulen - ich wiederhole das wie im vorigen Jahr -

(Ursula Röper [CDU]: Alles blamabel!)

sind im Ländervergleich nach wie vor kritisch zu sehen.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Man muß aber auch feststellen, daß die Realschulen einen guten dritten Platz und die Gymnasien Platz sechs haben.

Allerdings haben wir im Vergleich zum hochgelobten Land Bayern kleinere Klassenfrequenzen. Dies soll nach meiner Meinung auch so bleiben.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD] - Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wollte man dies ändern zugunsten von mehr Unterricht pro Klasse - nicht pro Schüler; da sind wir mit Bayern vergleichbar -, wären kleine Schulen insbesondere im ländlichen Raum gefährdet.

Ich möchte nun einige über den Bericht hinausgehenden Empfehlungen zur Verbesserung der Situation geben, die aus meiner Sicht möglich sind. Ich habe meine Zweifel, ob die Synergieeffekte bei kreisübergreifender Schulentwicklung an den Berufsschulen im Teilzeitbereich ausreichend genutzt werden.

Ich meine dabei sehr wohl Möglichkeiten unter Berücksichtigung der ländlichen Räume, der angebotenen Ausbildungsplätze in den Betrieben und der schülerfreundlichen Verkehrswege. Klar wird im Bericht aber auch, daß der **Mangel an Ausbildungsplätzen** - auch wenn wir im Bundesvergleich durch die Aktion der Landesregierung recht gut dastehen - auf die Berufsschulen durchschlägt. Dies belegt der Anstieg bei den Zahlen der Schüler ohne Ausbildung, im ausbildungsvorbereitenden Jahr und bei ausbildungs- und berufsvorbereitenden Maßnahmen.

Kritisch überprüft werden sollte aus meiner Sicht auch die Notwendigkeit der umfangreichen **Differenzierungsmaßnahmen** - dies gilt auch für Gesamtschulen -; sie sind an Hauptschulen, Gesamtschulen und berufsbildenden Schulen mit 11 bis 12,8 % systembedingt am höchsten. Ich frage mich jedoch, ob die äußere Differenzierung in einzelnen Fällen zugunsten der Grundversorgung reduziert werden kann.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Richtig bleibt sicherlich, daß in Städten wie Kiel - hier haben wir 14,2 % Differenzierungen an den Hauptschulen -, zum Beispiel wegen der Problemsituation mit den Aussiedlerkindern, mehr Bedarf vorhanden ist als beispielsweise im Kreis Segeberg, wo wir 7,1 % haben.

(Sabine Schröder)

Frau Ministerin, wir begrüßen ausdrücklich, daß auch die Gesamtschulen Opfer bringen müssen, wenn auch nicht in dem Umfang, wie es die CDU fordert. Nach wie vor wird an den **Übergangsquoten** der weiterführenden Schulen die unterschiedliche schulartspezifische Situation im Lande deutlich, auch wenn die Vergleichbarkeit immer das Ziel bleiben muß. Ich zitiere nur die Übergänge in Stormarn und vergleiche sie mit denen in Nordfriesland: Hauptschulübergänge in Stormarn 10,3 %, in Nordfriesland 26,7 %, Realschulübergänge in Stormarn 28,5 %, in Nordfriesland 46,4 %, Übergänge zum Gymnasium in Stormarn 40,3 %, in Nordfriesland 28,8 %.

Jeder Fachmann, jede ernstzunehmende Fachfrau wird mir abnehmen, daß der Unterricht pro Schulart in den unterschiedlichen Regionen bei gegensätzlicher Schülerstruktur zu ganz unterschiedlichen Belastungen der Kolleginnen und Kollegen führt, so daß das Schulprogramm pro Schulart unterschiedlich sein muß, aber auch die Ausstattung zu differenzieren ist, um die Vergleichbarkeit - das sage ich bewußt - pro Schulart zu gewährleisten.

Der **Unterrichtsausfall** bedrückt die Eltern besonders stark. Bedenklich hoch ist er mit 7,6 % an den Förderschulen - ich nehme an, durch die vielen Überprüfungen nach der Ordnung für Sonderpädagogik -, aber auch an den Gesamtschulen mit 6 %. Die SPD-Fraktion begrüßt ausdrücklich die geplanten Maßnahmen der Landesregierung, nicht erteilten Unterricht nach Prüfungen, bei witterungsbedingten Ausfällen wie Hitzefrei oder Schneeverwehungen nacharbeiten zu lassen.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD] - Zuruf der Abgeordneten Ursula Röper [CDU])

- Das kommt noch, ich kneife nicht, wie Sie wissen. - Das hat auch der Landesrechnungshof angemahnt. Zudem sollten Stundengebermittel für Maßnahmen gegen den Unterrichtsausfall festgeschrieben werden.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Nach dem Schulgesetzentwurf haben die Schulen die Möglichkeit, im Rahmen der Eigenverantwortung **Honorarverträge** abzuschließen. Wollen Sie von der CDU auch das mit Ihrer Kampagne gegen diese Gesetzesänderung für mehr Eigenverantwortung verhindern?

Sorge macht mir allerdings, Frau Röper, die Frage nach der Glaubwürdigkeit im Rahmen des KLAUS-Konzeptes. Durch Straffung des Unterrichts werden 226 Stellen erbracht, 740 durch Streichung von Ermäßigungen, 500 Stellen durch Kürzung von Unterricht.

Das ist ein erheblicher Beitrag der Schulen zur Sicherung der Unterrichtsversorgung und damit zur Entlastung des Haushaltes.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Ich sage dies in Richtung auf die Kabinettskollegen der Bildungsministerin, aber auch andere Arbeitskreiskollegen.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD] und Ursula Kähler [SPD])

Nun sollen von den 622 zugesagten Stellen der Landesregierung - einschließlich der gestrichenen kw-Vermerke - 200 geschoben werden, die Arbeitszeitverlängerung soll nicht aufgehoben - das habe ich immer gesagt -, sondern um 0,4 % aufgestockt werden, einzuzahlen auf ein **Arbeitszeitkonto**. Gut für die Kinder ist, daß damit die Unterrichtsversorgung um rund 350 Stellen aufgestockt wird. Doch welcher Lehrer will mit über 50 Jahren noch Stunden aufstocken, und wann bekommt er sie zurück? Das frage ich mich; ich kenne das Konzept noch nicht. Ich beneide das Bildungsministerium nicht bei der Umsetzung nach dem Prinzip „Verhandeln statt Verordnen“. Zu bedenken gebe ich dabei, daß die Grund- und Hauptschullehrer die höchste Arbeitszeit bei geringster Bezahlung haben.

Einiges Positive ist herauszulesen bei den Initiativen des Bildungsministeriums: Schleswig-Holstein beteiligt sich am Modellversuch auf Bundesebene zur Sicherung von Qualität und Vergleichbarkeit von Unterricht, zur Selbstevaluation und Lehrerqualifikation als Ergebnis und Konsequenz aus der TIMSS-Studie. Das steht im übrigen wieder einmal im Widerspruch zu Ihrer Behauptung, Frau Volquartz, Rot-Grün wolle Leistung durch soziale Kompetenz ersetzen, wie die „Zeit“ vom 10. Juni berichtet. Wie immer verunsichern Sie die Menschen durch bewußte Fehlinformation.

(Beifall bei der SPD - Angelika Volquartz [CDU]: Es ist leider so!)

- Es ist nicht so.

Das Bildungsministerium fördert Projekte zur Prävention von Gewalt, auch mit der Polizei als „Prävention im Team“, hat 380 Lehrerinnen und Lehrer für das Fach Wirtschaft/Politik fortgebildet, gestaltet Lehrerfortbildung zum Schulgesetzentwurf und zur Schulentwicklungsplanung, auch wenn hier bedauerlicherweise über den Nachtragshaushalt gekürzt werden muß, initiiert die Kampagne „Schulen ans Netz“. Das Wirtschaftsministerium fördert Informations- und Telekommunikationstechniken. Häufig höre ich bei Schulbesuchen allerdings, daß die Technik

(Sabine Schröder)

nicht ausreichend gewartet wird. Vielleicht sollte man überlegen - obwohl Wartung und Ausstattung Sache des Schulträgers sind -, statt teurer Entlastungstunden der Lehrer dort Schulassistenten einzusetzen, die kostengünstiger sind.

(Ursula Röper [CDU]: Wer soll das denn bezahlen?)

Positiv will ich hervorheben, daß 80 Lehramtsanwärter zusätzlich an Hauptschulen eingesetzt werden, um die Berufswahlreife zu stärken, und 110 Praktikumsplätze für Schülerinnen und Schüler ohne Ausbildungsplatz geschaffen werden. Das ist eine richtige Konsequenz aus dem Hauptschulbericht. Ich frage mich allerdings, wo die Fortsetzung ist, wenn das ausläuft, und was wir dann machen.

Werben möchte ich für das Konzept des **Fördernetzwerkes**, nach dem Schule und Jugendarbeit verzahnt werden. Dies ist um so wichtiger, als die Schule gerade für Haupt- und Förderschüler ein Zuhause ist. Ressortdenken darf hier keine Rolle spielen. Ich mahne ein Konzept für Benachteiligte an. Für Schule und Jugendarbeit als vorbildliche Prävention sollten künftig folgende Akzente gesetzt werden: eine bessere Ausstattung von Grund-, Haupt- und Lernbehindertenschulen, langfristige Maßnahmen zur Berufsvorbereitung, griffige Maßnahmen gegen den Unterrichtsausfall, Vernetzung von Schule und Jugendarbeit, verlässliche langfristige Konzepte zur Unterrichtsversorgung.

Wir beantragen - sicher gemeinsam - Überweisung an den Bildungsausschuß zur gründlichen Diskussion.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Fröhlich.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte wie folgt zum Bericht zur Unterrichtsversorgung Stellung nehmen und werde zwischendurch auf das eingehen, was Frau Volquartz gesagt hat, aber zunächst gehe ich einmal so vor, wie ich mir es vorgestellt habe.

Nach allem, was uns die Bevölkerungsstatistik bislang voraussagt, können wir frühestens im Jahr 2003 damit rechnen, daß die Anzahl der Schülerinnen und Schüler wieder abnimmt. Die Frau Ministerin hat das schon in ihrer Rede gesagt. Allerdings betont der Bericht mehrfach, daß es der **Aktualisierung der Bevölkerungsprognosen** bedarf, um genauere Aussagen zu treffen. Ich schlage vor, daß wir uns dann auch darum kümmern, daß es eine solche Aktualisierung gibt. Eine

solche Aktualisierung brauchen wir nämlich, um politisch genau handeln zu können. In jedem Fall ist klar, daß wir über die Grenze der Legislaturperiode hinaus planen und denken müssen, um den Kindern unseres Landes eine gute schulische Bildung zu ermöglichen.

Bei allen Bemühungen um mehr Mittel aus dem Landeshaushalt werden wir vermutlich nicht umhinkönnen, den Lehrkräften zeitweise **zusätzliche Arbeitsleistungen** abzuverlangen.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Dann aber ist jetzt der Zeitpunkt, mit den Gewerkschaften und Verbänden über **Arbeitszeitkonten** zu verhandeln.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD] und Sabine Schröder [SPD])

Wir sind auf die Kooperationsbereitschaft der Lehrerinnen und Lehrer angewiesen. Schule ist mehr als Unterricht. Jede zusätzliche Unterrichtsstunde bedeutet für die einzelne Lehrkraft auch mehr Vor- und Nachbereitung. Jede größere Klasse bringt ein Mehr an Betreuungsaufgaben mit sich, um den einzelnen Kindern gerecht zu werden. Deshalb raten wir der Landesregierung dringend, über die Mehrarbeit offen zu verhandeln und sie nicht hoheitlich zu verordnen.

Der **Unterrichtsausfall** wird im Bericht mit durchschnittlich 4,9 % beziffert. Der Landesrechnungshof kommt hier zu höheren Werten, bis zu 8 % und in Einzelfällen noch mehr, da er einen längeren Überprüfungszeitraum zugrunde legt und auch den Unterrichtsausfall wegen Hitzeferien, Einschulung von Schulanfängern et cetera einbezieht.

Das Ministerium sollte erwägen, seine hauseigene Prüfung der Ausfallquoten selber auch über einen längeren Zeitraum durchzuführen, um auf diese Weise ein realistischeres Bild von der Situation im Lande zu bekommen.

(Ursula Röper [CDU]: Richtig!)

Hierfür tatsächlich nur fünf Tage zu verwenden, erscheint allerdings auch mir etwas zu kurz.

Die Initiative „Eltern gegen Unterrichtsausfall“ hat deutlich gemacht, daß es an einer Reihe von Schulen erhebliche Ausfälle gibt. Wir haben uns dafür stark gemacht, die Stundengebermittel von Haushaltskürzungen zu verschonen. Das ist uns gelungen. Zugleich ist es wichtig, daß die Mittel regional durch die

(Irene Fröhlich)

Schulämter verteilt werden, um schnell bei den betroffenen Schulen anzukommen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mittelfristig müssen wir zu Schulbudgets kommen, die es den Schulen ermöglichen, den Unterrichtsausfall zu vermeiden, indem sie unbürokratisch Vertretungen einstellen oder innerhalb des Kollegiums vergeben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Überhaupt ist alles, was die **Eigenverantwortung der Schule** stärkt, nach meiner Meinung dazu angetan, die Situation zu verbessern, auch in Zeiten wie diesen. Wir beklagen ja in vielen anderen Debatten immer wieder, daß die Verschuldung im Lande ungeahnte Ausmaße annimmt und die Aufgaben gleichwohl wachsen, aus welchem Grunde auch immer; das will ich an dieser Stelle gar nicht weiter beleuchten. Vor diesem Hintergrund brauchen wir also auf jeden Fall besondere Anstrengungen, um in diesen Zeiten gut über die Runden zu kommen. 5 Millionen Arbeitslose - ich sage das an dieser Stelle noch einmal - hinterlassen natürlich auch in diesem Bereich ihre Spuren.

Die **durchschnittlichen Klassenfrequenzen** sind im Vergleich zum Vorjahr minimal gestiegen. Bei dem Indikator Schüler pro Klasse liegt Schleswig-Holstein in allen Schularten höher als der Länderdurchschnitt, das heißt, die Klassen sind in Schleswig-Holstein kleiner als im Durchschnitt der Länder.

(Beifall bei der SPD)

Die einzelne Unterrichtsstunde wird dadurch, wie wir meinen, qualitativ besser. Uns ist es - im Unterschied zur CDU - lieber, die Klassen sind kleiner und man verzichtet auf eine Unterrichtsstunde, als daß die Klassen - wie zum Beispiel in Bayern - groß sind. Die Qualität des Unterrichts ist entscheidender als die Quantität. Große Klassen führen zwangsläufig zu Frontalunterricht nach altem Muster.

(Beifall bei der SPD)

Damit aber sind die Medien-Kids von heute zum Teil nicht mehr zu erreichen. Zudem bleiben die selbstlernenden Fähigkeiten der Kinder unberücksichtigt. Das wäre ein nicht vertretbarer pädagogischer Rückschritt.

Wir wollen, daß die Lehrkräfte die Möglichkeit haben, binnendifferenziert mit den Schülerinnen und Schülern zu arbeiten. Das geht in großen Klassen weder personell noch räumlich.

Der Bericht betont zu Recht, daß die schulische Leistung nicht auf abfragbares Wissen reduziert werden darf.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Die Methoden selbst und die Sozialkompetenz werden in den Lehrplänen den Lerngegenständen zugeordnet. Dies entspricht unserer Auffassung von Leistung, nämlich keine Reduktion auf intellektuelles Wissen. Die Kinder bestehen - wie wir nämlich auch; wann hätten wir das nicht schöner gemerkt als gestern abend bei der Eröffnung der Grönland-Ausstellung - nicht nur aus Kopf, sondern auch aus Herz, aus Bauch, aus Hand und Fuß und so weiter.

Das Unterrichtsfach „Wirtschaft/Politik“ wird für die Oberstufen ab 1998/99 verbindlich. Nach unserer Meinung ist das überfällig.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Bis dahin stehen genügend Lehrkräfte zur Verfügung. Das ist aus unserer Sicht besonders lobenswert, denn **politische Bildung** ist für unsere Demokratie von grundlegender Bedeutung.

Ich erspare mir an dieser Stelle weitere Ausführungen auf den zur Zeit besorgniserregenden Anstieg von rechtsextremistischem Gedankengut in unserer Gesellschaft.

Jetzt komme ich zu einigem, was die Frau Ministerin und Frau Volquartz gesagt haben, aber auch noch zu Einzelpunkten des Berichts.

Es ist angesprochen worden, daß eine bestimmte Anzahl - ich meine, mich zu erinnern, daß Sie die Zahl 1000 genannt haben; ich denke, das steht so auch in dem Bericht, obwohl ich die Zahl nicht genau im Kopf habe - **Dreiviertelverträge** für Lehrerinnen und Lehrer abgeschlossen worden sind. Wir finden das insofern okay; wir wünschen uns allerdings, daß es für diese Angestellten endlich auch Tarifverträge gibt. Das wäre eine Möglichkeit, vertrauensbildende und damit weiterhin qualitätssichernde Maßnahmen zu ergreifen.

Wenn Frau Volquartz immer so gern den Vorrang der **Gesamtschulen** in Schleswig-Holstein geradezu anprangert und uns damit wild macht, dann möchte ich dazu bemerken, daß es „die“ Eltern bei den Hunderttausenden von Eltern in Schleswig-Holstein wiederum auch nicht gibt. Es gibt solche und solche **Eltern**, und bei der Anhörung im Bildungsausschuß haben wir das sehr deutlich gemerkt. Da gab es Eltern von Grund-, Haupt- und Sonderschulen, die eine bestimmte Einstellung vertraten, und es gab Eltern

(Irene Fröhlich)

von Gesamtschulen, Gymnasien und Realschulen, die eine andere Stellungnahme abgaben. Es gibt darüber hinaus auch noch andere Menschen, die sich in diesem Zusammenhang noch gar nicht geäußert haben, die aber zum Beispiel die Aktion „Mündige Schule“ mit 36.000 Unterschriften unterstützen; auch sie stellen ein Stück weit Elternwillen und Elternmeinung in diesem Lande dar. Also, „die“ Eltern für sich zu vereinnahmen - das sollte jeder Fraktion hier verboten sein, auch der CDU.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Aber ich möchte ja nicht nur Stimmung machen, sondern ich möchte eben auch noch einmal Zahlen in die Diskussion werfen, damit wir uns darüber verständigen können, Frau Volquartz, denn immerhin haben wir hier ja ein Zahlenwerk zu bewerten. Da betrachte ich einmal die Relation Schülerinnen und Schüler je Lehrerin und Lehrer an öffentlichen, privaten, allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland. Wenn es nun so wäre, Frau Volquartz, daß die Gesamtschulen in Schleswig-Holstein dermaßen überproportional gestützt würden und dies ein solcher Skandal wäre, daß man damit landauf, landab und in jeder Rede im Landtag wiederkommen müßte,

(Angelika Volquartz [CDU]: Das hat der Landesrechnungshof festgestellt!)

dann müßte sich das doch auch hier in der Rangfolge niederschlagen. Das sehe ich aber nicht. Da steht Schleswig-Holstein nämlich in der bundesrepublikanischen Rangfolge auf Platz sieben, in der fünften bis zehnten Klassenstufe genauso wie in den Jahrgängen 11 bis 13. Das Gymnasium aber steht in denselben Jahrgängen auf Platz drei und Platz zwei, was Schleswig-Holstein betrifft.

Also, ganz so dramatisch kann das nicht sein, Frau Volquartz, und angesichts dieser Zahlen bitte ich dann doch darum, hier nicht immer so die ganz große Dramatikerin herauszukehren. Ein Drama, das nie beendet wird, ist so etwas von langweilig! - Ich danke Ihnen aber trotzdem für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Bildung hat eben etwas mit Bildung zu tun!)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Klug.

Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Berichtszeitraum hatten die allgemein- und die berufsbildenden Schulen insgesamt 8.000 Schüler mehr mit Unterricht zu versorgen als im vorigen Schuljahr. Frau Böhrk hat beispielsweise vorhin in ihrer Rede auf den Grundschulbereich verwiesen und die Zahl von zusätzlich 4.600 Schülern genannt. Im Hinblick auf diese Diskrepanz möchte ich Sie doch bitten, Frau Böhrk, die Zahl, die Sie uns in dem Bericht genannt haben, noch einmal zu überprüfen. Sie haben uns in dem vorgelegten Bericht - es handelt sich um die Tabelle 1.1 - eine Schülerstatistik und die Entwicklungsprognose der Schülerzahlen für die kommenden Jahre vorgelegt. Daraus geht für den Grundschulbereich hervor, daß wir im Vorjahr rund 122.000 Schüler an den Grundschulen hatten, im Schuljahr 1998/99 aber - also in dem neuen Schuljahr nach den Sommerferien - 123.000 Schüler haben werden. Das ist ein Anstieg von 1000 Schülern in diesem Jahr. Ich denke, wir müssen einfach Klarheit darüber haben, ob die Zahlen, die in der vorliegenden Prognose enthalten sind, unter Umständen korrekturbedürftig sind.

Nach den diesjährigen Sommerferien - jedenfalls ist dies die Aussage des vorliegenden Berichts - werden die **Schülerzahlen** noch einmal erheblich wachsen: 6.500 zusätzliche Schülerinnen und Schüler an den allgemeinbildenden Schulen und - das ist als Entwicklung neu - auch ein vermehrter Anstieg der Schülerzahlen an den berufsbildenden Schulen, der jetzt einsetzen wird, nämlich 2.500 junge Leute mehr an den berufsbildenden Schulen im nächsten Schuljahr.

Gleichzeitig kündigt die Ministerpräsidentin dieses Landes auch für die Schulen eine „Blutspur des Sparens“ an; so war es vor wenigen Tagen in der Presse zu lesen.

Als Oskar Lafontaine Anfang Dezember des vergangenen Jahres auf dem SPD-Bundesparteitag - ich glaube, er fand in Hannover statt, und zwar aus bekannten Gründen - in seiner Rede ausführte - ja ausrief, mit großer Emotion -, Sparen dürfe doch nicht beim Hirn anfangen - ich erinnere mich noch gut an das Fernsehbild -, da saß Frau Simonis am SPD-Vorstandstisch hinter ihm und spendete eifrig Applaus. Jetzt spricht sie selbst davon, daß an den Schulen eine „Blutspur des Sparens“ zu sehen sein werde,

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Schon wieder! Das langweilt!)

und die Landesregierung stellt in Aussicht, selbst den bescheidenen Beitrag von 100 zusätzlichen **Lehrer-**

(Dr. Ekkehard Klug)

stellen, den Sie in der Koalition verabredet hatten, für das nächste Jahr zur Disposition zu stellen. Das ist die politische Realität in Schleswig-Holstein, einmal ganz zu schweigen davon, daß Sie unseren Weg nicht mitgehen wollen, nämlich Ihre kostspielige **Entbeamtungspolitik** aufzugeben und die zusätzlichen Stellen damit möglich zu machen.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das weicht die Sozialkassen noch weiter auf!)

Wir haben unendlich oft darüber diskutiert, und ich habe Ihnen die Zusammenhänge auch schon mehrfach erklärt, Frau Kollegin, und gesagt, wie man das finanzieren kann.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das glaube ich genausowenig, wie ich an Kaffeesatzleserei glaube!)

Wir haben entsprechende Anträge vorgelegt; 625 zusätzliche Stellen hätten wir in diesem Haushaltsjahr mit dem laufenden Personaletat finanzieren können. Es gibt ja einzelne vernünftige Leute in den Reihen der Regierungsfractionen wie Jürgen Weber, die inzwischen in diesem Punkte auch umdenken; das konnte man in jüngster Zeit nachlesen.

Aber bislang verweigern Sie diesen Weg aus ideologischer Verbohrtheit

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein, aus Verantwortung!)

und wohl auch aus Prestige Gründen, weil ein Kurswechsel das Eingeständnis, daß man einen falschen Weg beschritten hat, und für Frau Simonis vielleicht wohl doch zu peinlich wäre.

Über 67 Millionen DM kostet die Entbeamtungspolitik jetzt inzwischen pro Jahr, ohne daß die Schulen eine einzige zusätzliche Unterrichtsstunde erhalten. Ja, schlimmer noch, die Mehrarbeit - nachdem nun durch die Kürzung von Ausgleichsstunden durch das KLAUS-Programm Mehrarbeit entstanden ist -, die Sie nun zusätzlich angekündigt haben, können Sie nur von den beamteten Lehrkräften, das heißt von den älteren Lehrern, einfordern. Die jungen Lehrkräfte, die als Angestellte eingestellt sind, haben eine tariflich festgelegte Arbeitszeit. Und wenn man nun überlegt, daß rund 2.200 angestellte Lehrer, wenn sie denn Beamte wären, eine entsprechende Mehrarbeit zu leisten hätten, dann hätten Sie bei einer Aufgabe Ihrer Entbeamtungspolitik allein schon durch das Faktum, daß diese Beamten Mehrarbeit leisten müßten, eine zusätzliche Unterrichtskapazität im Gegenwert von etwa 80 bis 90 Lehrerstellen. Das ist ganz leicht nachzu-

rechnen. Das sind die Lehrerstellen, die Ihre Regierung jetzt zur Disposition stellt.

(Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich will Ihnen lediglich noch einmal die Fakten und Zusammenhänge vor Augen führen, Frau Kollegin Fröhlich.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das hat die Qualität von Kaffeesatzlesen!)

Vielleicht führt ja die Wiederholung dann doch dazu, daß sich die Stimmen in der SPD mehren, die eine Umkehr befürworten im Interesse der Kinder in unserem Lande. Wir hielten das für sehr wünschenswert.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Tatsache ist, daß sich die **Unterrichtsversorgung** in Schleswig-Holstein fortlaufend verschlechtert, aber die Durchschnittszahlen, die der Bericht widerspiegelt, die Schulwirklichkeit verdecken. Völlig ausgeblendet ist beispielsweise die Tatsache, daß Sie, meine Damen und Herren, im Rahmen Ihres KLAUS-Programms das Unterrichtspensum um 2 % kürzen.

(Ursula Röper [CDU]: Richtig!)

Und was sozusagen in Zukunft nicht mehr sein soll, das kann natürlich auch nicht als Fehl in der Statistik weiterhin auftauchen.

(Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

So einfach ist das nun einmal, Frau Kollegin. Sie müssen das noch hinzurechnen.

(Ursula Röper [CDU]: Richtig!)

Darüber hinaus haben wir auch keine klare statistische Erhebung in bezug auf den **Unterrichtsausfall**. Das haben wir hier schon wiederholt diskutiert.

Und so mehren sich die Stimmen auch in der Presse. Ich habe nicht alles mitbringen können, aber das eine oder andere will ich Ihnen doch nicht vorenthalten. Die Carl-Orff-Grundschule in Bargtheide will ich nennen. Von dort schildert die Schulleiterinbeiratsvorsitzende folgende Entwicklung: Man hätte im neuen Schuljahr ab 1. August 1998 nach dem alten Personalbemessungsverfahren eine Berechnung von 0,9 Lehrerwochenstunden je Schüler gehabt und in Zukunft werde man bei 12 Grundstunden unter Berechnung von 0,3 Stunden je Schüler unter dem Strich für diese Grundschule einen Verlust von fünf Lehrerwochenstunden haben.

(Ministerin Gisela Böhrk: Nein!)

(Dr. Ekkehard Klug)

- Das sagt die Schulelternbeiratsvorsitzende. Frau Ministerin, wir können uns gern im Ausschuß über diesen Sachverhalt unterhalten, und ich bin gern bereit, das auch mit den Elternvertretern dieser Schule zu besprechen.

Ich habe in meinen Unterlagen auch Eingaben, die beispielsweise von Schulelternbeiratsvorsitzenden und Eltern an den Landtag gerichtet sind. Davon ein Beispiel: Aus der Grund- und Hauptschule Berkenthin im Landkreis Herzogtum Lauenburg berichtet eine Mutter, daß der Physikunterricht ihres Sohnes in der 7. Klasse vollständig ausgefallen ist. In der 8. Klasse, im letzten Schuljahr, ist statt zwei Stunden Physikunterricht nur eine Stunde erteilt worden.

(Zurufe von der CDU: Hört, hört!)

In der 9. Klasse, in der der Sohn jetzt im laufenden Schuljahr unterrichtet wird, findet überhaupt kein Physikunterricht statt. So schreibt diese Mutter.

Die Schulelternbeiratsvorsitzende schreibt, daß es Unterrichtsausfall außer im Fach Physik auch in den Fächern Chemie, Werken, Musik, Religion und Kunst gebe, und sie verweist dann sehr zu Recht darauf, daß solche Unterrichtsdefizite gerade bei den Hauptschülern doch Auswirkungen auf deren Zukunftschancen haben müssen, und zwar insbesondere im Zeichen der Schwierigkeiten, die die Hauptschülerinnen und Hauptschüler auf dem Ausbildungsplatzmarkt haben, wenn sie die Schule verlassen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Angelika Volquartz [CDU]: Das wird einfach ignoriert!)

Sie klagen über die schwindende **Ausbildungsreife**. Wir haben darüber vor Monaten hier im Hohen Hause schon diskutiert. Das ist doch nicht alles nur von uns aus den Fingern gesogen, sondern das ist die Realität. Das sagt die Wirtschaft, und das hat die Ministerpräsidentin hier in einer sehr bedenkenswerten Rede durchaus auch als Sachverhalt anerkannt und als Problem benannt, mit dem man sich politisch auseinandersetzen müsse.

(Ursula Röper [CDU]: Aber passiert ist nichts!)

Aber die Schulsituation - ich habe die Einzelfälle beschrieben - ist eher gegenläufig. Es gibt keine Verbesserungen, sondern die Situation verschlechtert sich.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Wir haben doch mittelfristig einen enorm steigenden **Unterrichtsbedarf**. An den allgemeinbildenden Schulen - das noch einmal zu Ihnen, Frau Fröhlich, da haben Sie recht - wird der Gipfel der Schülerzahlen im Jahre 2003/2004 erreicht werden. Bis dahin ist ein

Anstieg auf 330.000 Schüler im allgemeinbildenden Sektor zu erwarten; das sind 28.000 mehr, als wir heute in den Schulen haben.

(Zurufe von der SPD)

Parallel dazu gibt es heute noch eine sehr viel dramatischere Entwicklung an den berufsbildenden Schulen. Und davon haben Sie nicht gesprochen, Frau Fröhlich. Der Schülerberg ist ja von der Alterszusammensetzung her durch das ganze Schulsystem hindurch zu betrachten, und das ist die Erklärung für diese Zahlen.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Deshalb habe ich auch von mehr als nur einer Legislaturperiode gesprochen!)

Wir haben heute an den berufsbildenden Schulen Schleswig-Holsteins rund 80.000 Schüler - hören Sie bitte zu und lassen Sie sich das noch einmal sagen -, und es werden, wenn der Höhepunkt im Jahre 2007/2008 erreicht ist, nach dem vorliegenden Bericht 105.000 Schüler sein. Das ist ein Zuwachs um 25.000 bis dahin oder 31 % mehr als heute. Das ist also fast ein Drittel mehr als heute. Das ist eine Entwicklung, die zu einer dramatischen Verschlechterung der Schulen gerade im berufsbildenden Bereich in den nächsten Jahren führen wird, wenn man das nicht durch eine entsprechend gute Lehrerausstattung auffängt.

Ich nehme noch einmal das Stichwort „Ausbildungsplatzsituation“ auf. Das kann nicht ohne wirklich dramatische Konsequenzen für die Chancen der betroffenen Jugendlichen sein.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen werden zunehmend erkennen müssen, - -

(Martin Kayenburg [CDU]: Wo sind die denn? Da ist doch keiner da! Gucken Sie doch mal ins Plenum!)

- Ja, es ist traurig, daß alle rausrennen, wenn zu diesem Thema gesprochen wird. Ich gebe zu, es sind Wiederholungen dabei, und es mag Sie nerven, daß wir das immer wieder ansprechen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Die sind nicht lernfähig! Da nützt auch die Wiederholung nichts! - Glocke des Präsidenten)

Aber Sie müssen das hören. Daß Ihnen politisch der Boden unter den Füßen buchstäblich wegbricht, das erkennen Sie daran, daß sich immer mehr Elternverbände im Lande bilden und ihren Protest artikulieren.

(Dr. Ekkehard Klug)

Ich warne Sie vor einer Haltung, die darin besteht, es seien alles irgendeine finsternen Machenschaften der Opposition. Ich sage Ihnen folgendes: Ich weiß aus den Gesprächen, daß es vielfach besorgte Eltern aus dem Lande sind, die, was ihr früheres Wahlverhalten angeht, eher Ihrem politischen Spektrum zuzurechnen sind und die jetzt die Realitäten an den Schulen sehen und sagen, mit dieser rot-grünen Bildungspolitik kann es nicht so weitergehen.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das sehen wir dann, wenn es soweit ist!)

Und dies, meine Damen und Herren, ist genau auch das Credo meiner Fraktion.

(Beifall bei der F.D.P. und der Abgeordneten Angelika Volquartz [CDU])

Die F.D.P. wird nicht lockerlassen und weiter dafür kämpfen, daß Bildung, Schule und Wissenschaft als Zukunftsthema Nummer eins in diesem Land wieder einen höheren Stellenwert bekommen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der diesjährige Bericht über die Unterrichtssituation erscheint zu einem Zeitpunkt, in dem die Protestwellen hochschlagen. Die geplanten Änderungen des Schulgesetzes haben das Blut in Wallung gebracht. Die Eltern schließen sich zu Interessengruppen zusammen und formieren sich gegen diesen Gesetzentwurf, der von mehreren Seiten als reine Einsparmaßnahme abgetan wird. Die tatsächliche Sorge der meisten Eltern gilt jedoch allein dem Ausfall von Unterrichtsstunden.

Ich habe jetzt keine Lust, mich den Marktschreibern anzuschließen, die den Untergang des Abendlandes einläuten.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD] - Ursula Röper [CDU]: Wer sind denn die Marktschreier?)

Denn es bringt ja nichts, liebe Kolleginnen und Kollegen, sich gegenseitig die Schuld am Zustand der Bildungsunterversorgung unserer Kinder in die Schuhe zu schieben.

Wenn man sich immer wieder darauf beschränkt, die jeweils anderen für die Misere verantwortlich zu machen, kann das Lob allenfalls lauten: Gut gebrüllt,

Löwe! Am Ende sind dann die Löwen heiser geworden, geändert haben sie aber nichts.

(Ursula Röper [CDU]: Das verantwortet doch das Bildungsministerium!)

Darum - meine ich - ist es Zeit für eine ehrliche Bestandsaufnahme. Der SSW hat sich in der Vergangenheit sehr weit aus dem Fenster gelehnt. Trotz vieler Proteste haben wir die Maßnahmen mitgetragen, von denen nicht zuletzt auch die Schulen der dänischen Minderheit berührt waren.

Der SSW hat das Konzept zur langfristigen Unterrichtsversorgung unterstützt. Wir haben uns davon die Eindämmung des **Unterrichtsausfalls** versprochen, und wir haben uns dafür ausgesprochen, die Lehrer künftig im Angestelltenverhältnis zu beschäftigen. Davon haben wir uns mehr Unterricht für die Schülerinnen und Schüler versprochen.

(Ursula Röper [CDU]: Das war ein Irrtum!)

Und wir haben uns versprochen, daß schneller und flexibler auf die Entwicklung der Schule eingegangen werden kann. Wir haben dem Haushaltsbegleitgesetz zugestimmt, obwohl die Schulen in freier Trägerschaft dadurch finanziell benachteiligt worden sind.

Dies haben wir aufgrund eines zustande gekommenen Kompromisses getan, der in finanzieller Hinsicht zu einer Planungssicherheit dieser Schulen für drei Jahre führt.

Beweggrund war für uns immer, eine glaubwürdige Politik betreiben zu wollen. Das tut nicht, wer sich jetzt aufs Jammern begrenzt und nicht den Willen aufbringt, auch unliebsame Veränderungen in Gang zu setzen.

Allerdings ist für uns - auch das muß ich sagen - die Grenze dessen erreicht, was wir noch vertreten können. Sollte die Landesregierung die Schaffung der **100 zusätzlichen Lehrerplanstellen**, die sie für das Jahr 1999 versprochen hat, tatsächlich aussetzen, dann sage ich schon heute: Das können und werden wir nicht mitmachen.

Es dient der Sache nicht, sich aufs Schimpfen zu beschränken; das habe ich jetzt gerade auch nicht getan. Fest steht - daran kommt niemand vorbei -, daß die **Schülerzahlen** weiter ansteigen werden. Das belegt auch der Bericht. Darin wird festgestellt, daß eine Neuerstellung der Schülervorausberechnungen dringend erforderlich ist. Ob nun die Bevölkerungsprognose aktualisiert wird oder nicht: Als gesichert muß gelten, daß ein Anstieg der Zahl der Schülerinnen und Schüler zu erwarten ist. Es geht also lediglich um das genaue Ausmaß dieser Zunahme. In die-

(Anke Spoorendonk)

ser Situation wäre es sträflich, auf die Neueinstellung von Lehrerinnen und Lehrern zu verzichten.

(Beifall bei der F.D.P.)

Doch fest steht: Wir haben kein Geld. Die Tatsache, daß Kollege Weber unlängst vorgeschlagen hat, Lehrerinnen und Lehrer wieder zu verbeamten, unterstreicht, in welcher schwieriger finanziellen Verfassung sich unser Land zur Zeit befindet. Es hat keinen Sinn, die Augen davor zu verschließen.

Bevor aber unsere Konsequenz lautet, alles zu belassen, wie es ist, sollte genau untersucht werden, was möglich ist, um die vorhandenen Mittel optimal einzusetzen. Wir brauchen eine effektivere Nutzung der Mittel, die die Einstellung von Lehrkräften ermöglicht, damit die kommenden Schülergenerationen zufriedenstellend versorgt werden können.

Statt damit zu beginnen, die Etats der Ministerien gegeneinander auszuspielen, sollten ernsthafte Überlegungen darüber angestellt werden, wie der **Bildungsbereich** optimiert werden kann, so daß gleichzeitig neue Investitionen möglich werden.

Im Bericht fällt auf, daß sich die Schülerzahl an Gesamtschulen um ganze 6 % erhöht hat. Ich habe schon einmal gesagt, daß Gesamtschulen offensichtlich dort auf eine gute Akzeptanz stoßen, wo es sie gibt. Wenn wir unter diesem Aspekt allerdings wieder damit beginnen, uns gegenseitig unsere verschiedenen Bildungsideale vorzuhalten, dann gelangen wir zwangsläufig in eine Sackgasse. Es muß erlaubt sein, darauf hinzuweisen - ich weiß, auch hier wiederhole ich mich -, daß das Aufrechterhalten von fünf unterschiedlichen Schularten in der Sekundarstufe I ein großer Luxus ist.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Von der fünften bis zur zehnten Klasse, also sechs Jahre lang, werden fünf unterschiedliche Schularten nebeneinander betrieben. Wir meinen, daß niemand umhinkommt, an diesem Punkt anzusetzen, wenn eine Optimierung erreicht werden soll.

Angesichts des schlechten Landeshaushalts können wir uns nicht weiter darauf reduzieren, uns gegenseitig auszubremsten. Wenn wir eine verantwortliche Politik machen wollen, kommen wir nicht umhin, mit Tabus zu brechen. Zumindest schulden wir der jetzigen und der künftigen Generation von Schülerinnen und Schülern zu untersuchen, in welcher Höhe Mittel frei werden würden, wenn auf das gegliederte Schulwesen verzichtet würde.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Der SSW vertritt die Auffassung, daß die **ungeteilte Schule** die Schule von morgen sein wird. Wer über den eigenen Tellerrand blickt und andere Länder betrachtet - ich sage ausdrücklich: andere Länder -, stellt fest, daß Deutschland mit seinem gegliederten Schulwesen allmählich recht einsam und verlassen dasteht. Die Qualitätsvergleiche, die so gern angeführt werden, um zu beweisen, wie schlecht es um unsere Bildung steht, belegen das. In vielen Ländern ist die Gesamtschule - oder wie auch immer sie genannt wird - die einzige Schulform, die es gibt. Viele dieser Länder schneiden im Vergleich mit uns wesentlich besser ab. Ich betone das, weil offenbar unbegründete und irrationale Ängste dieser Schulform gegenüber bestehen.

(Ursula Röper [CDU]: Es kommt auf die wissenschaftlichen Auswertungen an!)

Es gilt, die Vorurteile abzubauen.

Übrigens handelt es sich bei der Kurt-Tucholsky-Schule, die gestern den Wettbewerb „Jahrhundert-Story“ gewonnen hat, um eine Gesamtschule.

(Ursula Röper [CDU]: Aber um eine kooperative Gesamtschule!)

Zwar hinken wir aufgrund unseres gegliederten Schulwesens anderen Ländern hinterher. Deutschland hat sich seit den Anfängen der Bundesrepublik durch Unbeweglichkeit in dieser Frage gerühmt. Eine umfassende Bildungsreform ist nicht gelungen. Dennoch mag es nach wie vor zu früh sein, die heilige Kuh des gegliederten Schulwesens zu schlachten. Vielleicht geht es uns noch nicht schlecht genug, um endlich die überfällige Modernisierung des Bildungssystems anzugehen. Die ersten Schritte sind in Schleswig-Holstein längst gemacht. Daran knüpft der zur Zeit diskutierte Schulgesetzentwurf ja auch an, mit dem erreicht werden soll, daß Gesamtschulen nicht lediglich an zentrale Orte gebunden sein sollen.

Der SSW möchte nicht dazu beitragen, daß eine ehrliche Bestandsaufnahme unterbleibt, noch bevor sie begonnen wurde. Deshalb schlagen wir vor, in einem ersten Schritt zu untersuchen, in welcher Höhe Mittel frei werden würden, wenn die **Orientierungsstufe** nicht gegliedert, sondern für alle Schüler gemeinsam durchgeführt werden würde. Das wäre doch schon einmal ein erster Schritt, und dadurch käme man zu Zahlen.

Man muß sich in dem Bericht einmal die Quote der Anmeldungen zu weiterführenden Schulen ansehen. Wenn man sich dabei das Verhältnis zwischen Empfehlung und Anmeldung anguckt, fällt auf, daß diese beiden Zahlen gerade bei der Hauptschule auseinanderklaffen. Für das Schuljahr 1997/98 betragen die

(Anke Spoorendonk)

Empfehlungen für die Hauptschule 34 %. Die Anmeldungen betragen aber 20,8 %, also knapp 21 %. Dies verstehe ich sehr gut, weil Eltern ja wünschen, daß ihre Kinder eine Schulart besuchen, die einen zukunftsweisenden Beruf möglich macht. Das belegen auch die Zahlen für das Gymnasium. Denn dafür betragen die Empfehlungen knapp 26 %, während die konkreten Anmeldungen 32,6 % betragen. Die Eltern wollen diese Schulart eben für ihre Kinder. Nach meiner Meinung haben wir in diesen Zahlen einen Beleg dafür, daß wir in Sachen Bildungsreform endlich weiterkommen müssen.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Der Kollege Klug sprach vorhin das Problem mit den berufsbildenden Schulen an. Hier liegt nach meiner Meinung ein ganz wesentlicher Punkt. Ich denke, daß wir den im Ausschuß vertiefen werden.

Wir sollten jetzt endlich damit beginnen, nach tragfähigen Antworten zu suchen, bevor wir an lautem Gebrüll ersticken und am Ende gar nichts verändert haben.

Letzte Bemerkung! Der Bericht zur Unterrichtsversorgung gehört zu den sich jährlich wiederholenden Ritualen in der Arbeit des Landtages. Rituale können sich leicht verselbständigen, wenn sie nicht hinterfragt werden. Ich möchte gerade vor dem Hintergrund der Schulgesetzänderung, zu der wir vom SSW stehen, zu bedenken geben: Eine Schulgesetzgebung, die den Schulen mehr Autonomie und mehr Luft zum Atmen geben will, muß sich die Frage stellen lassen, ob diese Art von Berichterstattung eigentlich noch richtig ist. Ist diese Berichterstattung eigentlich zweckmäßig und zeitgemäß? Auch diese Frage sollte im Ausschuß debattiert werden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich jetzt zunächst der Frau Abgeordneten Volquartz das Wort.

(Präsident Heinz-Werner Arens übernimmt den Vorsitz)

Angelika Volquartz [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es muß noch einmal mit Nachdruck etwas zurückgewiesen werden. Frau Schröder, Sie haben hier wieder einmal die Äußerung gemacht, ich habe die Eltern falsch informiert. Das ist eine Dreistigkeit. Sie stehen mit dem

Rücken an der Wand. Dreistigkeit ersetzt keine Wahrheit. Wir haben nur an den Wahrheiten orientiert unterrichtet. Nehmen Sie das endlich einmal zur Kenntnis!

(Beifall bei der CDU)

Das zweite! Im Interesse der Eltern wiederhole ich hier in diesem Raum zum dritten Mal - an Frau Fröhlich gerichtet -: Die Eltern lassen sich nicht von einer Partei instrumentalisieren. Die Eltern können denken.

(Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Unterstellen Sie den Eltern nicht immer wieder, daß sie dumm wären und sich instrumentalisieren ließen!

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist Unsinn!)

Die lassen sich nicht instrumentalisieren.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Eben!)

Dann ein letztes, Frau Fröhlich!

(Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

In den Hauptschulen haben die Klassen durchschnittlich 25 Stunden Unterricht pro Woche in den Klassenstufen sieben bis neun; gut ein halbes Jahr weniger. Die Gesamtschulkinder haben fast 40 Stunden Unterricht pro Woche.

(Glocke des Präsidenten)

Wenn Sie das als gerecht empfinden, dann sind Sie fehl am Platze.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das entscheiden zum Glück andere und nicht Sie!)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Dann erteile ich nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung Herrn Abgeordneten Dr. Rossmann das Wort.

Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Spoorendonk hat die Frage aufgeworfen, ob solche Berichte zweckmäßig seien. Ich will sie in dreierlei Richtungen für zweckmäßig erklären. Das erste: Sie geben ja dem Parlament dann, wenn wir in Zukunft in ein Berichtswesen hineinkommen wollen, bei dem wir ausdrücklich sagen, daß nicht nur die Regierung, sondern auch Schulen selber zusätzliche Gestaltungsspielräume haben, die einzige Möglich-

(Dr. Ernst Dieter Rossmann)

keit, zumindest von diesem Platz aus korrigierend mit einzugreifen.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir wollen der Ministerin ausdrücklich mit auf den Weg geben und das noch einmal bekräftigen - wenn Frau Schröder das vorhin auch schon sehr differenziert gemacht hat -: Die Nachjustierung in bezug auf **Gesamtschulen** und ihre Ausstattung, bei der jetzt Korrekturen mit Teilen gemacht werden sollen, und wenn wir im dritten Jahr erkennen, daß in bezug auf die Versorgung von **Grund- und Hauptschulen** nicht einmal die untere Bandbreite von lehrplanmäßiger Unterrichtsversorgung mit erfüllt wird, muß im vierten Jahr zu Änderungen führen.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD], Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.])

Wir sagen das noch einmal ausdrücklich; denn das ist das Ergebnis von Feinanalyse solcher Berichte. Das sagen wir jenseits jeder Häme, weil wir wissen, wie schwierig auch solche Steuerungsprozesse sind.

Wir sagen im Gegenteil der Ministerin noch einmal: Bei dem, was sie gesteuert hat, wäre es ja gut gewesen, das ganze Parlament hätte es mitgetragen.

Frau Volquartz, Frau Röper, all die anderen! Ich erinnere mich noch an viele Diskussionen in bezug auf die sogenannte OVO, die Oberstufenverordnung, in denen Sie mit auf einer ganz anderen Seite standen und verdammt massiv Stellung dagegen bezogen haben, daß die Regierung in bezug auf die Korrektur der Oberstufenverordnung für den elften Jahrgang mit dafür gesorgt hat, daß dort 100 Stellen aus dem gymnasialen Bereich für die Versorgung im Grund- und Hauptschulbereich gewonnen werden konnten.

(Beifall der Abgeordneten Ute Erdsiek-Rave [SPD] und Sabine Schröder [SPD])

Wir haben unseren Kopf dafür hingehalten, und Sie saßen hinterm Busch und haben das im Gegenteil noch angeheizt, daß das doch nicht ginge und so weiter.

Ich möchte nur dafür werben, daß wir gemeinsam an der Stelle nicht billigen Populismus einfangen,

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

sondern daß wir uns zu dem bekennen, was wir korrigieren müssen.

Ich warne Sie ausdrücklich davor zu sagen, kein KLAUS, keine **Arbeitszeitverlängerung**, keine zusätzliche Belastung,

(Zuruf der Abgeordneten Ursula Röper [CDU])

wenn Ihre eigenen Fraktionsvorsitzenden sagen, alle Beamten sollen 40 Stunden arbeiten. Was ist das denn anderes als eine Arbeitszeitbelastung ohne eine Möglichkeit zur Korrektur!

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Genau! - Angelika Volquartz [CDU]: Wir haben das gefordert! Wir haben das in unserem Alternativkonzept gehabt!)

- Dann möchte ich Sie nur bitten, das auch genauso laut und deutlich und überhaupt überall zu sagen,

(Angelika Volquartz [CDU]: Das haben wir an alle Schulen geschickt! - Zuruf der Abgeordneten Ursula Röper [CDU])

weil man an den Schulen und bei den Lehrerkollegien und dort, wo Sie durch die Lande ziehen, erlebt, daß Sie das dort in der Form nicht sagen.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter Rossmann, ich möchte im Hohen Haus noch einen geordneten Beratungsablauf haben. Deswegen, Frau Abgeordnete Volquartz, melden Sie sich zu Wort, wenn Sie etwas wollen! - Zwischenfrage?

(Angelika Volquartz [CDU]: Ja!)

- Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Volquartz?

Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]:

Ich habe mich ordnungsgemäß zu Wort gemeldet, und ich möchte jetzt eigentlich meinen Beitrag ordentlich zu Ende bringen.

Ich möchte deshalb der Opposition als nächstes sagen, daß wir ja in eine Debatte hineinkommen - Sie wissen ja auch, daß die durchaus streitig geführt wird, wie das nicht anders sein kann -, wie wir eine planmäßige Verjüngung von Lehrerkollegien beibehalten können. Aber dann erkennen Sie bitte an, daß seit 1988 - ausweislich der Regierungsberichte - über 800 **zusätzliche Planstellen** für den Schulbereich geschaffen worden sind, daß wir einen Anstieg des Anteils an jungen Kollegen in den Schulgremien - das gilt auch für den letzten Verlaufszeitraum - von 450

(**Dr. Ernst Dieter Rossmann**)

auf 570 haben und daß wir uns gemeinsam anstrengen müssen, das kontinuierlich beizubehalten.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluß!

Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]:

Ob das dann ausschließlich über die Linie Entbeamtung sein kann oder ob man dort zu Mischformen findet, weil es auch gute Gründe dafür gibt, einen Teil Angestellte zu haben, das ist dann etwas - so finde ich -, was wir auch im Ausschuß diskutieren sollten.

Herr Präsident, Sie erlauben mir, daß ich noch einen Schlußsatz anfüge: Ich finde den Hinweis des Kollegen Klug ausgesprochen richtig, zu sagen, es darf sich nicht in den Köpfen festsetzen, daß 2003 der „Schülerberg“ überschritten sein wird; denn in bezug auf berufsbildende Schulen beginnt er dann.

Ich möchte fragen: Ist eigentlich die Regierung, ist das Parlament darauf eingestellt, daß in den folgenden zehn Jahren - bis zum Jahre 2008 - auch 15.000 **zusätzliche Lehrstellen** für Schleswig-Holstein gewonnen werden müssen - 15.000 zusätzliche Lehrstellen?

Jetzt müssen wir uns ja in jedem Jahr darüber freuen, wenn es 300 mehr werden. Das ist das eigentlich Bristante an diesem Bericht.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluß!

Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]:

Ich bedanke mich für das Zuhören. Es wird einen guten Verlauf nehmen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Frau Ministerin Böhrk.

Gisela Böhrk, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Bitte schenken Sie mir noch einen kleinen Moment Ihrer Aufmerksamkeit, und interpretieren Sie einmal meine abschließenden Worte nicht als Ausnutzung der Tatsache, daß es vorhin, als ich den Bericht gegeben haben, über weite Strecken mehr ein Privatissimum als eine

Landtagsdebatte war! Ich will damit jetzt allerdings nicht ausdrücken, daß nun mehr anwesend sind.

Gleichwohl gestatten Sie mir drei Punkte: Bildungsbereich optimieren! - Gut gesagt. Als wir das konkret gemacht haben - Stichwort OVO -, hatten wir den Widerspruch. Deswegen will ich Ihnen an einem Punkt einmal vorführen, daß Sie stringent argumentieren müssen. Bei den Unterrichtsstunden pro Schülerinnen und Schüler im **Grundschulbereich** haben Schleswig-Holstein und Bayern exakt denselben Rang:

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

1,17 in Schleswig-Holstein und 1,17 in Bayern! Bei den Unterrichtsstunden pro Klasse liegt Schleswig-Holstein allerdings auf Rang 11 hinter Bayern mit Rang 2 bei 25,1 Stunden in Schleswig-Holstein und 28,1 Stunden in Bayern.

Wie kommt so etwas, wenn pro Kind exakt derselbe Unterrichtseinsatz da ist? Das kommt deshalb, weil in Bayern die Grundschulklassen drei Schüler mehr haben

(Sabine Schröder [SPD]: Eben!)

und somit auch 3,6 Stunden - dreimal 1,17 Stunden - mehr in der Klasse sind. Sie müssen jetzt die konkrete Frage beantworten, ob Sie der Landesregierung nicht nur empfehlen, sondern dafür streiten wollen, daß wir dieselbe Situation wie in Bayern kriegen, nämlich größere Klassen, das heißt Auflösung der kleinen Grundschule mit dem Effekt von mehr Unterricht in den Grundschulklassen, aber mit dem gleichzeitigen Effekt, daß das Konzept „Kurze Wege, kleine Beine“ aufgehoben wird.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD] und Sabine Schröder [SPD])

Das ist exakt der Zusammenhang, vor dem Sie stehen.

Wir haben uns dafür entschieden, diese Ressourcen, die in Bayern und in Schleswig-Holstein absolut identisch sind, so einzusetzen, daß wir kleine Klassenfrequenzen haben und auch kurze Wege für die Kinder.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Konrad Nabel [SPD] und Sabine Schröder [SPD])

Wir bezahlen dies in der Tat mit einer geringeren

(Ministerin Gisela Böhrk)

Anzahl von Unterrichtsstunden. Aber Sie müssen sich zu der Alternative bekennen, die Sie haben wollen,

(Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

und können nicht jeweils an der Stelle, die Ihnen nicht gefällt, mal hier und mal da herumäkeln.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Ute Erdsiek-Rave [SPD] und Sabine Schröder [SPD])

Das wäre eine Oppositionspolitik. Da kann man ganz konkret über Optimierungen reden, ob man sie will. Wir wollen sie an dieser Stelle nicht.

Herr Dr. Klug, nun weiß ich ja, daß das mit der Statistik so eine Sache ist. Aber das Unterrichtsminus, das im KLAUS-Konzept vorgesehen ist, ist nicht irgendwie vorweg abgezogen, sondern es bildet sich konkret in diesem Bericht zur Unterrichtsversorgung ab.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ja!)

- Sie haben den gar nicht gelesen, Herr Kubicki. Aber gut, macht ja nichts.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Woher wissen Sie das denn? - Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Der kann zu allem sprechen, egal ob gelesen oder nicht gelesen!)

- Ich vermute das. Wir können einmal eine Wette eingehen. Ich gewinne meine Wetten meistens. Seien Sie also vorsichtig!

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Was setzen Sie denn ein?)

- Eine gute Flasche Wein. Aber Sie müssen schon ehrlich sein - ohne Fingerclip.

(Heiterkeit - Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Frau Ministerin, kommen Sie bitte zum Schluß!

Gisela Böhrk, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Wenn Sie jetzt, Herr Dr. Klug, das Beispiel der Schule nehmen, bei dem Sie sagen, die haben 0,9 Lehrerplanstellen im Planstellenbemessungsverfahren, dann müssen Sie berücksichtigen, daß der Wert einer Lehrerplanstelle wegen Wegfall von Altersermäßigung und von Ermäßigungsstunden von Jahr zu Jahr höher wird. Das heißt, die Lehrerstelle wird mehr wert. Sie dürfen also die Lehrerplanstelle nicht einfach in Stunden umrechnen, sondern Sie müssen ausrechnen, wie viele Stundenwerte Sie pro Lehrerplanstelle mehr haben.

Dann stellen Sie fest, daß Sie an diesen Schulen - ich kenne diese Vorrechnereien auch - tatsächlich mehr haben. Das ist wahrscheinlich höhere Mathematik.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Frau Ministerin, kommen Sie bitte zum Schluß!

Gisela Böhrk, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Ich komme sofort zum Schluß. - Deswegen sollten wir uns im Ausschuß auch Gedanken darüber machen, ob es nicht transparentere Möglichkeiten gibt, die relevanten Kriterien der Unterrichtsversorgung festzustellen.

Ich möchte, wenn ich darf, noch kurz eine Präzisierung zu der Frage von Frau Röper vornehmen, die ich vorhin nicht vortragen konnte, weil ich die Unterlagen nicht zur Hand hatte.

Im Zuge des Nachtragshaushalts müssen wir bei der **Lehrerfortbildung** kürzen. Darauf hatten Sie abgehoben und eine entsprechende Frage gestellt. Das heißt konkret, daß wir Veranstaltungen, die ausschließlich beziehungsweise überwiegend im dienstlichen Interesse stehen, weiterführen, also bei der Schulleiterfortbildung die Grund- und Aufbaukurse, Qualifizierungsveranstaltungen in Fächern, Fachbereichen oder Fachrichtungen, in denen entsprechend ausgebildete Lehrer nicht zur Verfügung stehen, und schließlich Veranstaltungen für Lehrkräfte, deren schulischer Einsatz nicht oder nicht unmittelbar ihrer Ausgangstätigkeit entspricht.

Darüber hinaus werden wir - allerdings in deutlich vermindertem Umfang - weiterhin Veranstaltungen zu den Schwerpunkten Organisationsentwicklung, Schulentwicklung, Medienkompetenz sowie Sicherung von Bildungsqualitäts- und Leistungsstandards haben.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Frau Ministerin, Sie müssen jetzt wirklich zum Schluß kommen.

Gisela Böhrk, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Allerletzter Satz: In allen anderen Bereichen, die nicht im dienstlichen Interesse liegen, müssen wir wegen der Haushaltslage leider zurückfahren. Das ist

(Ministerin Gisela Böhrk)

bitter. Aber wir bitten die Lehrkräfte dafür um Verständnis.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist abschließende Beratung im Bildungsausschuß beantragt worden. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich begrüße nun auf der Tribüne Besucher vom 1. Aufklärungsgeschwader 51 „Immelmann“ aus Kropp sowie SPD-Kommunalpolitiker aus dem Kreis Rendsburg-Eckernförde. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 16 auf:

Ecstasy in Schleswig-Holstein

Landtagsbeschluß vom 21. Februar 1997
Drucksachen 14/481 und 14/527

Bericht der Landesregierung
Drucksache 14/1421

Ich erteile das Wort der Frau Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales.

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Substanzen, die unter dem Namen Ecstasy zusammengefaßt werden, gewinnen seit einigen Jahren auf dem Drogenmarkt vermehrt an Bedeutung. Über Ecstasy als Partydroge, Designerdroge, als Teil einer neuen Jugendkultur und der Techno-Szene hat es eine sehr intensive Medienberichterstattung gegeben. Sie hat sehr viele bunte Bilder erzeugt, die aber in aller Regel nicht der von Ecstasy ausgehenden Gefahr gerecht werden.

Wer meint, aufgrund solcher Berichte oder aber auch aus der Fülle der in der Tat vorhandenen Fachliteratur könne man sich Konzepte für eine gezielte Prävention quasi von der Stange holen, der irrt. Wer meint, Prävention sei allein mit Abscheu, Empörung und Repression in eben nicht bewährter Mischung zu machen, der irrt noch schlimmer.

Die Bilder erweisen sich bei genauerem Hinsehen als verzerrt, widersprüchlich und in sehr vielen Fällen auch als falsch. Die Hoffnung auf Patentrezepte ist - wie immer - trügerisch. Deshalb brauchen wir eine systematische Bestandsaufnahme zu diesem Drogen-

problem. Der vorliegende Bericht stellt aus unserer Sicht hierfür eine gute Grundlage dar.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.])

Aus gegebenem Anlaß weise ich darauf hin, daß dieser Bericht nur ein Teil unserer umfangreichen **Suchthilfeplanung** und -berichterstattung ist und deshalb im Zusammenhang mit dem Gesamten, was wir zu diesem Thema vorgelegt haben, gelesen werden muß.

Was wissen wir nun von den Stoffen in **Ecstasy**, von ihren Wirkungen, von der Verbreitung und den Konsummustern? Stimmungsaufhellung und erhöhte Kontaktbereitschaft, verbunden mit friedvollem Glücksgefühl und verminderter Ich-Abgrenzung werden als charakteristische Wirkung von Ecstasy beschrieben. Daneben sind generelle Gefühlsverstärkung sowie Aktivitäts- und Leistungssteigerung zu nennen. Aber die Hinweise auf psychiatrische, neurologische und internistische Komplikationen im Zusammenhang mit Ecstasy-Konsum mehren sich ebenso wie die Erkenntnis von einem Potential für eine psychische Abhängigkeit. Ungeklärt ist im übrigen die Frage einer möglichen schädigenden Wirkung auf das Nervensystem.

Es scheint kein unmittelbarer Zusammenhang zwischen der Höhe der Dosis und der Schwere der Komplikation zu bestehen. Deshalb ist mit dem Konsum ein hoher Grad an Unberechenbarkeit für die Konsumenten verbunden. Sicher ist, daß in Einzelfällen schwerwiegende unberechenbare und auch unabsehbare Komplikationen hervorgerufen werden können. Weil dies so ist, ist aus heutiger gesundheitspolitischer Sicht die Unterstellung von Ecstasy-Präparaten unter das **Betäubungsmittelgesetz** gerechtfertigt. Alle epidemiologischen Untersuchungen deuten darauf hin, daß Ecstasy ein Phänomen sozusagen der neunziger Jahre und vor allem der Altersgruppe der 15- bis 25jährigen ist. Etwa 4,5 % dieser Gruppe sind konsumervahren. Persönlichkeitsunterschiede zwischen Konsumenten und Nichtkonsumenten sind bislang nicht belegt. Allerdings - das ist, glaube ich, ein nicht unwichtiger Hinweis - scheint die Droge gerade auch für Mädchen und junge Frauen eine hohe Attraktivität zu besitzen. Vermutlich hängt das mit der medikamentenähnlichen, sauberen Form der Einnahme zusammen.

Zur Vorstellungswelt der **Techno-Szene** und den körperlichen Strapazen der oft stunden- bis tagelangen Tanzpartys paßt Ecstasy sowohl aufgrund seines leistungssteigernden als auch seines emotionssteigernden Wirkungsspektrums. Befragungen in der Techno-Szene ergaben, daß der Anteil der Ecstasy-Erfahrenen bei zirka 50 % liegt. Erhebungen belegen

(Ministerin Heide Moser)

einen überproportional hohen Drogenkonsum in der Techno-Szene insgesamt. Die Regel scheint der Mischkonsum zu sein, also die Einnahme von Ecstasy in Kombination mit Cannabis, Amphetaminen aller Art, LSD oder Kokain, vor allem aber auch in hohem Maße zusammen mit Alkohol und Nikotin, die oft vor Aufnahme des Ecstasy-Konsums dominieren.

Auch die häufig zyklische Einnahme von Ecstasy, typischerweise am Wochenende, mit Ecstasy-freien Intervallen unterstreicht den Stellenwert dieser Droge als sogenannte Freizeitdroge.

Ein Umkehrschluß, was die Techno-Szene und Ecstasy angeht, ist jedoch in keiner Richtung zulässig. Längst nicht jeder Partygänger auf einer Techno-Veranstaltung ist ein Drogenkonsument. Ecstasy findet nicht nur innerhalb dieser Szene, sondern deutlich darüber hinaus Verbreitung. Die Hinweise aus der nicht repräsentativen Strichprobe der gläsernen Schule, vor allem aber die Angaben des Landeskriminalamtes belegen auch für Schleswig-Holstein eine stetige Zunahme des Konsums, gemessen an den Rauschgift-delikten im Zusammenhang mit Ecstasy.

Für unsere Präventionsarbeit im Land sind nach unserer Überlegung und Erfahrung die Erhebungen vor allem aus der Techno-Szene nur sehr bedingt verwertbar. Wir haben eine Techno-Szene, wie wir sie aus den Ballungsräumen kennen, in Schleswig-Holstein nicht. Deshalb fehlen uns entsprechende Erhebungen. Wir haben nur wenig Anknüpfungspunkte für eine gezielte Prävention.

Trotz subjektiv eingestandener körperlicher und psychischer Beeinträchtigungen bei Konsumenten und trotz des Wissens um das Suchtpotential, das bei Konsumenten sehr wohl vorhanden ist, ist die Bereitschaft zur Konsumbeendigung eher gering ausgeprägt. Traditionelle Suchtberatungsangebote werden von Ecstasy-Konsumenten so gut wie gar nicht in Anspruch genommen. Dafür allerdings laufen behandlungsbedürftige Fälle von Ecstasy-Konsum in den kinder- und jugendpsychiatrischen Abteilungen unserer Krankenhäuser auf. Übereinstimmend mit Aussagen aus der Entgiftungsstation zeigt sich häufiger eine Kombination von Ecstasy und Heroin. Das entspricht ganz und gar nicht dem Bundestrend. Das scheint eine traurige schleswig-holsteinische Besonderheit zu sein, der wir nachgehen müssen.

Auf jeden Fall werden aus den internistischen und psychiatrischen Abteilungen der Krankenhäuser häufiger Notaufnahmen nach dem Konsum von Ecstasy gemeldet.

Welche **generellen präventiven Leitlinien** lassen sich aus dem bisher Skizzierten ableiten? - Ecstasy

steht möglicherweise für einen neuen Typ von Drogenkonsum. Es wird in Verbindung mit unterschiedlich wirkenden anderen Stoffen konsumiert, und der „sozialisierte“ Glaube an die stoffliche Manipulierbarkeit körperlicher und psychischer Befindlichkeiten wirkt sozusagen habituell. Überspitzt könnte man sagen, es scheint eine kollektive Leistungs- und Lustneurose ausgebrochen zu sein.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das habe ich nicht verstanden! - Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Das habe ich nicht verstanden!)

- Ist der Satz „wirkt habituell“ nicht verständlich?

(Zuruf von der SPD: Doch! - Heiterkeit)

- Gut, ich erkläre das dann nachher.

Neben den Anhängern der Techno-Szene scheint es bei uns in Schleswig-Holstein zwei weitere Gruppen von Ecstasy-Konsumenten zu geben: Zum einen Personen mit vielfältigem legalen und illegalen Drogengebrauch - auch Opiaten -, die mit allem experimentieren, was ihnen in die Finger kommt, zum zweiten Party- und Diskogänger und -gängerinnen ohne feste Zugehörigkeit zu einer Bewegung, was natürlich gleichzeitig ein Eindringen des Ecstasy-Konsums in sehr breite Kreise mit sich bringt.

Was bedeutet das für die Prävention? - Konsumenten von Ecstasy sind somit keine homogene Gruppe. Das heißt, auch die unterschiedlichen Zielgruppen bedürfen differenzierter Botschaften und Ansprachen.

Eine Drogenaufklärung, die nur die Negativseiten und Risiken von Ecstasy mitteilt, aber die Genuß-, Kultur-, Lust- und Kommunikationsaspekte völlig ignoriert oder verteufelt, geht mit Sicherheit an den Zielgruppen vorbei.

(Beifall der Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.])

Bei den beträchtlichen Vorerfahrungen mit Nikotin, Alkohol und Cannabis müssen **präventive Anstrengungen** auf legale Drogen und Cannabis gerichtet sein. Wir brauchen eine Schärfung des Problembewußtseins beim Umgang mit Medikamenten. Dies scheint mir ein zentraler Punkt zu sein.

Die eigenverantwortliche Ausbildung eines persönlichen Risikomanagements muß gefördert werden, das heißt Stärkung der Persönlichkeitsbildung, Stärkung der psychosozialen Kompetenzen und Lebensbewältigungsfähigkeiten bei Jugendlichen müssen entwickelt werden. Auch falsch verstandene Signale durch die mangelnde gesetzliche Differenzierung zum Beispiel zwischen Cannabis und Ecstasy müssen eine

(Ministerin Heide Moser)

Glaubwürdigkeitslücke entstehen lassen, die es zu schließen gilt.

(Unruhe)

Die Landesstelle gegen Suchtgefahren hat zusammen mit anderen Kooperationspartnern **konkrete Präventionsmaßnahmen** konzipiert und angeboten. Dazu gehören Medienkampagnen, die die Fixierung auf Ecstasy aufgeben, dazu gehört die Empfehlung, die Begriffe wie „Partydroge“, oder „Designerdroge“ durch einen wirklich ernst zu nehmenden Begriff wie chemische Droge zu ersetzen, um falsche Solidarisierung und Mißverständnisse zu vermeiden.

(Glocke des Präsidenten)

Dazu gehört die Gewinnung von Jugendlichen. Dazu gehört auch eine sogenannte Safer-use-Kampagne, die für die gefährdeten Personen die ganz besonderen Gefahren eines riskanten Konsums deutlich machen muß.

Im Sinne einer Selbstverpflichtung der Veranstalter werden Leitlinien zur Durchführung von Techno-Veranstaltungen erarbeitet.

Trotz dieser vielfältigen Ideen und guten Ansätze bleibt es dabei, daß wir dringend eine **systematische Forschung** für Schleswig-Holstein zur Absicherung der grundsätzlichen Überlegungen zur Ecstasy-Prävention und im Hinblick auf sehr konkrete Folgerungen für die Suchtkrankenhilfe in unserem Land brauchen.

Deshalb habe ich zusammen mit anderen Kooperationspartnern die Forschungsinitiative zur gezielten Prävention von Ecstasy in Schleswig-Holstein auf den Weg gebracht. Es handelt sich um drei einander ergänzende Projekte, die die landesspezifischen Erkenntnisse zusammentragen werden.

Das Projekt 1 beschäftigt sich mit der Epidemiologie des Ecstasy-Konsums im Jugendalter. Untersuchungseinheit sind 3.500 Schülerinnen und Schüler der Klassen 5 bis 13.

Das Projekt 2 soll Ausmaß und Hintergründe des Ecstasy-Konsums in Diskotheken erforschen. 300 Interviews sind geplant.

Das Projekt 3 soll die psychischen und körperlichen Störungen bei Ecstasy-Konsumenten in der Drogenhilfe untersuchen.

Ecstasy ist - das läßt sich meiner Meinung nach sagen - ein neuartiges Drogenproblem mit eigenem Umfeld und einer besonderen, aber eben doch nicht homogenen Klientel.

Prävention darf - und dabei bleiben wir - nicht auf Gesetz daherkommen, sondern muß immer um Glaubwürdigkeit und Akzeptanz bemüht sein. Offene und faire Auseinandersetzungen mit dem potentiellen und dem tatsächlichen Konsumentenkreis muß auf der Basis einer vorurteilsfreien und kompetenten Kenntnis der Zusammenhänge erfolgen. Nur durch die Erreichung einer Präventionspartnerschaft hat Prävention Aussicht auf guten Erfolg.

(Beifall bei SPD und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich eröffne die Aussprache. - Das Wort hat Frau Abgeordnete Tengler.

Frauke Tengler [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Titelblatt des Berichtes sagt bereits aus, wie intensiv sich die Landesregierung mit Ecstasy in Schleswig-Holstein beschäftigt hat. So intensiv, daß sie nicht einmal weiß, wie man es richtig schreibt.

(Zurufe von der SPD: Was?)

- Schauen Sie aufs Titelblatt! Dem Verfasser des Berichtes, der die schwierige Aufgabe hatte, über einen von der Landesregierung vernachlässigten Bereich des Drogenmißbrauchs zu berichten, danke ich für seine Suche nach Erkenntnissen.

(Holger Astrup [SPD]: Jetzt gucken wir alle nach!)

Jedoch zeigt die zum Teil verherrlichenden Darstellung der Wirkung von Ecstasy die Distanzlosigkeit des Berichterstatters zum Berichtsauftrag.

Deshalb bin ich Ihnen, Frau Ministerin, für Ihre differenziertere Betrachtungsweise dankbar.

Herr Nabel spricht in seiner Pressemitteilung vom 4. Mai 1998 von einer guten „Grundlage für ein Konzept gezielter Ecstasy-Prävention“. Herr Nabel, so bescheiden kenne ich Sie gar nicht. Es gibt keine Grundlagen, zumal der Bericht zugibt:

„Beim gegenwärtigen Stand unseres ‚Un‘wissens läßt sich nur eine sehr zurückhaltende Bewertung abgeben.“

Dies bezieht sich zwar in erster Linie auf medizinische Komplikationen, zieht sich aber durch den gesamten Bericht und wird noch einmal bekräftigt:

(Martin Kayenburg [CDU]: Das ist die Grundlage der Arbeit der Landesregierung: Unwissenheit!)

(Frauke Tengler)

Es gibt für Schleswig-Holstein keinerlei Grundlagen zum Ecstasy-Konsum zur der -Konsumentenstruktur.

Daher müssen auch die **grundsätzlichen Überlegungen zur Prävention von Ecstasy** vorläufig so bleiben. Fazit: Wir wissen nichts, also tun wir nichts.

Die Redezeit zu diesem Tagesordnungspunkt scheint dem Interesse der Landesregierung an diesem Thema und der Aussagekraft des Berichtes zu entsprechen. Aussagekräftige Zahlen zur Ausbereitung von Ecstasy liefern allein Bundes- und Landeskriminalamt. Welche Schlußfolgerung die Landesregierung aus diesen Zahlen zieht, bleibt völlig offen.

Die **Wirkung** der chemischen Droge Ecstasy wird nach Auffassung der CDU-Fraktion mit einem auffallend positiven Vokabular besetzt, das Lust auf Ecstasy macht. Auf einen Widerspruch in dem Bericht, nach dem bei der Einnahme von Ecstasy einerseits die Selbstkontrolle erhalten bleibe, andererseits die Vielzahl der lebensbedrohlichen körperlichen Phänomene nicht wahrgenommen werde, sei nur hingewiesen.

Der Punkt F bringt daher auch keine neuen konkreten Präventionsvorschläge, dafür aber grüne Ansätze aus dem Wahlprogramm:

„Eine Drogenaufklärung, die nur die Negativseiten und Risiken von Ecstasy aufführt, aber die Genuß-, Kultur-, Lust- und Kommunikationsaspekte ausblendet, greift zu kurz.“

(Ursula Röper [CDU]: Unglaublich!)

Wir freuen uns, daß mit der Ministerin und der SPD-Fraktion sowie auch dem Berichterstatter Konsens darüber besteht, daß Ecstasy eine **illegale harte Droge** ist, die zu Recht dem Betäubungsmittelgesetz unterliegt.

(Beifall bei der CDU)

Herr Nabel, genau darüber freue ich mich, weil die Grünen das nämlich ganz anders sehen. Sie haben Anfang Mai in Schwerin im Zusammenhang mit Ecstasy eine Änderung des Betäubungsmittelgesetzes gefordert; sie wollen die Ecstasy-Wirkstoffe aus dem Betäubungsmittelgesetz herausnehmen. Die Ministerin hat jedoch vorhin Gefahren, die aus dem Konsum von Ecstasy erwachsen können, dargestellt.

Daß es dem Berichterstatter gedanklich gelungen ist, für die Präventionsarbeit im Zusammenhang mit Ecstasy auf Seite 17 wieder die Freigabediskussion von Cannabis zu fordern, kann nur als ideologischer Kniefall vor der Ministerin bezeichnet werden. Die unter II aufgeführten Aspekte einer Ecstasy-Präventionskampagne für Schleswig-Holstein „Runder Tisch Ecstasy“ von der Landesstelle gegen Suchtge-

fahren, das erweiterte Befragungsmodell der KOSS und die Arbeitsgruppe Forschungsinitiative zur gezielten Prävention von Ecstasy in Schleswig-Holstein sind Initiativen, die die CDU-Fraktion ausdrücklich begrüßt. Unsere Fraktion ist den Initiatoren, zu denen nicht das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales gehört, außerordentlich dankbar. Hier ist Verantwortung erkannt und gehandelt worden.

Nun soll der Bericht den Eindruck erwecken, daß von seiten der Landesregierung gehandelt wird.

Wir hoffen, daß die anvisierte **Forschungsinitiative zu Ecstasy** umgesetzt wird und zu Ergebnissen kommt. Ein Runder Tisch ist gebildet worden, und 150.000 DM sind bereitgestellt worden. Die Untersuchung von psychischen und körperlichen Schäden im Rahmen von Drogensprechstunden in Beratungsstellen erscheint uns allerdings etwas blauäugig. Der Bericht zu dieser Forschungsinitiative soll im Sommer 1999 vorliegen. Dann sind zweieinhalb Jahre seit der Antragstellung vergangen, ohne daß mit konkreten Maßnahmen dem Ecstasy-Konsum in Schleswig-Holstein begegnet werden konnte.

(Konrad Nabel [SPD]: Quatsch!)

- Nein, das ist kein Quatsch, Herr Nabel. Die auf Seite 3 im Anhang genannten positiven konkreten Ansätze wie Fortbildung und so weiter wirken nur punktuell. Sie entsprechen nicht der Realität des Handlungsbedarfs, obwohl die Landesregierung in einer Presseerklärung vom 5. Mai 1998 ausgeführt hat, daß der Konsum in Großstädten und im ländlichen Raum explosionsartig zunimmt.

Die CDU-Fraktion bedauert, daß das breit angelegte Forschungsprojekt der Jugendpsychiatrie Schleswig nicht gefördert wird.

(Beifall der Abgeordneten Eva Peters [CDU])

Diesem Projekt, das sich mit der Frage beschäftigt, warum Jugendliche Drogen nehmen, war eine Förderung zugesagt worden. Das war in einer Kleinen Anfrage noch einmal bestätigt worden. Laut Nachfrage in der Klinik ist bis heute nicht gefördert worden. Es besteht auch keine Zusage und keine schriftliche Aussage dazu. - Schade, Frau Ministerin, die Klinikleitung hat sich auf Ihr Versprechen verlassen.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Frau Abgeordnete Tengler, kommen Sie bitte zum Schluß.

Frauke Tengler [CDU]:

Herr Präsident, es tut mir leid, aber die Redezeit ist außerordentlich knapp bemessen.

Wir werden die Forschungsinitiative aufmerksam begleiten und die sich daraus ergebenden Maßnahmen einfordern. Die CDU stimmt einer Ausschußüberweisung zu und bittet im Ausschuß ergänzend um die Darstellung der Forschungsinitiative.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Nabel.

Konrad Nabel [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Tengler, wie wenig gründlich Sie gearbeitet haben, zeigt sich daran, daß Sie nicht erkannt haben, daß das Deckblatt vom Landtag erstellt wird, während auf der ersten Seite des Berichtes das Wort „Ecstasy“ sehr wohl richtig geschrieben worden ist.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das war aber sehr dünn, Herr Kollege!)

Gleichzeitig kann man die Mär, die Sie hier ausbreiten, nämlich es gebe keine Grundlage, sondern Unwissen, wir wüßten nichts, also täten wir nichts, ganz deutlich durch den Bericht widerlegen. Ich denke, es ist richtig zu sagen, wir wissen leider zu wenig. Aber deshalb tun wir etwas, und die Ministerin hat die Forschungsinitiative eingeleitet; das begrüßen wir sehr.

(Beifall der Abgeordneten Wolfgang Baasch [SPD] und Frauke Walhorn [SPD])

Die Gesundheitsministerin hat insgesamt einen umfassenden Bericht zu allen Punkten unseres Antrages, Drucksache 14/527, vom Februar 1997 vorgelegt, der eine gute Grundlage für ein **Konzept gezielter Ecstasy-Prävention** in Schleswig-Holstein bietet. Ich werde dazu auch das eine oder andere belegen, so daß Sie sich am Ende Ihre Worte vielleicht noch einmal überlegen, Frau Tengler.

Wir danken der Frau Ministerin und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Zu loben ist im übrigen die erfrischend unbürokratische Sprache, mit der dieser Bericht eher die Chance bekommt, auch in weiten Bevölkerungskreisen, vor allem aber in der Ecstasy-Szene selbst, Beachtung zu finden.

(Beifall der Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]

Daten über die chemische Zusammensetzung und pharmakologische Wirkungsweise der synthetischen Droge Ecstasy, erhärtete Aussagen zu erwünschten und unerwünschten Wirkungen wie auch eine Übersicht über die Verbreitung sind wirklich wichtige Grundlagen für die Weiterentwicklung der Ecstasy-Prävention in unserem Land. Aus der aufgezeigten Datenlage, sowohl für Schleswig-Holstein als auch für das gesamte Bundesgebiet, Frau Tengler, wird deutlich, daß trotz des seit Anfang der neunziger Jahre gewachsenen Konsums von synthetischen Drogen zu wenig wissenschaftliche Untersuchungen vorliegen, die speziell auf Ecstasy und die Konsumentengruppe, das Umfeld und die Präventionsmaßnahmen abzielen.

Daß insgesamt zu wenig **Drogenforschung** in der Bundesrepublik angestoßen und bezahlt wird, liegt an den bundespolitischen Vorgaben. Das ist doch ganz eindeutig.

(Zurufe von der CDU)

Wer ist denn für die Ausstattungsmittel der Forschung zuständig? - Das ist eindeutig die Bundesregierung.

Die Gründung der **Forschungsinitiative zur gezielten Prävention von Ecstasy** in Schleswig-Holstein, in der Wissenschaft, Politik und das Hilfesystem zusammenarbeiten, ist von daher zu begrüßen, und die SPD-Fraktion unterstützt die Ministerin in dieser Forschungsinitiative.

Doch auch die wenigen zur Verfügung stehenden Daten zeigen einige klare Linien auf. - Da haben Sie vielleicht nicht richtig hingeguckt, Frau Kollegin Tengler; Ecstasy ist überall im Land verfügbar. Die Sicherstellung der Polizei nahm in den vergangenen Jahren sprunghaft zu.

(Frauke Tengler [CDU]: Das habe ich überhaupt nicht bezweifelt!)

Das heißt, es gibt keine weißen Flecken, und die Konsumentengruppe ist weder auf die Techno-Szene begrenzt, noch lassen sich aufgrund der Sozialdaten besondere homogene Ecstasy-Usergruppen ausmachen. Der Bericht spricht davon, daß sich die Mehrheit der Konsumenten unauffällig durch den Alltag bewegt. Das unterscheidet die Ecstasy-Konsumenten im übrigen sehr stark von anderen, beispielsweise von Heroinabhängigen.

Über eine halbe Million Deutsche haben Hochrechnungen zufolge Erfahrungen mit **Ecstasy**, zwei Drittel davon im Alter zwischen 14 und 25 Jahren. Neben

(Konrad Nabel)

beträchtlicher interindividueller Variabilität bei den psychotropen Effekten sind die aktivitätsanregenden halluzinogenen **Effekte**, besonders aber die im emotionalen Bereich auftretenden entaktogenen Effekte zu nennen. - Das ist ein schwieriger Begriff, aber eine gute Bezeichnung für das, was gemeint ist, nämlich das Innere, die Seele berührend, wie es übersetzt heißt. Der Begriff ist neu eingeführt, und ich finde, er trifft das Gefühl der Ecstasy-User.

Berichte über unerwünschte **Nebenwirkungen** wie Panik, Depressionen und Persönlichkeitsstörungen nehmen genauso zu wie Berichte über bleibende Schäden. Häufig wird über gleichzeitigen Konsum mehrerer Drogen neben Ecstasy berichtet. Darauf hat die Ministerin schon hingewiesen. Ich würde allerdings die Reihenfolge ändern, denn nach den Informationen, die mir vorliegen, ist Alkohol und Nikotin die Ausgangsdroge, die Ausgangsbasis für Ecstasy-Konsum und für den Konsum von Cannabis und anderen Drogen. Das ist bekannt. Heroin ist seltener Ausgangsdroge. Daß das in Schleswig-Holstein auftritt, ist ungewöhnlich; dem müssen wir nachgehen.

Daß Konsumentinnen und Konsumenten ein relativ geringes Unrechtsbewußtsein haben, ist in diesem Fall besonders stark ausgeprägt. Die Droge wird als Tablette „sehr sauber“ zu sich genommen, das ist sicherlich auch eine Frage der Erziehung von Kindern im jüngsten Alter im Hinblick auf den Umgang mit Medikamenten. Hier muß noch viel getan werden.

Bereits aus den eher auf Trends als auf gesicherten Fakten basierenden Zwischenergebnissen lassen sich **Eckpunkte für ein Präventionskonzept** aufbauen, das zum einen die Verstärkung der Primärprävention in dem Bereich, den ich eben schon angesprochen habe, und ein speziell auf Ecstasy und andere Drogen ausgerichtetes Sekundärdrugskonzept beinhalten muß.

Frau Tengler, der Bericht zeigt im übrigen auch, daß sich bereits während der über einjährigen Arbeit zu unserem Berichtsantrag im schleswig-holsteinischen Hilfesystem und der Prävention einiges in Bewegung gesetzt hat. Die Zentralstelle Suchtvorbeugung bei der LSSH und die Koordinationsstelle für schulische Suchtvorbeugung KOSS haben auf die aktuellen Trends im Bereich Ecstasy längst reagiert, und auch in länderübergreifender Zusammenarbeit mit Bremen, Hamburg und Niedersachsen wurden verschiedene Ecstasy-Projekte in Gang gesetzt, die unter anderem mit bewährten Instrumentarien, zum Beispiel runder Tisch und Multiplikatorinnen- und Multiplikatoren-schulungen direkt vor Ort gehen. Es werden aber auch neue Konzepte eingesetzt, die in diesem Bereich dringend notwendig sind, zum Beispiel der sogenannte

peer-to-peer-Ansatz, das heißt, junge Menschen gehen an junge Menschen aus der gleichen Gruppe heran, um Jugendlichen Informationen in erster Linie von Gleichaltrigen und Gleichartigen zukommen zu lassen.

(Glocke des Präsidenten)

- Herr Präsident, ich komme gleich zum Schluß!

Die SPD erwartet eine lebhafte Diskussion des Berichtes, nicht nur hier im Landtag und in seinen Ausschüssen, sondern auch im Hilfesystem und in der Bevölkerung. Wünschenswert wäre, wenn diese Debatte auch in der Ecstasy-Szene aufgegriffen würde. Ich würde mich freuen, im Sozialausschuß eine intensive weitere Behandlung dieses Berichts durchführen zu können.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Böttcher das Wort.

Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Ecstasy-Bericht ist gut geschrieben, vernünftig strukturiert und beinhaltet eine differenzierte Analyse der Ecstasy-Situation in Deutschland.

(Zuruf der Abgeordneten Frauke Tengler [CDU])

Außerdem stützt sich der Bericht auf die relevante Literatur zum Thema Ecstasy.

Der Bericht macht deutlich: Die klassischen **Aufklärungs- und Präventionskampagnen** wirken bei den Drogenkonsumenten chemischer Drogen kaum beziehungsweise gar nicht, weil sich diese in den meisten Fällen selbst nicht als suchtgefährdet ansehen. Die Präventionsarbeit war zu lange in den Paradigmen alter, absoluter Abstinenzorientierung gefangen. Dadurch ist sie für junge Leute hochgradig unglaubwürdig geworden. Es gibt heutzutage wenig Gründe, einer Prävention Glauben zu schenken, die schon immer jede illegale Droge als absolutes Teufelszeug mit größtem Suchtpotential, Giftigkeit und schrecklichsten Folgen an die Wand malte.

In der Diskussion um chemische Drogen wird aber auch deutlich, daß sich ernsthafte **Präventionsarbeit** in einer gründlichen **Umorientierungsphase** befindet. Es entstehen neue Ansätze, die Gründe und Motivation des Konsums hinterfragen und die sich auch

(Matthias Böttcher)

nicht scheuen, die subjektiv als positiv empfundenen Wirkungen einer Droge zu thematisieren.

Ein weiteres wichtiges Element ist die Stärkung der suchtmittelunspezifischen Prävention, die in erster Linie auf das Verhalten der Menschen gerichtet ist.

Eine Schlußfolgerung des Berichts kann ich allerdings nicht teilen: Die im Bericht vorgenommene Klassifizierung von Ecstasy als „harte“ Droge halte ich für nicht ausreichend begründet. Aus heutiger wissenschaftlicher Sicht kann Ecstasy nicht mit der Gefährlichkeit von Heroin und anderen harten Drogen gleichgesetzt werden. Ecstasy macht eben nicht körperlich abhängig; viele Konsumentinnen und Konsumenten können kontrolliert damit umgehen. Außerdem muß man zwischen dem Gefährlichkeitspotential der verschiedenen Ecstasy-Wirkstoffe unterscheiden; es handelt sich schließlich nicht nur um einen Wirkstoff.

Damit will ich die chemischen Drogen nicht verharmlosen. Aber: Wir dürfen die Fehler, die wir in der Vergangenheit mit Cannabis gemacht haben, nicht wiederholen. Deshalb plädieren wir für eine differenzierte Betrachtung und Behandlung der verschiedenen Drogentypen.

Aus unserer Sicht war es falsch, Ecstasy und andere chemische Drogen in die Anlage I des BtMG - wie auch Heroin - aufzunehmen. Damit wird die alte Politik der Kriminalisierung bei den neuen Drogen fortgesetzt.

Um nicht mißverstanden zu werden: Wir sind nicht für die Freigabe von Ecstasy, sondern für eine **Sonderstellung im Betäubungsmittelgesetz**, die einerseits eine Entkriminalisierung der Konsumentinnen und Konsumenten und andererseits sinnvolle sekundärpräventive Maßnahmen wie zum Beispiel Stoff-checking in Diskotheken ermöglicht. Nicht umsonst ist neulich ein Ermittlungsverfahren gegen eine Einrichtung - ich meine, eine Berliner -, die das praktiziert hat, durchgeführt worden.

Die übliche Drogenpolitik, Generalprävention durch Strafandrohung, hat bisher kaum gewirkt:

- Konsum wird nicht verhindert, aber einzelnen Konsumenten werden kriminalisiert;
- Drogenmärkte werden durch Verbote erst strukturell zusammengeführt;
- unrealistische und einseitige Abstinenzforderungen erreichen Jugendliche nicht;
- Repression führt zu einer Atmosphäre des Mißtrauens, der Doppelmoral und des Verheimlichens, die Prävention erschwert.

Die Folgen, die sich aus den undifferenzierten gesetzlichen Regelungen des Betäubungsmittelgesetzes ergeben, erschweren die Möglichkeit einer lebensweltorientierten Präventionspolitik, die nicht allein zwischen legalen und illegalen Drogen unterscheiden kann, wenn es zum Beispiel darum geht, einen risikoarmen Gebrauch zu erreichen.

Frau Moser hat mit ihrem Cannabisprojekt einen wichtigen Beitrag zur Glaubwürdigkeit in der Drogenpolitik geleistet - auch wenn sie dafür viel öffentliche Kritik einstecken mußte.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der Abgeordneten Anke Spoorendonk
[SSW])

Ich wünsche mir auch im Umgang mit chemischen Drogen eine ähnliche Reformorientierung, die die Aussagen des Berichts aufnimmt, die sagen, daß eine Drogenaufklärung, die nur die Negativseiten und Risiken von Ecstasy aufführt, aber die Genuß-, Kultur-, Lust- und Kommunikationsaspekte ausblendet, zu kurz greift, daß Drogenkonsum als jugendtypisches Risikoverhalten Kompensationsverhalten ist und eine individuelle Funktionalität besitzt und daß es sinnvoll erscheint, im Umgang mit Konsumenten Bemühungen zunächst auf einen risikoarmen Konsum zu richten.

Gerade die Entwicklung der Diskussion um die chemischen Drogen zeigt: Mit Abstinenzforderungen und Verboten löst man dieses Problem nicht. Dieses nämlich haben wir; die Situation, die sich darstellt, ist eine ganz andere.

Eine drogenfreie Gesellschaft gibt es nicht. Drogen werden dort zum Problem, wo sie zur Sucht und zur Gesundheitsschädigung führen. Deshalb gilt es, die **stoffunabhängige Primärprävention** auszubauen, aber auch gesundheitspräventive Maßnahmen zur Risikominimierung zu entwickeln und umzusetzen. Die Gesundheit von Konsumenten muß mehr in den Blickpunkt der Drogenpolitik gerückt werden. Auf Maßnahmen zur Risikominimierung unter dem Hinweis zu verzichten, der Konsum sei gesetzeswidrig, halte ich für unverantwortlich. Nutzen wir die Diskussion um die chemischen Drogen auch, um die Drogenpolitik in der Bundesrepublik auf den Prüfstand zu stellen.

Den Weg der CDU, Techno und Rave zu verteufeln,

(Frauke Tengler [CDU]: Das tun wir nicht!)

sollten wir nicht gehen. - Lesen Sie Ihre Pressemitteilung!

(Frauke Tengler [CDU]: Ach, Herr Böttcher!)

(Matthias Böttcher)

Wir sollten diejenigen unterstützen, die in der Techno- und Rave-Szene Spaß ohne oder zumindest mit weniger Drogen haben wollen.

(Zuruf der Abgeordneten Frauke Tengler [CDU])

Schließlich wollen wir auch nicht das Oktoberfest abschaffen,

(Glocke des Präsidenten)

das manche auch als größte geschlossenen Drogenszene Europas bezeichnen. - Ich komme gleich zum Schluß, Herr Präsident! - Wir sollten die Diskussion auch nicht mit Doppelmoral führen. Ich erinnere nur an die Debatte um den Duty-free-Handel, bei dem es im wesentlichen darum geht, zollfrei Alkohol und Zigaretten kaufen und konsumieren zu können. Das sind durchaus auch Drogen. Mit dieser Doppelmoral kommen wir bei Jugendlichen nicht weiter.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten Konrad Nabel [SPD] und Anke Spoorendonk [SSW])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Aschmoneit-Lücke.

Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Ministerin, ein großes Lob an Sie und an Ihre Mitarbeiter! Der vorliegende Bericht ist ganz einfach gut.

Sie werden Verständnis dafür haben, daß ich nicht über persönliche Erfahrungen mit der chemischen Droge Ecstasy berichten kann. Und dennoch: Nach der Lektüre dieses Berichtes habe ich tatsächlich den Eindruck, daß ich mitreden kann.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Bevor ich mich mit dem Inhalt auseinandersetze, möchte ich zwei nicht ganz so ernstgemeinte Bemerkungen vorausschicken.

Erstens: Frau Moser, habe ich das richtig verstanden, daß ein Freiluft-Auftritt der SPD-Fraktionsvorsitzenden Ute Erdsiek-Rave auch als Rave bezeichnet werden kann?

Zweitens hat mich die Vorstellung doch etwas belustigt, DJs - Gallionsfiguren und Zeremonienmeister der Techno-Szene - als Vorbilder für einen drogenfreien Sinnesrausch gewinnen zu wollen.

Ich glaube, hier haben die Verfasser eine Techno-Party mit einer Tanzveranstaltung der Arbeiterwohlfahrt verwechselt.

(Heiterkeit und Beifall bei F.D.P. und CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, alles andere als lustig sind jedoch die Fakten, die der Bericht präsentiert.

Frau Ministerin, ich danke Ihnen ausdrücklich für die unmißverständliche Feststellung, daß es sich bei der chemischen Droge **Ecstasy** um eine **harte Droge** handelt, deren Unterstellung unter das Betäubungsmittelgesetz gerechtfertigt ist.

(Beifall bei der F.D.P. und des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

Vor dem Hintergrund, daß es sich bei Ecstasy um die Droge der Jüngsten handelt, die schwerste neurotoxische Schäden verursacht, deren Konsum zu schweren psychiatrischen und internistischen Komplikationen führt, warne ich ausdrücklich davor, diese Droge zu verharmlosen.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.] und Thomas Stritzl [CDU])

Ich sage ganz deutlich - vor allem an die Adresse der Grünen -: Es hat absolut nichts mit einer liberalen Drogenpolitik zu tun, Herstellung, Vertrieb und Konsum dieser harten Droge zu verharmlosen. Im Gegenteil, sie erweisen einer liberalen Drogenpolitik einen Bärendienst, wenn Sie als Alternative zur Unterstellung unter das Betäubungsmittelgesetz **Stoff-checking** anbieten und damit die Problematik auf fahrlässige Art und Weise verharmlosen.

(Frauke Tengler [CDU] : Genau! - Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.])

Drug-checking, also die chemische Untersuchung der Tabletten auf ihre tatsächliche Zusammensetzung, erfordert eine differenzierte Auseinandersetzung. Eine eilfertige Befürwortung ist ebensowenig angebracht wie eine kategorische Ablehnung.

Wenn junge Menschen kein Unrechtsbewußtsein beim Gebrauch von Ecstasy empfinden, dann ist es - verdammt! - auch unsere Aufgabe, dieses Unrechtsbewußtsein und das Bewußtsein für die Gefährlichkeit zu wecken und nicht das Gegenteil zu tun. Dabei geht es, Herr Böttcher, überhaupt nicht darum, Ecstasy-Konsumenten zu kriminalisieren.

(Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber sie werden doch kriminalisiert!)

(Christel Aschmoneit-Lücke)

Herr Böttcher, vielleicht wären Sie so freundlich, hier einmal klarzustellen, welchen Status Produzenten und Dealer dieser chemischen Droge Ihrer Ansicht nach einnehmen. Für mich sind das Kriminelle,

(Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Darum geht es nicht! Die will ich gar nicht freistellen!)

die aus reiner Profitgier die Gesundheit und das Leben junger Menschen aufs Spiel setzen.

(Beifall der Abgeordneten Frauke Tengler [CDU])

Ecstasy ist nicht nur gefährlich, sondern regelrecht heimtückisch. Das beginnt - das ist von allen Seiten angesprochen worden - schon bei der „appetitlichen“ Darreichungsform“.

Außerdem passen Ecstasy-Konsumenten so ganz und gar nicht in unser Bild, in das Bild so teilnahmsloser, verelender Drogenabhängiger der Heroinszene.

Auch wenn sich die Konsummuster von Opiaten auf der einen und Ecstasy auf der anderen Seite deutlich unterscheiden - in der Regel jedenfalls -, so sind beide Rauschgiftgruppen im Hinblick auf ihre **körperliche und psychische Wirkung** ähnlich gefährlich. Das will ich noch einmal ganz deutlich betonen.

Lediglich die völlige Entsozialisierung, wie sie bei langjährigem Heroinkonsum zu beobachten ist, findet bei Ecstasy-Verbrauchern offensichtlich nicht statt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, daß es abwegig ist, ein ganze Jugendkultur zu kriminalisieren, bedarf seitens der F.D.P.-Fraktion keiner weiteren Erläuterung. Die weite Verbreitung der chemischen Droge in der Techno-Szene kann man bedauern oder verurteilen. Mir ist das zu wenig.

(Meinhard Füllner [CDU]: Ja!)

Ich halte mehr von den Vorschlägen des Sozialministeriums, diese Tatsache zu nutzen, um hier ganz gezielt mit jugendgerechter Präventionsarbeit den Drogenmißbrauch einzudämmen.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Christel Hapach-Kasan [F.D.P.] und Thomas Stritzl [CDU])

Der erhobene Zeigefinger ist ebensowenig angebracht wie die Verharmlosung. Die Vorschläge, die im Bericht unterbreitet werden, stellen mehr als die übliche Diskussionsgrundlage dar; sie sollten so schnell wie möglich umgesetzt werden. Was sicherlich noch fehlt, ist eine präzisere Datengrundlage für Schleswig-Holstein. Frau Ministerin, Sie haben das angesprochen. Daran läßt sich sicherlich noch arbeiten.

Das Fazit, das die CDU-Fraktion hier gezogen hat, ist mir völlig unverständlich. Weder hat die von der Union dominierte restriktive Drogenpolitik zu weniger Drogentoten in den vergangenen Jahren geführt,

(Holger Astrup [SPD]: Das ist leider richtig!)

noch habe ich Verständnis dafür, die ganze Rave- und Techno-Szene über einen Kamm scheren zu wollen.

(Holger Astrup [SPD]: Sehr gut!)

Frau Tengler, ich glaube nicht, daß uns Ihre Räuberpistole in der Sache weiterbringt.

(Beifall der Abgeordneten Frauke Walhorn [SPD])

Bei Ihrem heutigen Debattenbeitrag habe ich den Eindruck gehabt - was ich bedauere -, daß wir völlig unterschiedliche Berichte gelesen haben.

(Beifall bei F.D.P., SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Gerckens.

Peter Gerckens [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Klar ist: **Ecstasy** ist eine Droge, die das Potential zu schweren körperlichen Schädigungen hat. Deshalb ist sie auch in Zukunft im **Betäubungsmittelgesetz** am besten aufgehoben. Allerdings ist es auch sonnenklar, daß für über eine halbe Million Menschen in Deutschland die Strafandrohung der Entscheidung zum Konsum nicht maßgeblich im Wege stand. Gerade weil das Verbot den Ecstasy-Konsum nicht verhindert, können vorbeugende Maßnahmen ihren Ausgangspunkt nicht in strafrechtlichen Bestimmungen nehmen, und das Verbot darf schadensreduzierenden Ansätzen der Sekundärprävention nicht im Wege stehen.

Natürlich wird man weiterhin Primärprävention machen müssen. Bisher nicht Konsumierende müssen in ihrer Haltung bestärkt werden. Solche Botschaften werden am ehesten durch allgemeine, stoffunspecifische **Präventionsarbeit** transportiert, wie sie zum Beispiel in Schulen betrieben wird. Ansätze hierfür sind vorhanden. Ihre Anwendung und Weiterentwicklung sind nicht zuletzt eine finanzpolitische Frage.

Aber auch die Risiken des Konsums können beträchtlich reduziert werden. Es grenzt an unterlassene Hilfeleistung, diese Informationen jenen vorzuent-

(Peter Gerckens)

halten, die aus verschiedenen Gründen Drogen nehmen.

(Beifall der Abgeordneten Konrad Nabel [SPD] und Günter Neugebauer [SPD])

Gerade beim Massenphänomen Ecstasy ist es notwendig, jene, die sich vom Gebrauch nicht abhalten lassen, über die Gefahren der entactogenen Eigenschaften, über riskante Konsumformen und die fatale und unkontrollierbare Wirkung von Mischkonsum mit anderen Drogen aufzuklären. Es scheint unter Ecstasy-Konsumenten ein Informationsbedürfnis und die Offenheit für Information zu bestehen. Das muß bedient werden.

Dabei wird man nicht umhinkommen, sehr differenziert **Sekundärprävention** zu betreiben, denn Ecstasy ist in ganz verschiedenen Milieus verbreitet. Diese Milieus erreicht man nur, wenn man sich ihnen entsprechend ihren Prämissen nähert. Meiner Ansicht nach wählt die Landesregierung daher den richtigen Weg, wenn sie hier Prävention im Dialog mit Konsumentinnen und Konsumenten entwickeln will. Wir haben Vertrauen, daß die Sozialministerin und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die notwendige Gratwanderung meistern, die jede Form der akzeptierenden Drogenarbeit zwangsläufig darstellt.

In bezug auf das **Stoff-checking** sind wir trotz aller gebotenen Vorsicht nicht ganz so pessimistisch und skeptisch wie die Landesregierung. Im letzten Herbst hat man in Holland beim Stoff-checking in Ecstasy-Tabletten Atropin gefunden, ein Gift, das Otto Normalverbraucher aus Tollkirsche und Stechapfel bekannt ist. Dieser und andere Vorfälle machen deutlich, daß ein substanzbezogenes Monitoring des Marktes unbedingt erforderlich und notwendig ist. Wenn man die Tabletten des Konsumenten nicht testen kann und will, dann sollte man zumindest eine Stelle finden, die die Schwarzmarktdrogen regelmäßig untersuchen kann und die Ergebnisse so veröffentlicht, daß sie in den entsprechenden Szenen bekannt werden.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW], Konrad Nabel [SPD] und Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es ist schon fast eine drogenpolitische Binsenweisheit, daß, um bestehenden Konsum zu beenden und den Umstieg von weicheren auf harte Drogen zu vermeiden, am besten eine Aufklärung geeignet ist, die nüchtern über mögliche Ursachen des Konsums aufklärt und rational-sachlich die Risiken des Konsums behandelt, auch wenn sich die Einsicht noch nicht allerorts durchgesetzt hat.

Daher kommen wir im Zusammenhang mit Drogenprävention nicht darum herum, daß die **Reform des Betäubungsmittelgesetzes** mit einer Einstufung der Drogen dem Gefahrenpotential entsprechend nottut,

(Beifall der Abgeordneten Konrad Nabel [SPD] und Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

besonders mit einer Neubewertung von Cannabis. Stoffspezifische Aufklärung und Politik müssen korrekt und logisch sein. Gerade bei der Verbreitung, die Ecstasy unter Jugendlichen hat, macht sich die gesamte Drogenprävention sonst unglaubwürdig.

Wir bedanken uns für den Bericht und stimmen der Ausschußüberweisung zu.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Herr Abgeordneter Nabel, ich deute Ihren Redebeitrag als Antrag auf Überweisung zur abschließenden Beratung an den Sozialausschuß. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich begrüße jetzt in der Loge die Bürgerbeauftragte, Frau Warnicke,

(Beifall)

und rufe Tagesordnungspunkt 17 auf:

Dritter Tätigkeitsbericht der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein bei dem Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages

Drucksache 14/1441

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Herr Abgeordneter Baasch.

Wolfgang Baasch [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In diesem Jahr feiert die Einrichtung der **Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten** wie viele andere erfolgreiche Einrichtungen ihren zehnten Jahrestag. Der Dienst der Bürgerbeauftragten ist stärker gefragt als je zuvor. In etwa 80 % der Fälle hat die Bürgerbeauftragte helfen können, entweder indem sie den Bürgerinnen und Bürgern zu ihrem Recht verholfen hat oder indem sie mit Auskunft und Beratung wichtige Unterstützung und Hilfeleistung gewährt hat. Der Bericht der Bürgerbeauftragten für soziale Angele-

(Wolfgang Baasch)

genheiten macht deutlich, daß sich Gesetze und Verordnungen direkt auf das Leben einzelner auswirken und daß in zunehmendem Maße die Menschen dabei Enttäuschung und Unverständnis gegenüber staatlichem Handeln empfinden. Dies gilt für alle Ebenen, von der kommunalen Genehmigung bis hin zur Landes- oder Bundesgesetzgebung, so daß immer mehr Menschen die Arbeit von Ombudsstellen wie die der Bürgerbeauftragten in Anspruch nehmen.

Das läßt die Frage zu, woran das liegt. Zum einen wird unsere Welt, insbesondere unsere **Gesetzgebung**, immer komplizierter und umfangreicher. Zum anderen haben immer mehr **Menschen** direkt Angst und Furcht davor, sozial abzustiegen, Armut zu erleben, ausgegrenzt zu werden. Auch hier bietet die Bürgerbeauftragte eine Anlaufstelle, um Menschen individuell zu beraten und zu unterstützen.

Die SPD-Landtagsfraktion sagt auch in diesem Jahr der Bürgerbeauftragten und ihren engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter herzlichen Dank für die geleistete Arbeit.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Mit Professionalität, mit menschlicher Wärme und intensivem Eingehen auf die Belange des einzelnen leisten die Bürgerbeauftragte und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einen wesentlichen Beitrag für eine bürgerfreundlichere Verwaltung und stärken das Vertrauen der **Menschen** in Verwaltung und Verwaltungshandeln. Denn auch **Verwaltungshandeln** muß nachvollziehbar sein und hinterfragbar bleiben.

Diese Werte werden von der CDU aber geringgeschätzt. Die Stelle der Bürgerbeauftragten soll abgeschafft werden. Als Begründung dafür muß ein Aufrechnen herhalten. Buchhaltermäßig teilt die CDU Kosten durch die Zahl der Fälle, die Zahl der Anfragen durch die der Mitarbeiter und kritisiert, daß vieles durch einfaches Telefonieren erledigt wird. Dies ist eine sehr oberflächliche Betrachtung und wird unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten viel zu kurz gestreift.

Die Arbeit der Bürgerbeauftragten führt dazu, daß unnötige Verwaltungsarbeit verringert wird. Sie berät Menschen, bevor sie Verwaltungsgerichte oder Sozialgerichte anrufen. Sie entlastet mit ihrer Tätigkeit die Justiz und glättet oft sich in die Länge ziehende Streitigkeiten. Dies verhindert ein Ausgeben von Geld. Dies rechnet die CDU natürlich nicht dagegen; zumindest hat es Herr Kayenburg in seiner Presseerklärung nicht getan. Sie rechnet auch nicht dagegen, daß Sozialämter und andere Bürgerämter durch die Arbeit der Bürgerbeauftragten entlastet werden.

Der Bericht der Bürgerbeauftragten spiegelt ein Stück gesellschaftlicher Realität wider. Er ist ein Gradmesser für die soziale Lage in unserer **Gesellschaft**, für unseren Umgang mit in Not geratenen Menschen und Bedürftigen. In diesem Sinne ist die Arbeit der Bürgerbeauftragten nicht nur von großer Bedeutung, sondern sie ist auch Vertrauensarbeit in unsere Gesellschaft. Menschen, die Beratung und Hilfe brauchen, können sich vorbehaltlos an die Bürgerbeauftragte wenden.

Den Bericht der Bürgerbeauftragten wollen wir im Sozialausschuß vertiefend und abschließend diskutieren.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Vorreiter.

Kläre Vorreiter [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst möchte ich Frau Warnicke und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für den von ihr abgegebenen Bericht herzlich danken.

(Beifall bei CDU und SPD)

Gerade auch dieser dritte **Tätigkeitsbericht der Bürgerbeauftragten** für soziale Angelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein macht deutlich: Je größer das Beratungsangebot - egal, auf welchem Gebiet -, desto größer die Nachfrage.

Gleich im ersten Satz Ihres Vorwortes zu dem Bericht gehen Sie, sehr verehrte Frau Warnicke, auf diesen oft erhobenen Vorwurf ein. Sie weisen diese Auffassung von der Tätigkeit der Bürgerbeauftragten als einen Irrtum zurück und betonen, daß die durchgeführten Beratungen neutral und auf die Bedürfnisse des einzelnen ausgerichtet sind.

(Frauke Walhorn [SPD]: Das sind sie auch!)

Diese Annahme wird von uns überhaupt nicht in Frage gestellt. Aber die Schaffung solch einer zusätzlichen **Anlaufstelle für Bürgerinnen und Bürger** neben dem **Eingabenausschuß** und den weiteren zahlreichen anderen Möglichkeiten der **Bürgerberatung** bedarf bei einem Einsatz von knapp einer Million DM im Jahr einer besonderen Rechtfertigung, dies ganz besonders in Anbetracht der Haushaltslage unseres Landes. Wenn denn die Beratungswünsche so ansteigen wie bisher, können wir uns ausrechnen, wie

(Kläre Vorreiter)

Personal- und Finanzbedarf in den kommenden Haushalten zu veranschlagen sein werden.

So also kann es nicht weitergehen. Ohne polemisch und böswillig gegen irgend jemanden - und schon gar nicht gegen Frau Warnicke - reden zu wollen, werden wir gezwungen sein, über neue und effizientere Beratungsmöglichkeiten - und zwar in Verbindung mit dem Eingabenausschuß - nachzudenken.

(Beifall bei der CDU)

Wenn hier eine **Verzahnung** möglich wäre, wäre auch das immer wieder beklagte Fehlen von Bürgernähe beim Eingabenausschuß durch die bürgernahe Tätigkeit der Bürgerbeauftragten hervorragend zu ergänzen. Dies gilt für die Themenbereiche genauso, denn Bürgergespräche, Dienstleistungsabende, Telefonsprechstunden, Außensprechtage - alle diese Angebote könnten auch von einer verknüpften Dienststelle „Bürgerbeauftragte/Eingabenausschuß“ angeboten und wahrgenommen werden.

Es lohnt sich durchaus, liebe Kolleginnen und Kollegen, einmal einen Blick über den bewußten Tellerrand zu tun, nämlich in andere Bundesländer. Wir haben dort einmal nachgefragt, welche **Angebote** dieser Art es in den anderen **Bundesländern** gibt.

Die Angaben, die wir dort erfahren haben, waren durchaus überraschend. Unsere Fragen lauteten:

Erstens: Gibt es dort eine Bürgerbeauftragte oder einen Bürgerbeauftragten?

Zweitens: Wenn ja: Arbeitet diese oder dieser hauptamtlich?

Drittens: Wie viele Mitarbeiter gibt es in dieser Dienststelle?

Viertens: Wie hoch sind die Finanzmittel, die das jeweilige Land zur Verfügung stellt?

Die Antworten waren verblüffend. Nur in zwei Bundesländern, nämlich Mecklenburg-Vorpommern und Rheinland-Pfalz, besteht eine solche Einrichtung wie bei uns, und zwar hauptamtlich besetzt.

In Hamburg ist ein Büro für die Fragesteller eingerichtet worden, und in allen anderen Bundesländern gibt es so eine Dienststelle überhaupt nicht, also auch keine Mittel im Haushalt.

Nun behaupte ich einfach, daß in diesen zwölf Bundesländern auch Beratungen zur Zufriedenheit der Ratsuchenden stattfinden und so eine Einrichtung offenbar nicht vermißt wird. Es ist also die absolute **Ausnahme**, wenn **Schleswig-Holstein** sich eine Bürgerbeauftragte leistet. Es muß also bei unserer

schlechten Haushaltslage erlaubt sein, über andere Konstruktionen nachzudenken.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Röper [CDU])

Bitte, lassen Sie uns dies ohne Emotionen gemeinsam tun.

Jetzt noch kurz zu einigen Punkten des Berichtes! Ein wenig unbefriedigend finde ich die **Auswertung der Anregungen** zur Änderung oder Ergänzung gesetzlicher und anderer Regelungen, die an die einzelnen Ministerien gerichtet wurden. Von den zehn vorgetragenen „Wünschen“ ist nur einer erledigt, zwei sind in der Beratung und sieben sind unerledigt. Ein so mageres Ergebnis - wie ich finde - muß man wohl in Frage stellen dürfen, und man muß nachfragen dürfen: Wie ernst nehmen eigentlich diese Häuser die Hinweise, die von Frau Warnicke kommen?

Auf die Einzelbeispiele will ich hier nicht noch einmal besonders eingehen, aber aus allen Vorgängen wird deutlich. Die Ratsuchenden werden aus den komplizierten Vorschriften und den gesetzlichen Bestimmungen nicht mehr schlau. Dies gilt für die Wohngeldgewährung, die Rundfunkgebührenbefreiung, das Landesblindengeld, das Opferentschädigungsgesetz und natürlich besonders für die Pflegeversicherung.

(Zuruf der Abgeordneten Frauke Walhorn [SPD])

Das Fazit kann doch nur ein Aufruf an uns alle sein: Einfachere, lesbarere und „handlebarere“ Gesetze und Vorschriften müssen endlich geschaffen werden.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Frau Abgeordnete, denken Sie an Ihre Redezeit!

Kläre Vorreiter [CDU]:

Ja, ich komme zum Schluß. Entbürokratisierung, wie lange gefordert, wäre das Zauberwort. Wenn dies gelingen würde - das ist ein Appell an uns alle -, hätten wir uns wahrscheinlich nur über wenige Ratsuchende den Kopf zu zerbrechen.

(Beifall bei der CDU - Frauke Walhorn [SPD]: So einfach machen Sie sich das!)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Fröhlich.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die **Bürgerbeauftragte** und ihre Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen erfüllen zwei Funktionen. Zum einen helfen sie individuell den Menschen, die in einer Notlage sind, und die zweite, ebenso wichtige oder vielleicht sogar noch wichtigere Funktion besteht darin, daß sie uns Politikerinnen und Politikern ein Feedback über Gesetzesleistungen geben, also praktisch eine Art Evaluation dessen, was wir alles so produzieren, und nicht nur wir hier, sondern auch die Kolleginnen und Kollegen in Bonn.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Bürgerbeauftragten und die Bürgerbeauftragte selber - das können wir in dem Bericht nachlesen - erfahren dort umfassend, wie sich die **Entscheidungen** der Politikerinnen und Politiker im Alltag der **Menschen** auswirken, und sie machen Vorschläge, wie diese verbessert werden könnten. Für diese Arbeit ganz besonders möchte ich allen, die daran mitgewirkt haben, ausdrücklich danken. Ich bitte, das auch an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiterzugeben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich empfinde es als alarmierend - das muß ich dann allerdings auch sagen -, daß die Sozialhilfe das Dauerschwerpunktthema geblieben ist. Dies zeigt uns, daß die Beratung, die sowohl nach dem Bundessozialhilfegesetz als auch nach dem Sozialgesetzbuch vorgesehen ist, nicht in ausreichender Weise und vielleicht manchmal auch nicht mit allem Respekt und mit aller Ernsthaftigkeit stattfindet. Das ist bedauerlich. Ich glaube, es zeigt einen Mangel an Demokratiebewußtsein auf. Denn nur wer sich in die Schuhe der anderen stellen kann, kann auch demokratisch mit anderen zusammen an einem Stück gemeinsam arbeiten. Mit anderen Worten: Würden die gesetzlich vorgesehenen Aufgaben besser erfüllt, wäre die Arbeit der Bürgerbeauftragten seltener erforderlich.

Dies ist nun allerdings mit einer verschlankten Verwaltung, an der gar kein Weg vorbeigeht - das soll unbestritten sein, Frau Vorreiter -, kaum zu bewältigen. Das ist auch zu sagen. Wir müssen auch an dieser Stelle, wenn wir **Strukturveränderungen** in der Verwaltung vornehmen wollen, bedenken, daß es in vielen Fällen auch um menschliche Begegnung geht, die nicht zu ersetzen ist. Der Bericht zeigt damit also auch deutlich, daß unser derzeitiges System der sozialen Sicherung in Frage gestellt werden muß.

Frau Warnicke weist darauf hin, daß die einzelnen Gesetze für den Bürger inhaltlich nicht mehr nachvollziehbar sind. Auch die Vielfalt verschiedener Leistungsgesetze machen die **Rechtslage** äußerst unüber-

schaubar und verursacht durch die Vielzahl der Behörden zudem hohe Kosten. Hier ist der Gesetz- und Verordnungsgeber aufs äußerste gefragt. Ich schließe mich da den Worten von Frau Vorreiter durchaus an.

Viele soziale Leistungen, insbesondere die **Sozialhilfe**, waren ursprünglich für Ausnahmefälle gedacht und dementsprechend ausgestaltet. Die Sozialhilfe ist bevormundend, was die Lebensführung betrifft und erfordert damit nebenbei auch einen hohen Verwaltungsaufwand.

Heute ist ein großer Teil der Bevölkerung mittel- oder langfristig auf staatliche Leistungen angewiesen. Die soziale Sicherung muß daher neu gestaltet werden. Sie muß vereinfacht werden, indem viele Einzelleistungen, die bei den verschiedensten Ämtern zu beantragen sind, zu einer Grundsicherung zusammengefaßt werden.

Das zweite große Aufgabenfeld der Bürgerbeauftragten ist die **Pflegeversicherung**. Hier zeigt der Bericht, daß die derzeitige Praxis der Leistungsgewährung den Betroffenen nicht die Hilfe bietet, die bei ihrer Einführung vollmundig versprochen worden ist. Leider sind damit die Befürchtungen der Grünen voll in Erfüllung gegangen, und es ist wahrlich nicht immer schön, recht zu behalten. Beispielsweise empfinde ich es als äußerst zynisch - ich will es nur als einziges Beispiel herausgreifen -, wenn die Behauptung einer Verringerung des Pflegebedarfs damit begründet wird, daß fehlende Gliedmaßen einen geringeren Zeitaufwand für die Körperpflege ergäben. Das ist ziemlich am Rande der Menschenwürde, und das in einem der reichsten Länder der Erde!

Die Arbeit der Bürgerbeauftragten hat sich damit als wichtig erwiesen. Trotzdem bin ich der Meinung, daß Beauftragte in verstärktem Maße für diejenigen bestellt werden sollten, die sich keine **Lobby** schaffen können, weil sie keine Wählerinnen oder Wähler sind und weder das aktive noch das passive Wahlrecht haben. Damit können sie ihren Interessen selber kaum Nachdruck verleihen. Im Gegensatz zu den deutschen Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfängern haben Kinder und Ausländerinnen und Ausländer und insbesondere Flüchtlinge keine Möglichkeit, in Verbänden oder ähnlichem Druck auf Politikerinnen und Politiker auszuüben.

Vor dem Hintergrund der dramatisch ansteigenden öffentlichen Verschuldung fragen wir Grünen aber auch, ob es nicht ein guter Weg von Effizienz und im Sinne der berühmten **Synergieeffekte** sein könnte, die Arbeitskapazitäten in dem Büro der Bürgerbeauf-

(Irene Fröhlich)

tragen mit für andere Beauftragte zu nutzen. Insofern greife ich auf die Idee von Frau Vorreiter zurück.

Abschließend weise ich darauf hin, daß die Grünen bisher lediglich verantwortlich sind für Hauptamtlichkeit des Beauftragten für Menschen mit Behinderung. Wir glauben allerdings, daß es **Beauftragte im Lande** gibt, über deren Sinn man nachdenken könnte. Die Bürgerbeauftragte und der von uns gewünschte Migrations- beziehungsweise Flüchtlingsbeauftragte gehören nicht dazu, letzterer schon deswegen nicht, weil besonders die Flüchtlinge durch bundesgesetzliche Regelungen in ihren Rechten derart beschnitten sind, daß es ein Mindestgebot der Menschlichkeit ist, ihnen jemanden zur Seite zu stellen, der gesellschaftliches Sprachrohr für sie ist, so wie es die Bürgerbeauftragte für die durch Sozial- oder Pflegeversicherung Betroffenen ist.

(Glocke des Präsidenten)

- Herr Präsident, ich war beim letzten Wort.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das war für mich nicht so eindeutig zu erkennen.

Ich erteile das Wort nun der Frau Abgeordneten Aschmoneit-Lücke.

Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn die Frau **Bürgerbeauftragte** gelegentlich den Vorwurf hört - wie sie selbst mitteilt -, sie wecke neue Bedürfnisse in der Bevölkerung, und das entrüstet von sich weist, dann greift sie - vermutlich ungewollt - einen von Jean-Baptiste Say - einem Vertreter der klassischen Nationalökonomie - aufgestellten Lehrsatz auf: „Jedes Angebot schafft sich seine Nachfrage.“

Und tatsächlich, es fragen jedes Jahr mehr Bürgerinnen und Bürger bei Frau Warnicke nach, die früher nicht bei ihr um Rat nachsuchen konnten, weil es die Bürgerbeauftragte nicht gab. Es ist also unbestritten, daß sich Frau Warnicke ihre Nachfrage erfolgreich selbst geschaffen hat. Sie hat das auf eine außerordentlich lebenswürdige, weil menschliche Art getan, wofür ich ihr ganz herzlich danke.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten verpflichtet sich selbst zur neutralen **Beratung** der Bürgerinnen und Bürger. Jedenfalls habe ich das so verstanden. Daher hoffe ich, daß diese Beratungen

doch etwas neutraler sind als das Vorwort zu ihrem Bericht.

Liebe Frau Warnicke, ich sage ganz deutlich, daß ich mich darüber geärgert habe, daß Sie von „sehr breit gewordenen Maschen des sozialen Netzes“ sprechen.

(Ursula Kähler [SPD]: Mit Recht!)

- Frau Kähler, die **Sozialquote** der Bundesrepublik verharrt seit nahezu zwei Jahrzehnten auf rund einem Drittel des gesamten erwirtschafteten Bruttoinlandsprodukts. Das heißt, der Anteil der Sozialausgaben macht gut 33 % des Bruttoinlandsprodukts aus. Und das seit Jahrzehnten!

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber es betrifft immer mehr Menschen! Das ist das Dramatische!)

- Das Bruttoinlandsprodukt ist auch entsprechend gestiegen, liebe Frau Kollegin. Sie sollten sich die Relation einmal ansehen.

Nicht diejenigen, die durch notwendige Reformen die soziale Sicherung erhalten, sondern diejenigen, die nicht müde werden, von der Demontage des Sozialstaates zu sprechen, gefährden den sozialen Frieden und setzen den gesamtgesellschaftlichen Konsens aufs Spiel.

Nach der Lektüre des Tätigkeitsberichtes stelle ich mehr denn je die Frage, ob diese **Institution** in ihrer gegenwärtigen Form wirklich erforderlich ist. Das hat überhaupt nichts mit dem sozialen Engagement von Frau Warnicke und ihren Mitarbeitern zu tun. Das hat im übrigen auch nichts damit zu tun, daß die Menschen berechtigterweise Nachfragen haben, weil sie das alles nicht mehr verstehen. Ich stelle nur fest, daß die Fragen zur Pflegeversicherung, zu den Pflegekassen, die für mich absolut selbstverständlich sind, weil wir alle wissen, daß da ganz viel schief läuft und daß man es schlicht und einfach nicht mehr versteht, auch an andere Institutionen gestellt werden könnten.

(Frauke Walhorn [SPD]: Welche denn?)

- Das sage ich Ihnen gleich: Die Ministerien, die Behörden sind sicherlich ein schwieriger Anlaufpunkt; darüber sind wir uns einig; aber ich möchte da auf etwas zurückkommen, was ich auch früher von dieser Stelle aus schon gesagt habe. Wir haben auch einen **Eingabenausschuß**.

(Frauke Walhorn [SPD]: Das ist nicht zu vergleichen!)

- Liebe Kollegin Walhorn, wir werden, da bin ich ganz sicher, angesichts der finanziellen Verhältnisse in diesem Lande genau zu dieser Lösung irgendwann kommen müssen, und dann wird auch die von Ihnen

(Christel Aschmoneit-Lücke)

getragene Landesregierung um diese Lösung, die wir seit Jahren vorschlagen, angesichts der finanziellen Situation eines Tages nicht herumkommen.

(Zuruf der Abgeordneten Frauke Walhorn [SPD])

Und da Sie, liebe Frau Kollegin Walhorn, ja Mitglied dieses Eingabenausschusses sind, genauso wie die Kollegin Franzen,

(Frauke Walhorn [SPD]: Und deshalb weiß ich um die Arbeit dort!)

weiß ich, daß Sie außerordentlich gute Bürgerbeauftragte für unsere Bürgerinnen und Bürger sind

(Beifall des Abgeordneten Klaus Schlie [CDU] - Zuruf der Abgeordneten Frauke Walhorn [SPD])

und diese Fragen, die jetzt an Frau Warnicke gestellt werden, beantworten können. Ich muß Ihnen das doch sagen, ich weiß doch, daß Sie das sind, denn ich höre doch immer wieder aus dem Eingabenausschuß, daß Sie sehr gute Vertreterinnen sind; und daß Sie diese Fragen eben irgendwann mitbehandeln werden. Die Bürgerbeauftragte wäre dort also richtig angesiedelt.

(Ingrid Franzen [SPD]: Das hätten Sie wohl gern!)

- Das hätte ich nicht nur gern, sondern ich bin auch fest davon überzeugt, daß es aufgrund der finanziellen Situation dazu kommen wird. Ich denke, das ist auch der richtige Weg.

(Zuruf der Abgeordneten Frauke Walhorn [SPD])

Frau Walhorn glaubt es nicht. Ich traue es ihr zu, auch diese Dinge mitzubehandeln.

(Zurufe der Abgeordneten Frauke Walhorn [SPD] und Klaus-Peter Puls [SPD])

- Schön, es ist jetzt fast ein Zwiegespräch zwischen Frau Walhorn und mir. Aber allen Ernstes, Herr Kollege Puls: Ich bin fest davon überzeugt, auch Sie werden irgendwann dazu kommen. Das hat, wie gesagt, überhaupt nichts damit zu tun, daß ich mich nicht bei Frau Warnicke und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihre sehr engagierte Arbeit hier bedanken will, und das möchte ich nun am Schluß meines Debattenbeitrags ausdrücklich tun.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zuerst möchte ich etwas zum Bericht sagen und anschließend auf das eingehen, was vorhin zum Beispiel von der Kollegin Vorreiter und jetzt auch von der Kollegin Aschmoneit-Lücke gesagt worden ist.

Wir haben es jetzt mit dem dritten **Tätigkeitsbericht der Bürgerbeauftragten** zu tun. Dieser Bericht dokumentiert durchweg eine erfolgreiche Arbeit.

(Beifall bei SSW und SPD)

Insofern kann der SSW die Forderung der CDU nach Abschaffung der Bürgerbeauftragten überhaupt nicht nachvollziehen.

(Beifall bei SSW und SPD)

Offenbar hat es zwei Ursachen für das Zustandekommen dieser Forderung gegeben, nämlich erstens kostet es Geld, eine Bürgerbeauftragte zu haben, und zweitens wurde behauptet, die Aufgaben könnten ebensogut vom **Eingabenausschuß** gelöst werden. Auch das klang vorhin massiv an.

Daß die letzte Behauptung nicht zutrifft, ergibt sich bereits daraus, daß die Bürgerbeauftragte und ihre Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen den Hilfesuchenden in 80 % der Fälle helfen konnten. Frau Vorreiter, ich weiß nicht, woher Sie Ihre Zahlen haben. Ich habe meine aus dem Bericht.

(Beifall bei SSW und SPD)

Von einer solchen Erfolgsquote ist der Eingabenausschuß weit entfernt. Und ich möchte noch einmal hinzufügen, damit kein falscher Zungenschlag entsteht: Ich habe nichts gegen den Eingabenausschuß. Ich weiß, daß man dort sehr engagiert arbeitet. Ich will die Mitglieder des Eingabenausschusses überhaupt nicht verletzen. Aber objektiv gesehen steht fest, daß die Bürgerbeauftragte effektiver und erfolgreicher arbeitet. Auf den Erfolg ihrer Eingaben kommt es den Hilfesuchenden in erster Linie an. Ich kann es überhaupt nicht akzeptieren, wenn gesagt wird, man schaffe die eigene Nachfrage. Das kann doch wohl nicht der Tenor sein.

Daß für die Arbeit der Bürgerbeauftragten und ihres Teams Geld zur Verfügung gestellt werden muß, ist klar. Aus der Sicht des SSW gibt es auch drei gute Gründe, sich diesen Luxus weiterhin zu leisten. Auf diese Gründe stößt zwangsläufig, wer sich den Bericht der Bürgerbeauftragten zu Gemüte führt.

Erstens. Das mit der **Verwaltungsreform** verfolgte Ziel der bürgernahen und bürgerfreundlichen Verwaltung ist noch nicht erfolgreich umgesetzt worden. Ich wage, zu behaupten: Es wird noch lange dauern,

(Anke Spoorendonk)

bis wir dieses Ziel erreicht haben. Viele Hilfesuchende wenden sich an die Bürgerbeauftragte, weil sie in Behörden die Beratung, auf die sie einen Anspruch haben, nicht erhalten. Das liegt nicht nur an den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, deren Anzahl durch die Reform stark dezimiert worden ist. Denn Sie wollen ja auch den schlanken Staat, Frau Aschmoneit-Lücke und Frau Vorreiter. Sonst würde die Bürgerbeauftragte am Ende das tun, was die Behörden aufgrund ihrer personalmäßigen Ausstattung nicht leisten können. Darum geht es nicht. Dazu dürfen wir natürlich nicht gelangen.

Es liegt überwiegend an den **Landes- und Bundesgesetzen**, die allzuhäufig schlecht und nicht zu verstehen sind. Wir sind uns wiederum einig, daß da etwas gemacht werden muß. Aber auch das, so wage ich zu behaupten, hat lange Aussichten. Wie gesagt, hier ist der Gesetzgeber, auch der Landesgesetzgeber - das sind wir - gehalten, Gesetze klarer und verständlicher zu formulieren.

Zweitens. Aus dem Bericht der Bürgerbeauftragten geht hervor, daß **Leistungsgesetze aus Kostengründen** immer restriktiver ausgelegt werden. Ich habe nicht so viel Zeit, das näher ausführen zu können. Aber wir wissen, was gemeint ist. Diese Auslegung birgt die Gefahr, daß vor allen Dingen diejenigen Bürgerinnen und Bürger zu kurz kommen, die Entscheidungen stillschweigend hinnehmen. Sehr viele Menschen nehmen Entscheidungen stillschweigend hin.

Der Bericht zeigt auf, wie groß die Anzahl von Entscheidungen ist, die nach erfolgter Einmischung durch die Bürgerbeauftragte revidiert werden. Das heißt, sehr häufig genügt ein Anruf von ihr, und gleich hat man ein Ergebnis. Das Sparen am falschen Ort macht hier deutlich, wie wichtig die Institution der Bürgerbeauftragten in Zeiten knapper Kassen ist.

Drittens. Der Bericht spiegelt eine zunehmende Wut gegenüber einer übermächtig erscheinenden **Verwaltung** wider. Das sollte uns allen Sorge machen. Denn so schließt sich unserer Meinung nach der Kreis. Auch diese Aussage unterstreicht, daß die **Bürgerfreundlichkeit**, die mit der Verwaltungsreform erreicht werden sollte, zumindest noch nicht realisiert ist. Um so wichtiger ist daher eine Instanz, zu der die Bürgerinnen und Bürger Vertrauen haben und an die sie sich wenden können.

Für den SSW steht nach alledem fest, daß wir auf die Bürgerbeauftragte keinesfalls verzichten können. Ich möchte mich an dieser Stelle sowohl bei Frau Warnicke als auch bei ihrem Team für ihren Einsatz ganz herzlich bedanken. Leider fehlt mir die Zeit, auf weitere Einzelheiten des Berichts einzugehen.

Dennoch möchte ich eine Kritik an uns alle loswerden. Peinlich berührt war ich darüber, in wie wenig Fällen wir gegenüber den Mißständen tätig geworden sind, die bereits im letzten Tätigkeitsbericht aufgeführt waren. In Landesangelegenheiten sollten wir uns künftig nicht darauf beschränken, die Kritik der Bürgerbeauftragten einfach wahrzunehmen. Wir sollten uns bemühen, Abhilfe zu schaffen, wo es uns möglich ist.

Jetzt blinkt es hier leider ganz schrecklich. Aber ich will doch sagen: Der SSW will demnächst einen Antrag einbringen, der etwas mit dem zu tun hat, was Frau Vorreiter sagte. Wir finden, man sollte sich ganz ernsthaft überlegen, ob nicht das Rheinland-Pfalz-Modell für Schleswig-Holstein attraktiv sein könnte.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Sie müssen jetzt zum Schluß kommen!

Anke Spoorendonk [SSW]:

Als letztes: Die **Ombudsmann-Institution**, um die es geht, ist europaweit anerkannt. Die Bundesrepublik, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist in dieser Hinsicht ein Entwicklungsland. Auch das muß man einmal sagen. Wir befinden uns hinter dem Mond, wenn wir meinen, daß wir mit unserem **Petitionswesen** etwas Zukunftsweisendes machen.

Also sollten wir uns mit der Geschichte hier noch einmal befassen. Wie gesagt, wir vom SSW werden mitarbeiten und einen Antrag stellen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Vielen Dank für den langen Schlußsatz!

Das Wort hat Frau Ministerin Moser.

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Anlässlich der Beratung des zweiten Tätigkeitsberichts der Bürgerbeauftragten habe ich im Mai 1997 für die Landesregierung auf drei Qualitätsmerkmale der Arbeit unserer Bürgerbeauftragten hingewiesen: erstens die hohe Zahl der Eingänge und die rege Inanspruchnahme der Telefonaktion und der Außentermine, zweitens die hohe Zahl der durch Beratung und Auskunft geklärten Eingaben und drittens die gegenüber dem vorhergehenden Berichtszeitraum gewachsene Quote der Erledigungen im Sinne der hilfesuchenden Bürgerinnen und Bürger.

(Ministerin Heide Moser)

Meine Damen und Herren, sehr geehrte, liebe Frau Warnicke, für alle drei Merkmale weist der dritte **Tätigkeitsbericht der Bürgerbeauftragten** nochmals eine Qualitätssteigerung auf.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Zahl der Neueingaben hat sich um 24,5 % auf 2111 erhöht. Die **Quote der Erledigung** durch Auskunft und Beratung ist nochmals kräftig angestiegen: auf 71 %. Die Quote der zulässigen Eingaben, die nicht im Sinne der Hilfesuchenden erledigt wurden, hat sich gegenüber dem letzten Jahr fast halbiert.

Hinter diesen Zahlen - das wurde schon in allen anderen Beiträgen deutlich - steckt sehr viel persönliches Engagement. Ich denke, die individuelle Hilfe, die geleistet wird, trägt insgesamt auch zur sozialen Stabilisierung unseres Gemeinwesens bei.

Angesichts dieser Entwicklung darf ich Ihnen, Frau Warnicke, und Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auch in diesem Jahr seitens der Landesregierung sehr für Ihre erfolgreiche Arbeit danken.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. und SSW)

Dank sagen möchte ich Ihnen auch im Namen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesregierung für Ihren Hinweis in dem Bericht auf den engen Kontakt und den regen Meinungsaustausch mit den Resorts.

Ich denke, in der anstehenden Ausschlußberatung zu den inhaltlichen Schwerpunkten Ihres Berichts, Frau Warnicke, werden wir bei vorhandener gemeinsamer sozialpolitischer Basis sicher nicht nur auf finanzielle Engpässe und Unmöglichkeiten stoßen, sondern auch auf ganz echte Zielkonflikte. Es wird darüber hinaus deutlich werden, daß **Einzelfallgerechtigkeit** nicht immer erreicht werden kann. Dies ist sicherlich eine Untertreibung; denn auch das beste Gesetz wird sie niemals garantieren können. Das macht natürlich auch die Notwendigkeit Ihrer Einrichtung noch einmal sehr deutlich.

Ihr Amtsverständnis, Frau Warnicke, eben nicht nur für Einzelfälle Korrekturen zu ermöglichen, sondern als - wie Sie es immer sagen - „Frühwarnsystem“ auch notwendige rechtliche Änderungen und Nachbesserungen auf den Weg zu bringen, ist nicht nur für das **Parlament**, sondern selbstverständlich auch für die Arbeit der **Fachressorts** eine Hilfestellung.

(Beifall bei SPD und SSW)

Da wir hier nicht Süßholz raspeln wollen, füge ich hinzu: Nicht in allen Fällen ist es möglich, die Kor-

rekturen, die von der Bürgerbeauftragten angemahnt werden, rechtlich wirklich durchzusetzen. Das gilt vor allen Dingen dann, wenn sich daraus größere finanzielle Belastungen ergeben würden.

Ich darf am Schluß ein etwas ungewöhnliches Wort des Dankes sagen. Ich bin Frau Warnicke sehr dankbar, daß sie bei allem Engagement, welches sie für die Menschen, aber auch für die sozialen Strukturen generell einsetzt, bereit ist, es zu akzeptieren, wenn gesagt wird: Wir halten dieses oder jenes zwar für notwendig und richtig, aber im Moment ist es nicht finanzierbar. Daß sie solche Situationen mitträgt, verdient ein Dankeschön.

(Beifall bei SPD und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schließe ich die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Bericht der Bürgerbeauftragten zur abschließenden Beratung dem Sozialausschuß zu überweisen. Eine Mitberatung ist nicht beantragt worden. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Einstimmig so beschlossen!

Ich rufe Tagesordnungspunkt 18 auf:

Abschaffung der Prüfervergütungen für Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1360

Bericht und Beschlußempfehlung des Bildungsausschusses

Drucksache 14/1451

Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 14/1502

Ich erteile der Frau Abgeordneten Röper als Berichterstatterin des Bildungsausschusses das Wort.

Ursula Röper [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Bildungsausschuß empfiehlt im Einvernehmen mit dem Finanzausschuß - mit fünf Stimmen der SPD, drei Stimmen der CDU und der Stimme von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der F.D.P. und bei einer Enthaltung aus den Reihen der CDU -, den Antrag unverändert anzunehmen. Wir schlagen gleichzeitig vor, daß der Antrag des SSW, Drucksache 14/1502, auch angenommen wird.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich danke der Frau Berichterstatterin. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall.

Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, eine Aussprache nicht durchzuführen. - Dem wird nicht widersprochen; dann wird so verfahren.

Wir kommen zur Abstimmung. Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag des SSW, Drucksache 14/1502, abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Herr Abgeordneter Klug, war das von Ihnen ein verspätetes Nein oder Enthaltung?

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Enthaltung!)

- Ja, das passiert, wenn man so spät in den Saal kommt; dann ist das mit der Abstimmung etwas unklar. - Also, bei Stimmenthaltung der F.D.P. so beschlossen!

Jetzt lasse ich über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit der eben beschlossenen Änderung abstimmen. Wer diesem jetzt zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist dieser Antrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und SSW gegen die Stimmen der F.D.P. angenommen worden.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 8:

Berichts-antrag: Auswirkungen der Urteile des BVerwG vom 19. Mai 1998 betreffend Naturschutzklagen gegen die Ostsee-Autobahn bei Lübeck (A 20)

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 14/1455 (neu)

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich lasse also über den Antrag in der Sache abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Einstimmig so beschlossen!

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 19:

Eine-Welt-Beirat

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1251

Bericht und Beschlußempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses
Drucksache 14/1456

Ich erteile dem Berichterstatter des Innen- und Rechtsausschusses, Herrn Abgeordneten Maurus, das Wort.

Heinz Maurus [CDU]:

Im Einvernehmen mit dem Europaausschuß empfiehlt der Innen- und Rechtsausschuß mit sechs Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen vier Stimmen der CDU, den Antrag unverändert anzunehmen.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall.

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich lasse über den Antrag abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist dieser Antrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 20 auf:

Frauenförderung bei Umwandlung oder Neugründung von Unternehmen des Landes

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1064

Bericht und Beschlußempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses
Drucksache 14/1457

Ich erteile dem Berichterstatter des Innen- und Rechtsausschusses, Herrn Abgeordneten Maurus, das Wort.

Heinz Maurus [CDU]:

Der Wirtschaftsausschuß und der Innen- und Rechtsausschuß haben sich in jeweils zwei Sitzungen mit dem Antrag auseinandergesetzt. Dabei stand in der einen Sitzung ein Schreiben des Ministeriums für Finanzen und Energie des Landes Schleswig-Holstein im Mittelpunkt der Beratungen. Aus diesem Schreiben geht deutlich hervor - ich zitiere -:

„Die Anwendung des Gleichstellungsgesetzes zur Bedingung zu machen, dürfte allerdings mit den gesellschaftsrechtlichen Treuepflichten, die die Gesellschafter gegenüber den übrigen Mitgesellschaftern und der Gesellschaft selbst haben, nicht vereinbar sein. Denn geschuldet ist ein Verhalten, das den unternehmerischen Zielen der Gesellschaft zu dienen bestimmt ist.

So wünschenswert auch eine verstärkte Berücksichtigung der Belange der Frauen in der gewerblichen Wirtschaft ist, so wenig kann

(Heinz Maurus)

mit den avisierten Mitteln des Zwanges und der Bedingung hier eine Abhilfe geschaffen werden ...“

Aufgrund dieser Einschätzung der Rechtswidrigkeit des Antrages hat der Innen- und Rechtsausschuß den Wissenschaftlichen Dienst ebenfalls um eine Stellungnahme gebeten. Der Wissenschaftliche Dienst hat ausgeführt, daß aus seiner Sicht gegen den Antrag keine rechtlichen Bedenken bestehen, wenn klargestellt wird, daß die Landesregierung nur insoweit für die Weiterführung der Frauenförderung Sorge tragen soll, als ihr dies rechtlich möglich ist.

Diese Klarstellung sollte durch eine entsprechende Änderung des Antrages erfolgen; möglich erscheint auch eine Klarstellung durch entsprechende Äußerung der Antragsteller im Plenum.

Der Innen- und Rechtsausschuß hat dann im Einvernehmen mit dem beteiligten Ausschuß dem Landtag mit sechs Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen vier Stimmen der CDU empfohlen, den Antrag unverändert anzunehmen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Einen rechtswidrigen Antrag!)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Danke sehr, Herr Berichterstatter. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Frau Abgeordnete Franzen!

(Ingrid Franzen [SPD]: Herr Präsident, nicht zum Bericht, aber inhaltlich zum Thema!)

- Ich hatte ja gefragt, ob es Wortmeldungen zum Bericht gibt. - Frau Abgeordnete Franzen hat das Wort.

Ingrid Franzen [SPD]:

Herr Präsident! Ich will für die antragstellende SPD-Landtagsfraktion hier gern erklären, daß wir noch nie - deshalb auch nicht mit diesem Antrag - die Landesregierung zu etwas auffordern wollten, was ihr rechtlich nicht möglich wäre.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Gibt es weitere Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung, weil eine Aussprache nicht vorgesehen ist.

Ich lasse über den Antrag abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist dieser Antrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. angenommen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 21 auf:

Vandalismus

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 14/1206

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 14/1224

Bericht und Beschlußempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses

Drucksache 14/1459

Ich erteile dem Berichterstatter des Innen- und Rechtsausschusses, Herrn Abgeordneten Maurus, das Wort.

Heinz Maurus [CDU]:

Herr Präsident, ich verweise auf die Vorlage.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Danke sehr, Herr Berichterstatter. Gibt es Wortmeldungen zu diesem Bericht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Der Ausschuß empfiehlt, den Antrag Drucksache 14/1206 abzulehnen. Ich lasse über diesen Antrag abstimmen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist dieser Antrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und F.D.P. gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Der Ausschuß empfiehlt weiterhin, den Antrag Drucksache 14/1224 unverändert anzunehmen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Was denn? Welcher Antrag?)

- Antrag Drucksache 14/1224 der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Vandalismus!

(Martin Kayenburg [CDU]: Nein, nein!)

- Ich wiederhole die Abstimmung: Wer dem Antrag Drucksache 14/1224 in unveränderter Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Stimmenthaltungen? - Dann ist dieser Antrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW gegen die Stimmen der F.D.P. bei einer Stimmenthaltung aus den Reihen der CDU angenommen.

(Unruhe)

Ich bitte auch auf der Regierungsbank um Aufmerksamkeit.

(Präsident Heinz-Werner Arens)

Wir kommen jetzt zu Tagesordnungspunkt 23:

Entlastung des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein für das Haushaltsjahr 1996

Bericht und Beschlußempfehlung des Finanzausschusses

Drucksache 14/1471

Ich erteile dem Berichterstatter des Finanzausschusses, dem Herrn Abgeordneten Hay, das Wort.

Lothar Hay [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Finanzausschuß hat in seiner 77. Sitzung am 4. Juni 1998 den Antrag des Präsidenten des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein auf Entlastung des Landesrechnungshofs wegen der Rechnung über Einnahmen und Ausgaben bei Einzelplan 02 für das Haushaltsjahr 1996 beraten.

Der Ausschuß empfiehlt mit den Stimmen aller Fraktionen, dem Landesrechnungshof wegen der Rechnung über Einnahmen und Ausgaben für das Haushaltsjahr 1996 gemäß § 101 der Landeshaushaltsordnung Entlastung zu erteilen.

(Beifall)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall.

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich lasse über die Beschlußempfehlung des Finanzausschusses abstimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Beschlußempfehlung des Ausschusses ist einstimmig gefolgt worden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 24 auf:

Haushaltsrechnung 1995 und Vermögensübersicht 1995

Drucksache 14/372

und

- **Bemerkungen 1997 des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein mit Bericht zur Landeshaushaltsrechnung 1995**
- **Bericht des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein an den Landtag und an die Landesregierung gemäß §§ 99 LHO über das Ergebnis der Prüfung der Vereinbarungen zur Begrenzung von Zinsänderungsrisiken sowie zur Optimierung der Kreditkonditionen (Derivate Finanzinstrumente)**

Bericht und Beschlußempfehlung des Finanzausschusses

Drucksache 14/1472

Ich erteile das Wort dem Berichterstatter des Finanzausschusses, Herrn Abgeordneten Hay.

Lothar Hay [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Arbeitsgruppe „Haushaltsprüfung“ des Finanzausschusses hat den Bericht des Finanzministers zur Haushaltsrechnung 1995 sowie die Bemerkungen 1996 des Landesrechnungshofs und den Bericht des Landesrechnungshofs zu dem Thema „Derivate Finanzinstrumente“ in zwölf - zum Teil ganztägigen - Sitzungen beraten.

Der Finanzausschuß hat das Ergebnis der Beratungen am 4. Juni 1998 bestätigt. Er unterbreitet dem Landtag mit den Stimmen aller Fraktionen die Beschlußempfehlung, die den Punkten 1 bis 3 der Drucksache 14/1472 zu entnehmen ist.

Ich bin gebeten worden, im Namen des Finanzausschusses aus den Textziffern 6 und 7 folgendes zu zitieren:

„Der Finanzausschuß sieht in der verspäteten Vorlage der Prüfungsunterlagen durch die Ressorts eine Mißachtung des Parlaments und die Einschränkung seiner verfassungsmäßigen Aufgabe, die Regierung zu kontrollieren. Sollten auch zukünftig die Unterlagen für die Prüfung der Haushaltsrechnung nicht fristgemäß vorliegen, wird der Finanzausschuß über Sanktionen beraten müssen.“

Der Anlaß dafür, dies hier zu zitieren, ist die Mitteilung, daß auch für 1996 wieder Rechnungen verspätet vorgelegt worden sind.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. - Es liegt mir eine Wortmeldung zum Bericht vor. Herr Abgeordneter Neugebauer, ist das zutreffend?

(Günter Neugebauer [SPD]: Herr Präsident, ich wollte eine Zwischenfrage stellen!)

- Das war keine Wortmeldung zum Bericht?

(Zurufe: Nein!)

Dann kommen wir, da eine Aussprache nicht vorgesehen ist, zur Abstimmung. Ich lasse über die Beschlußempfehlung des Finanzausschusses abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit haben wir auch diesen Antrag einstimmig angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 25 auf:

Werbeschilder für Gasthöfe

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1065

Bericht und Beschlußempfehlung des Wirtschaftsausschusses
Drucksache 14/1473

Ich erteile in Vertretung des Berichterstatters des Wirtschaftsausschusses, Herrn Eichelberg, dem Herrn Abgeordneten Müller das Wort.

Klaus-Dieter Müller [SPD]:

Der Wirtschaftsausschuß empfiehlt dem Landtag einstimmig, den Antrag für erledigt zu erklären.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter und frage, ob es Wortmeldungen zum Bericht gibt. - Das ist nicht der Fall.

Eine Aussprache ist auch hier nicht vorgesehen. Der Ausschuß empfiehlt, den Antrag für erledigt zu erklären. Wer diesem Votum folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann ist auch dies einstimmig beschlossen.

Bevor ich die Sitzung schließe, will ich, da ich nicht gern etwas bis zur nächsten Sitzung liegenlasse, noch auf folgendes hinweisen. In der gestrigen Debatte im Rahmen der Fragestunde ist mir als Präsident ein Schnitzer unterlaufen, als ich den Abgeordneten Neugebauer ermahnt habe, daß seine Frage nicht klar genug formuliert sei. Das Protokoll hat mich belehrt, daß er klar eine Frage formuliert hat. Ich bitte um Nachsicht. Der Abgeordnete hat bei der nächsten Fragestunde eine Frage bei mir gut.

(Heiterkeit und Beifall)

Die nächste, 24., Tagung des Landtages wird am 1. Juli 1998 um 10:00 Uhr eröffnet.

Damit schließe ich die 23. Tagung.

Schluß: 17:55 Uhr